

1996

Am 01.01.1996 hatte die Stadt Kelkheim insgesamt 26.494 Einwohner, das waren 18 Einwohner mehr als 1995. Die Bevölkerungsdichte beträgt 862 Einwohner pro Quadratmeter. Der Ausländeranteil beträgt 11,3 Prozent.

In der Stadt Kelkheim befinden sich 5 Haupt- oder Grundschulen, 2 Gymnasien und 2 Gesamtschulen.

Durch kirchliche und städtische Träger werden 789 Kindergartenplätze bereit gestellt. Altenpflegeplätze sind 147 vorhanden.

In Kelkheim haben sich 12 Allgemeinmediziner, 22 Fachärzte, 17 Zahnärzte und 8 Apotheken niedergelassen.

Der Schuldenstand in Kelkheim beträgt zurzeit 41.769 Mark, das sind 1.578 Mark pro Kopf der Einwohnerzahl.

In 1995 wurden in Kelkheim 83 Wohngebäude mit 186 Wohnungen und insgesamt 697 Räumen gebaut. Ende 1995 betrug der Wohngebäudebestand 5.682 mit insgesamt 11.819 Wohnungen und 54.852 Räumen.

01.01.1996: Der SPD-Stadtverordnete Dieter W. Frank hat mit heutiger Wirkung wegen Wegzugs aus Kelkheim sein Mandat niedergelegt. Für ihn rückt Jürgen Ertl aus der Münsterer Straße in das Stadtparlament nach.

Herr Mehmet Yelki aus der Jahnstraße mit Wirkung vom 15.12.1995 sein Mandat im Ausländerbeirat niedergelegt. Für ihn rückt Herr Sehyo Bostan aus der Weilbacher Straße in den Ausländerbeirat nach.

Altenwohnanlage „Haus Mainblick“. Die Renovierungsarbeiten für den ersten Bauabschnitt des AWO-Pflegeheims, das im früheren Schwesternhaus St. Viktor entsteht, neigen sich dem Ende zu. Das AWO-Heim, zu dem ein kleiner Park gehört, wird eine Cafeteria, einen Kiosk, eine eigene Küche und Gemeinschaftsräume beherbergen. Das Hallenbad soll saniert, außerdem bis 1997 eine Anlage für betreutes Wohnen angegliedert werden. Im Vorderhaus wird wahrscheinlich eine Art Bistro eingerichtet.

Vier Plätze für die Kurzzeitpflege sollen ermöglichen, dass Hilfsbedürftige für eine Übergangszeit unterkommen können; zum Beispiel dann, wenn die sie betreuenden Angehörigen in Urlaub fahren. Mit einer solchen Einrichtung können möglicherweise viele Dauerplätze für andere frei gehalten werden.

Die AWO hatte die Trägerschaft des Altenheims am 1. Juli vorigen Jahres übernommen. Eigentümer des Hauses ist eine private Gesellschaft, die auch die Kosten für den Umbau trägt.

Mufflon-Streit. Der Streit um den Abschuss der Mufflons am Waldgebiet Staufen zwischen Hofheim und Kelkheim geht in eine neue Runde: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel muss nun über Leben und Tod der 20 Tiere entscheiden. Das Darmstädter Regierungspräsidium (RP) habe Berufung gegen die Entscheidung des Frankfurter Verwaltungsgerichts eingelegt, mit der eine Abschussanordnung für rechtswidrig erklärt wurde. Das RP hatte als Obere Jagdbehörde 1991 den Abschuss der Wildschafe wegen angeblich nicht tragbarer Waldschäden verfügt.

Dagegen waren die Städte Kelkheim und Hofheim vor Gericht gezogen und hatten in der ersten Instanz wegen eines Formfehlers recht bekommen: Das RP habe die Untere Naturschutzbehörde nicht, wie vorgeschrieben, angehört. Der Abschuss der Tiere sei daher rechtswidrig. Nach Ansicht der Kläger ist das Waldgebiet auch ohne Abschuss zu schützen.

In seiner Berufung meinte das RP, die Naturschutzbehörde habe nicht gefragt werden müssen, weil sie als Jagdbeirats-Mitglied an der Abschlussplanung mitgewirkt habe. Artenschutzrechtlich müssten die Wildtiere nicht geschützt werden.

Sozialhilfeempfänger. Etwa 500 Einwohner beziehen derzeit in Kelkheim Sozialhilfe. Erstmals hat die Stadt jetzt versucht, gemäß eines Stadtverordnetenbeschlusses, die Empfänger dieser sozialen Leistungen für **gemeinnützige Arbeiten** einzusetzen. Dafür kommen allerdings nur etwa 40 bis 50 der Personen in Betracht, Kinder, Kranke oder alte Menschen werden nicht zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen.

Als „gemischt“ bezeichnet die Stadtverwaltung ihre Erfahrungen, die sie mit dem Arbeitseinsatz gemacht hat: Fünf Sozialhilfeempfänger sollten beim Einsammeln von Schnittgut und Laub sowie beim Säubern von Gräbern und Gräbeneinläufen helfen. Das Sozialamt des MTK wies der städtischen Gärtnerkolonne weitere sieben Hilfskräfte zu.

Begeistert scheinen die Sozialhilfeempfänger von ihrem Auftrag nicht gewesen zu sein. Von allen bestellten Personen erschien nur eine zum Arbeitsbeginn. Der pflichtbewusste Mann unterstützte die städtischen Gärtner eine Woche lang tatkräftig - und das für einen Stundenlohn von zwei Mark. Die anderen eingeplanten Helfer ließen sich auch an den folgenden Tagen nicht blicken. Einige hatten sich beim Sozialamt entschuldigt, drei haben sich erst gar nicht gemeldet. Sie müssen nun damit rechnen, dass ihnen die Sozialhilfe gekürzt wird.

11.01.1996: Kulturbahnhof Münster. Nachdem die Parlamentarier sich gegen Mehrausgaben für den Umbau des Bahnhof Münster zum Kulturtreff ausgesprochen haben, hat Bürgermeister Thomas Horn das Ganze zur „Chefsache“ erklärt, um die „verfahrene Situation“ zu bereinigen. Dem Magistrat hat er jetzt seine Lösungsvorschläge präsentiert, die einstimmig angenommen wurden. „Damit sind die Weichen gestellt“, glaubt Bürgermeister Horn. Er geht davon aus, dass seine Vorlage auch im nächsten Haupt- und Finanzausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung akzeptiert wird.

Unter der Wahrung der Funktionalität sollen alle noch anstehenden Arbeiten auf ihre Einsparmöglichkeiten überprüft wurden. Der Gesamthaushaltsansatz für den Kulturtreff von 1,37 Millionen Mark soll nicht überschritten werden. Unter anderem wurde abgeklopft, welche Leistungen der Betriebshof der Stadt selbst übernehmen kann. Spätestens im Herbst 1996 soll der neue Treff ans kulturelle Netz der Stadt angeschlossen werden.

Im einzelnen sehen die Vorschläge so aus. Bei den Gebäudekosten wurden Streichungen vorgenommen - unter anderem hatte der Architekt, dem „Versäumnisse“ vorgeworfen werden, eine Honorarkürzung akzeptiert. Trotzdem bleiben hier Mehrkosten im Vergleich zum Haushaltsansatz von 32.000 Mark bestehen.

Ausgeglichen und gedeckt werden diese Ausgaben durch massive Einsparungen von 60.000 Mark bei der Ausstattung des Kulturtreffs. Die Gestaltung der Außenanlage soll sogar so erledigt werden, dass der Auftrag der Straßenbaufirma, die den Weg zum Treff bereitet wird, so modifiziert wird, dass sie alle anstehenden Arbeiten gleich mit erledigen. Indem dabei etwa auf die kostenaufwendige „Treppen-Zuwegung“ verzichtet wird, auf der Zufahrt eine Asphaltdecke aufgebracht wird und mehr Grün gepflanzt werden soll, reicht dafür das Geld aus, dass im Haushalt für Kanal und Straße am Kulturtreff vorgesehen ist.

12.01.1996: Doppelten Grund zum Feiern hatte heute der langjährige CDU-Stadtverordnete **Peter Herr** aus Münster. Anlässlich seines 60. Geburtstages überreichte ihm Bürgermeister Thomas Horn den **Ehrenbrief** des Landes.

Herr gehörte dem Parlament von 1972 bis 1995 an, ist seit 1993 auch Ehrenstadtverordneter. Er arbeitete aber nicht nur im Jugend- und Sport- sowie im Planungsausschuss mit, sondern gehört auch dem Pfarrgemeinderat der katholischen Kirchengemeinde St. Dionysius und dem Aufsichtsrat der Volksbank Münster an. 1985 erhielt er den Ehrenring der Stadt Kelkheim.

16.01.1996: „Engagement für Kommunalpolitik und Naturschutz zeichnen das Leben von **Horst Remmeke** aus“, sagt Bürgermeister Thomas Horn und überreichte ihm den **Ehrenbrief** des Landes Hessen. Die einzelnen Stationen von Remmekes Aktivitäten können sich wirklich sehen lassen. Von 1968 bis 1977 war er ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat. Von 1977 bis 1985 als SPD-Stadtverordneter tätig. Darüber hinaus war er von 1981 bis 1985 Vorsitzender des Bauausschusses; seit 1989 ist er als sachkundiger Bürger Mitglied der Stadtwerke.

Neben der politischen Arbeit liegt ihm seit Mitte der 70er Jahre der Naturschutz am Herzen. Den Vorsitz in der Ortsgruppe „Die Naturfreunde“ führt er seit 1974. Dem Deutschen Bund für Vogelschutz, dem jetzigen Naturschutzbund Deutschland, steht er seit 1993 als Vorsitzender vor. Um die langjährige ehrenamtliche Arbeit zu würdigen, bekam Remmeke jetzt die Auszeichnung.

17.01.1996: Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) Vor über 100 niedergelassenen Ärzten des Main- und Hochtaunuskreises heute im **Kelkheimer Rathaus** über die dritten Stufe seiner Gesundheitsreform.

18.01.1996: Heute verstarb die ehemalige Rektorin der Pestalozzischule, Frau Christine Juretzek, im Alter von 70 Jahren. 23 Jahre lang setzte sie ihre ganze Kraft für das Wohlergehen ihrer Schule ein. Die Stadt Kelkheim wird der verdienten Pädagogin immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

19.01.1996: Der hessische Ministerpräsident Hans Eichel verlieh heute in seiner Dienstvilla dem langjährigen Kelkheimer Bürgermeister **Dr. Winfried Stephan** das **Bundesverdienstkreuz** (2. Stufe) für dessen Verdienste um die Kommunalpolitik. Stephan war bis zu seinem Ausscheiden der Dienstälteste Bürgermeister in Hessen.

Es geht weiter voran in der **Neuen Stadtmitte**: Im Bereich der Höchster Straße wird der Fußweg unter den Arkaden mit Platten versehen. Auch um die Randbefestigung kümmern sich derzeit Mitarbeiter der beauftragten Firma. Doch das ist nicht alles: Die Zufahrt zum Parkplatz Stadtmitte Süd ist nun fertig und auch die Lärmschutzwand an der Südseite soll – sobald es die Witterung zulässt - noch in diesem Monat gebaut werden.

Horst Ackermann (52) steht bei der SPD **nicht mehr** in der ersten Reihe: 15 Jahren war er **Fraktionschef** und diesen Posten hat er jetzt aus persönlichen Gründen an den Nagel gehängt. Da er auch im Kreistag tätig ist, die Arbeitsbelastung dort auch nicht weniger wird und er etwas mehr Zeit für die Familie haben will, hatte er schon länger über diesen Entschluss nachgedacht. Wert legt er darauf, dass es keine Differenzen gab.

Mit Verständnis, aber auch mit Bedauern habe die Fraktion darauf reagiert, dass er mit Eckhart Hohmann (49) den Posten getauscht hat. Er ist jetzt Fraktionschef, Ackermann Stellvertreter, wie Sigrid Butteron.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes in Wiesbaden wurde bereits in der letzten Fraktionssitzung als Nachfolger von Horst Ackermann einstimmig gewählt. Der Jurist und Ehemann von Hessens Kultusministerin Dr. Christine Hohmann-Dennhardt sitzt seit sieben Jahren für die SPD im Stadtparlament. Dort fiel er stets als brillanter Redner auf. Eckhart Hohmann machte deutlich, dass es keine Kontroversen zwischen ihm und den bisherigen Fraktionschef gegeben habe. Aufgrund der künftig stärker werdenden Belastung Ackermanns im Kreistag, habe man entschieden: „Arbeitsteilung muss sein“.

Hohmanns Ziel ist die Kommunalwahl im Frühjahr 1997. Die SPD will ihre alte Stärke wieder erreichen die 30-Prozent-Marke ist das Ziel. Aber auch kommunalpolitisch wichtige Ziele wie die Schwimmbadfrage, Rettershof u.a. sollen erreicht werden.

Gemeinsames Hallenbad. Die Nachbarstädte **Hofheim und Kelkheim** sollen einen kommunalen Zweckverband gründen, der ein neues Hallenbad bauen und betreiben wird. Das sieht eine aussichtsreiche Initiative der CDU-Fraktion in Hofheim und des bürgerlichen Bündnisses aus Union, FDP und Freier Wählergemeinschaft in Kelkheim vor, die von den Bürgermeistern Rolf Felix und Thomas Horn (beide CDU) unterstützt wird. Die Gemeinden Liederbach und Kriftel können sich an der Interessengemeinschaft beteiligen.

Der geplante Zweckverband soll möglichst bis zum Jahresbeginn 2000 ein modernes Hallenbad errichten, das die sanierungsbedürftigen Schwimmhallen in Hofheim und Kelkheim ersetzen kann. Bis zur Fertigstellung sollen Kunden, Schulen und Schwimmvereine beider Städte das Kelkheimer Hallenbad benutzen, das nach derzeitigem Kenntnisstand in einem besseren Zustand ist und mit weniger Aufwand betrieben werden kann als das marode Hofheimer Bad. Der Standort für die neue Freizeitanlage soll in dem Viereck zwischen den Orten Kelkheim, Liederbach, Kriftel und Hofheim gewählt werden, die nur wenige Kilometer voneinander entfernt sind.

Vorgespräche mit dem Regierungspräsidium und dem Umlandverband Frankfurt seien bereits geführt worden, berichteten die Bürgermeister. Anfang Februar sei ein Behördentermin geplant, bei dem ein halbes Dutzend denkbarer Plätze besichtigt werde. Für die Entscheidung werde letztendlich die Frage ausschlaggebend sein, an welchem Standort das Bad möglichst schnell realisiert werden könne.

Der Gedanke der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit sei auch unter dem Zwang schwieriger finanzieller Verhältnisse entstanden, bekannten die Fraktionsvorsitzenden der CDU in Hofheim und Kelkheim, Wolfgang Vater und Wolfgang Männer. Auf sich allein gestellt, könnten es sich beide Kommunen nicht länger leisten die hohen Kosten des Schwimmbadbetriebs zu tragen. Die

Bürgermeister empfahlen den Zweckverbandsvorschlag als Modell für andere Kommunen. Bürgermeister Horn sagte, das Projekt sei realisierbar, wenn der politische Wille dafür ausreiche. Er zähle auf die Unterstützung von Schulen, Vereinen und Schwimmbadbesuchern.

In Hofheim beträgt das jährliche Defizit des Schwimmbads trotz eng begrenzter Öffnungszeiten rund eine Million Mark. In Kelkheim muss die Stadt einen laufenden Zuschuss von etwa 1,5 Millionen Mark zahlen. Nach Einschätzung der Initiatoren des Zweckverbandes ließen sich für beide Partner die jeweiligen Defizite durch die Zusammenarbeit verringern.

Den Bau der neuen Anlage wollen die beiden Städte mit Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücken finanzieren. Hofheim kann das Schwimmbadgelände neben der Stadthalle anbieten. Kelkheim will den Parkplatz am Freibad als Baugrundstück für eine Seniorenwohnanlage verkaufen.

29.01.1996: Neujahrsempfang. Es war sein erster Neujahrsempfang, und Bürgermeister Thomas Horn sorgte im Plenarsaal des Rathauses dafür, dass die mehr als 300 Gäste herzlich lachen konnten. Gleich zweimal landete der Rathauschef den gleichen Versprecher, redete von 20 statt von 20.000 Fahrzeugen, die sich täglich durch Kelkheim und Fischbach quälen. Doch das war auch schon der einzige Ausrutscher.

Horn, der zusammen mit Ehefrau Norgard jeden Besucher persönlich begrüßt hatte, wies darauf hin, dass der Etat 96 mit einem Volumen von 70 Millionen erstmals nicht ausgeglichen sei. Es klafft eine Lücke von 900.000 Mark. Doch er gibt sich zuversichtlich: „Ich betrachte diese neue Situation als persönliche Herausforderung“.

Neue Ideen und Strategien seien gefragt. Wie die aussehen können, das würden die Entwicklungen in Sachen Hallenbad zeigen. Eine Schließung aus Geldmangel sah er als zu einfach an, vielmehr sei es die politische Kunst, trotz der angespannten Haushaltslage akzeptable Lösungen zu finden. Er betonte, dass vor einigen Jahren ein gemeinsamer Weg von Kommunen als nicht realisierbar abgetan worden wäre. Die „Interkommunale Hallenbadlösung“ bezeichnete er als wegweisend.

Die Sanierung der Stadthalle sei ein Luxus, den man sich in letzter Minute noch habe leisten können. „Die alte Dame“ habe ein „facelifting“ hinter sich, auch die Innenausstattung werde attraktiv und repräsentativ. Beifall für die Feststellung, dass der nächste Ball des Tanzsportclubs Fischbach „bei uns im Herzen der Stadt“ stattfindet.

Zudem sagte Horn, dass der Kulturtreff Münster im Herbst ans „kulturelle Netz“ gehe, der Umbau der Alten Schule in Kelkheim-Mitte fast abgeschlossen und die Baugenehmigung für die Kindertagesstätte im Block V der Pestalozzischule vor wenigen Tagen eingetroffen sei. Die Zukunft der Kinder sei gesichert.

Rund 48 Hektar Wohnbebauung sind im Raumordnungsplan vorgesehen. Neben dem Hühnerberg habe man im Gewerbegebiet 15 Hektar neue Ansiedlungsfläche. Ferner erfuhren die Besucherinnen und Besucher, dass in der Stadtmitte Nord Seniorenwohnungen geplant sind, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für die Nordumgehung im Frühjahr vorliegen und eine Erhöhung der Wasser- und Abwassergebühren unumgänglich sei.

Gastredner war FAZ-Mitherausgeber Dr. Hugo Müller-Vogg, der über Kommunalpolitik sprach. Erstmals gab es beim Neujahrsempfang kein Büffet, sondern die Symbole des Stadtwappens in gebackener Form. So wurde zu Bier und Frankenwein an Mainzer Rad, Horn und Hufeisen geknabbert.

Die Gefion, das Patenschiff der Stadt, **wird** zum **Schulschiff** der Minensucher umgebaut. Diese Nachricht brachten der Kommandant, Oberleutnant zur See Ingmar Menke und Erster Wachoffizier, Oberleutnant zur See Michael Bierwirth zum Neujahrsempfang mit nach Kelkheim. Dabei waren auch vier Matrosen des Schiffes, das derzeit in einer Werft überholt wird und nach der Auflösung des 7. Minensuchgeschwaders (Neustadt), dem Dritten Minensuchgeschwader in Olpenitz zugeteilt wird.

Wie immer kümmerten sich Mitglieder des Blasorchesters Hornau um die Seeleute. Beim Neujahrsempfang konnte sich Bürgermeister Thomas Horn über ein ganz besonderes Geschenk freuen: Oberleutnant Ingmar Menke überreichte ihm ein Kupferbild der Gefion. Die Marine-Gäste luden den Rathauschef aufs Schiff ein und versicherten, dass das herzliche Verhältnis zwischen Kelkheim und dem Schiff weiterbestehen soll. Auch das Haus Walburga der Lebenshilfe in Hornau wird in Zukunft Hilfe von der Gefion erwarten können.

04.02.1996: 20 Jahre Tanzsportclub Fischbach. Die kleinsten Mitglieder des Tanzsportclubs Fischbach stürmten auf das Parkett und tanzten zu Technomusik - über dieses Geburtstagsständchen freute sich TSC-Vorsitzender Carl Plunger besonders.

Viele Jubiläumsgäste waren in den Plenarsaal des Rathauses gekommen, um mit dem Tanzsportclub zu feiern: Vor 20 Jahren taten sich die ersten 62 Tanzbegeisterten zusammen und gründeten den Club „in der damals noch selbständigen Gemeinde Fischbach“, erzählte Plunger. Im Jahr 1979 vergrößerte sich der Club, der in seinen Anfängen unter den Fittichen der Kulturgemeinde Kelkheim stand, auf einen Schlag. Mit dem neuen Trainerpaar Dieter und Gisela Klaue gab es eine erste Werbeaktion und prompt 70 neue Mitglieder. Bald folgten die ersten Turniersiege, und der TSC Fischbach begann, in der kleinen Welt des Tanzsports bekannt zu werden.

Inzwischen zählt der Verein 240 Mitglieder in 15 Gruppen. In acht dieser Gruppen tanzen Kinder und Jugendliche. Das halte den Club jung und flexibel. Dem Geburtstagskind gratulierte auch Dr. Hartmut Bock von der Kulturgemeinde, Horst Weber vom Vereinsring Fischbach und Norbert Gelhard vom Hessischen Tanzsportverband. Drei junge Rock' n' Rollpaare schnickten gutgelaunt mit den Beinen und wirbelten durch die Luft.

Lothar Gabriel vom Landessportbund fand viele lobende Worte und überreichte Irmgard Krönung und Carl Plunger die Verdienstnadel für besonderes ehrenamtliches Engagement. Krönender Abschluss Thomas Heibig und Silke Heleine tanzten feurigen Cha-Cha und gefühlvolle Rumba. Gnadenlos zogen die erfolgreichen Tänzer Bürgermeister Thomas Horn und seine Gattin aufs Parkett und wirbelten sie zur Freude der Zuschauer durch den Plenarsaal.

Für zehnjährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Emil und Margret Gallmann, Helmut und Ingrid Hinz, Otto und Bernhild Landefeld, Reinhold Ostertag, Dr. Günter und Birte Waas. Von Anfang an, also 20 Jahre sind dabei: Klaus und Irmgard Krönung, Dr. Günther und Margot Hasset, Karl und Ingrid Borger, Karl-Heinz und Edith Bamberg, Wilhelm und Dorothea Abraham, Günther und Annelies Drechsel, Hans-Joachim und Mechthild Wenzel.

11.02.1996: Rathaus-Erstürmung durch närrische Truppen. Heute Vormittag geschah das Unvermeidliche: Aus Kelkheim, Fischbach, Hornau, Eppenhain, Ruppertshain und Münster strömten die in „Karnevalsvereinen“ zusammengeschlossenen närrischen Truppen herbei und stürmten Feldmarschall Hornius Hauptquartier am Gagernring. Sie nahmen das Rathaus mit Leichtigkeit ein, denn sie waren drückend überlegen.

Hornius und seine engsten Vertrauten, in königlich-preußischen Uniformen und Pickelhauben erschienen, leisteten ob solcher Macht überhaupt keinen Widerstand: Der Regent legte ein weißes Tuch über die Spitze seines Säbels und hielt diesen als Zeichen der Kapitulation in die Luft. An den Rebellenführer Jörg Uhle übergab er, was die „Narren“ den „Rathausschlüssel“ nannten. Hunderte von ihnen jubelten.

12.-13.02.1996: Stadtverordnetensitzung. Jürgen Ertl ist nach dem Ausscheiden von Dieter Frank für die SPD-Fraktion ins Stadtparlament nachgerückt. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer begrüßte ihn zu seiner ersten Sitzung Ertl hatte dem Gremium früher schon einmal angehört. Der SPD-Kommunalpolitiker wurde einstimmig als stellvertretendes Mitglied in die Betriebskommission der Stadtwerke gewählt.

Überlastete Kanalrohre, über die Ufer tretende Bäche, auf der anderen Seite sinkende Grundwasserspiegel - all das sind unliebsame Folgen der fortschreitenden **Flächenversiegelung**. In Kelkheim gibt es daher künftig **Zuschüsse**, wenn man gepflasterte, geteerte oder betonierte Flächen **wieder entsiegelt**. Dies hat das Stadtparlament auf Antrag (Nr. 106) der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen.

Grundsätzlich hat die Entsiegelung der Funktion des Erdreiches als Wasserspeicher, der Versickerung des Regenwassers und der Grundwasseranreicherung zu dienen. Deshalb gibt es keinen Zuschuss, wenn von der entsiegelten Fläche Wasser in die Kanalisation gelangen kann, dann hätte die Entsiegelung ihren Zweck verfehlt.

Müssen vorhandene Kanaleinläufe beseitigt werden, kann es auch dafür Zuschüsse geben. Gezahlt wird nach Quadratmetern: Wer Bäume und Büsche pflanzt, bekommt 100 Mark, für Rasen oder Bodenpflanzen gibt es 70 Mark. Bei Rasenfugensteinen, Schotterrasen oder Rasengittersteinen überweist die Stadtkasse immer noch 40 Mark. Allerdings die Fläche muss

insgesamt mindestens zehn Quadratmeter groß sein; sind es über 100 Quadratmeter, kann der Magistrat auch abweichende Beträge festlegen.

Keinen Zuschuss gibt es für jene, die nur den ordnungsgemäßen Zustand wieder herstellen. Sieht der Bebauungsplan also eine wasserdurchlässige Fläche vor und wurde die trotzdem nach dessen Inkrafttreten zugepflastert oder betoniert, wird für die Entsiegelung kein Zuschuss bezahlt. Und wer Geld bekommen hat, die Entsiegelung aber im Laufe von zehn Jahren rückgängig macht, muss auch den Zuschuss zurückzahlen. Vor und nach der Entsiegelung, so sieht es die Satzung vor, wird ein Vertreter der Stadtverwaltung sich die Sache vor Ort ansehen. Anträge müssen mit Foto und Plan an den Magistrat gerichtet werden; einen Rechtsanspruch auf den Zuschuss gibt es nicht. Verwendet werden Gelder aus der Grundwasserabgabe.

„Letztlich hatten wir mit dem sogenannten **Kelkheimer Modell Recht**“, sagte die Mehrheit der Stadtverordneten und forderte das Land Hessen auf, die **Gesetzeslage** entsprechend zu **ändern**. Demnach sollen Bauherren bei der Erweiterung bestehender Gebäude nochmals Beiträge zum Wasser- und Kanalnetz leisten, auch wenn sie beim ursprünglichen Bau schon einmal gezahlt hatten. Allerdings: Die Landesregierung hat auf Anfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Roland Koch klar erklärt, dass sie dafür keine Notwendigkeit sieht.

Demnach hält man in Wiesbaden die von Kelkheim geforderte Änderung des Kommunalabgabengesetzes nicht für notwendig. Erstens werde in Hessen in der Regel beim ersten Beitrag von der maximalen Grundstücksausnutzung ausgegangen, heißt es, so dass sich neue Forderungen auch bei Erweiterungen nicht rechtfertigen. Und zweitens widersprächen solche Zahlungen dem Charakter der Einmaligkeit von Beiträgen.

Diese Position der Landesregierung war den Stadtverordneten bei der Beschlussfassung am Montag allerdings noch nicht bekannt, erst am Dienstag berichtete die SPD in der Fragestunde des Parlaments über die Anfrage. Im Rathaus lag diese allerdings schon vorher vor, weshalb die Sozialdemokraten wissen wollten, warum Bürgermeister Thomas Horn die Stadtverordnetenversammlung nicht schon am Montag informiert hatte. Horns Antwort: „Weil Sie mich nicht danach gefragt haben.“

Wenn Straßen neu- oder ausgebaut werden, so ist es Rechtslage und gängige Praxis, dann werden die **Anlieger an den Kosten beteiligt**. So sollen auch die Grundstücksbesitzer an der vorderen Opferdingenstraße, die 1992 und 1993 gepflastert wurde, zur Kasse gebeten werden. Da man sich aber nicht einig ist, ob die Stadt die Hälfte oder nur ein Viertel der Kosten übernehmen soll, werden die Bescheide noch nicht verschickt; zunächst wird jetzt erst noch einmal in den Parlamentsausschüssen darüber gesprochen.

Bisher hatten die Anlieger nur 50 Prozent zu zahlen, wenn der Ausbau den üblichen Kostenrahmen überstieg. Deshalb war dies auch in der Opferdingenstraße geplant, wo statt der herkömmlichen Asphaltdecke ein Pflaster verlegt wurde. Die Verwaltung hatte dies den Grundeigentümern auch schon in Aussicht gestellt.

Aus Sicht des Magistrats kann daran aber nicht festgehalten werden. Nach einem Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts könnten solche Beiträge nicht nach Vereinbarung - genau dies war vorgesehen - sondern nur nach auf die entsprechende Satzung zurückgehenden Bescheiden erhoben werden. Die Satzung sieht für solche Straßen - wenn sie wie hier vor allem für den Anliegerverkehr gedacht sind - eine Kostenbeteiligung von 75 Prozent vor.

Insgesamt hatte der Ausbau gut 217.000 Mark gekostet, nach dem Willen des Magistrats sollen davon 163.000 Mark die Grundeigentümer übernehmen. „Satzungskonform statt bürgerfreundlich ist das“, sagt Bürgermeister Thomas Horn, der sich dazu aber gezwungen sieht. Anders schätzen die Oppositionsparteien die Situation ein. „Grundsätzlich sind solche Vereinbarungen zulässig“, so SPD-Fraktionschef Eckart Hohmann. Zugunsten der Bürger könne man auch von den Maximalregelungen abweichen.

„Warum haben wir denn eine Satzung, wenn wir nicht danach verfahren“, hielt Ortwin Kloß (FWG) dagegen. Seine Fraktion stimmte allerdings dem Antrag zu, die Angelegenheit noch einmal im Ausschuss zu beraten. Die UKW hatte dies vorgeschlagen, da sie sich nicht ausreichend informiert fühlte, und der Antrag fand eine Mehrheit mit den Stimmen von SPD, UKW, FWG und NPD.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dass es **keine Zuschüsse mehr für** den Bau von **Solaranlagen** geben soll. Seitdem solche solarthermischen Anlagen aus der Stadtkasse unterstützt werden, sind 27 Anträge im Rathaus eingegangen. Drei Viertel davon sind abgewickelt, die restlichen sind in Bearbeitung und werden, so teilt der Magistrat mit, noch im laufenden Haushaltsjahr bezuschusst. Danach aber soll Schluss sein.

Noch im Dezember 1993 hatte das Stadtparlament zwar beschlossen, das Förderprogramm fortzusetzen, aber da sah es finanziell auch in Kelkheim noch besser aus. Angesichts des Haushaltsdefizits hat der Magistrat nämlich empfohlen, die Förderung zum 15. November des vergangenen Jahres einzustellen. Dem ist jetzt die Stadtverordnetenversammlung mit der Mehrheit von CDU, FWG und FDP gefolgt. Demnach sollen Anträge, die nach dem 15. November eingegangen sind, nicht mehr berücksichtigt werden.

Im Stadtparlament wehrten sich SPD und UKW vehement gegen diese Entscheidung. Geht die Mehrheit davon aus, dass das Land Hessen seinerseits keine Zuschüsse mehr zahlen will, bestreitet das die Opposition. Sollte das Land tatsächlich weiterhin Zuschüsse zahlen, so deuteten Vertreter des Regierungsbündnisses allerdings an, könnte der Beschluss noch einmal überdacht werden.

„Nur bei Grün - den Kindern ein Vorbild“ – dieses Schild wollte die SPD an allen Ampeln im Stadtgebiet anbringen lassen. Aber in der Stadtverordnetensitzung gab es dafür keine Mehrheit; die Fraktionen von CDU, FWG und FDP erklärten, solche Hinweise würden ohnehin missachtet. Die Schilder hätten 5.000 Mark gekostet.

Rechtlich zulässig sind sie schon, die Schilder mit dem grünen Pfeil, die das Rechtsabbiegen an Ampeln auch während der Rotphase erlauben. In Kelkheim werden sie trotzdem nicht angebracht. Wie der Magistrat nämlich mitgeteilt hat, erhebt das Hessische Verkehrsministerium dagegen grundsätzliche Bedenken; wegen der Gefährdungen für Fußgänger und Radfahrer solle von dieser Möglichkeit nur zurückhaltend Gebrauch gemacht werden. Die FDP hatte vor über einem Jahr beantragt, die Anbringung solcher Schilder in Kelkheim zu prüfen.

Wenn es um die städtebauliche Entwicklungsgesellschaft (STEG) geht, bietet sich in Kelkheim immer das gleiche Bild: Die **UKW** wartet mit immer neuen **Vorwürfen** auf, die alle auf die Kritik hinauslaufen, die Geschäfte der **STEG** seien undurchsichtig und würden von den politischen Gremien nicht ausreichend kontrolliert. Die Sozialdemokraten schließen sich dem an, wenn auch in abgeschwächter Form. Das Bündnis der Regierungsparteien auf der anderen Seite sagt dazu nicht viel, lässt einen Teil der Vorwürfe unwidersprochen.

In Rage gebracht hatte die UKW eine Erklärung der STEG, wonach sich alle Parlamentarier sehr wohl informieren hätten können. „Es stimmt nicht, dass im Ausschuss die Gewinn- und Verlustrechnungen vorgelegt wurden“, widersprach Fraktionschef Wolfgang Coy und da musste ihm auch Wolfgang Männer (CDU) recht geben: „Es stimmt, dass das Parlament nur den Wirtschaftsplan gesehen hat.“ Der ist tatsächlich wenig aussagekräftig. Die Magistratsmitglieder werden aber informiert und können dies in den Fraktionen weitergeben, beharrte Männer darauf, dass es kein Informationsdefizit gebe. Doch auch das lässt die UKW nicht gelten: Nach dieser Logik brauche man überhaupt keine Stadtverordnetenversammlung mehr, so Coy.

Überhaupt nichts hatte das Regierungsbündnis zu dem Vorwurf zu sagen, die Stadt zahle jährlich einen Zuschuss für die STEG, die dann aber einen Gewinn ausschütete und versteuere. Zuschüsse seien nach Satzung aber nur zum Ausgleich von Verlusten zulässig. Die Stadt hätte demnach ihren Zuschuss für die Steuern und die Gewinnausschüttung an den zweiten STEG-Gesellschafter, eine Geschäftsbank bezahlt. Wie dies in Zeiten knapper Kassen zu begründen ist? Auch diese Frage blieb im Parlament unbeantwortet. Immerhin handelt es sich um rund 250.000 Mark in den Jahren 92 bis 94.

Die Sozialdemokraten teilen vor allem die Grundsatzkritik der UKW: „Die ganze Konstruktion der Gesellschaft ist abenteuerlich und so weit und breit nicht zu finden“, so Horst Ackermann. Er forderte Bürgermeister Horn auf, seine Wahlkampfankündigung wahr zu machen und für mehr Transparenz zu sorgen. So sei es ärgerlich, dass nicht alle Parteien im Finanzbeirat vertreten sind. Auch dieses Gremium habe keine richtige Kontrollfunktion, winkte Albrecht Kündiger (UKW) ab. Er erinnerte daran, dass die STEG etwa mit der Neuen Stadtmitte durchaus wichtige Projekte umgesetzt habe. „Es kann doch nicht wahr sein, dass eine Privatbank mehr über die Entwicklung Kelkheims zu entscheiden hat als die gewählten Gremien.“

Ob Bürgermeister Horn allerdings in nächster Zeit in Sachen Steg etwas unternehmen wird, ist offen: Bereits im Januar hatte er erklärt, er werde sich seinen Zeitplan nicht von der UKW diktieren lassen. Und das Bündnis aus CDU, FWG und FDP lehnte denn auch den Antrag ab, der Magistrat solle detailliert über die Steg Auskunft geben.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mit einem einstimmigen Beschluss dafür ausgesprochen, dass die finanziellen Lasten aus dem **Bau und Betrieb eines neuen Hallenbads mit Hofheim** und möglichst noch anderen Nachbarorten geteilt werden. Mit einem gemeinsamen

Antrag, auf den sich die Fraktionen von CDU, SPD, UKW, FWG und FDP verständigt hatten, wurde der Magistrat aufgefordert, Verhandlungen über die Bildung eines Bäder-Zweckverbands mit Hofheim zu forcieren, damit noch bis zum Jahresbeginn 2000 ein neues Hallenbad fertiggestellt werden könne. Den Gemeinden Liederbach und Kriftel solle die Beteiligung an dem Verbund angeboten werden. Ein ähnlicher Grundsatzbeschluss war erst vor kurzem auch in Hofheim gefasst worden.

Die Kelkheimer Stadtverordneten vollzogen mit ihrer Entscheidung auch eine Abkehr von der bisherigen Schwimmbadkonzeption. Der vor einem Jahr erteilte Auftrag an den Magistrat, das bestehende Hallen- und Freibad an der Lorsbacher Straße zusammen mit der Berliner Copla-Gruppe zu modernisieren und einen Teil der Liegewiese für den Bau einer Seniorenwohnanlage zu verkaufen, wurde zurückgenommen. Der Schließungstermin für das Hallenbad noch in diesem Frühjahr, der für den Fall des Scheiterns des Copla-Konzepts angekündigt worden war, wurde von den Stadtverordneten aufgehoben.

Nach der neuen Beschlusslage soll das Bad mindestens bis zu einer technischen Überprüfung im Herbst 1997 weiterbetrieben werden. In Kelkheim und Hofheim hofft man darauf, dass die aus den frühen siebziger Jahren stammende Anlage sogar bis zur Eröffnung des Neubaus genutzt werden kann. Denn das Hofheimer Schwimmbad muss wegen ernster Mängel in Kürze geschlossen werden.

Sprecher aller Fraktionen begrüßten die neue Einigkeit in der seit Jahren andauernden Diskussion um die Zukunft des Stadtbads. Der Fraktionsvorsitzende der FWG, Ortwin Kloß, sprach sogar von einer „Sternstunde“ der Kelkheimer Stadtverordnetenversammlung. In finanziell schwierigen Zeiten hätten sich die politischen Konkurrenten auf eine einvernehmliche Lösung geeinigt.

Albrecht Kündiger (UKW) sagte, die Übereinkunft sei „so etwas wie ein historisches Moment“, zumal Kelkheim und Hofheim wegen ihrer Bereitschaft zur Kooperation derzeit „unter großer Beobachtung“ stünden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Männer lobte die Einigung auf „möglichst breiter Basis“. Der gemeinsame Antrag könne ein ganzes Bündel unterschiedlicher Vorschläge der Fraktionen ersetzen. Willi Poths (FDP) sprach von einem „sehrzufriedenstellenden“ Ergebnis. In den wesentlichen Fragen sei man zu einer einheitlichen Beurteilung der Zukunft des Bades gekommen.

Horst Ackermann (SPD) begrüßte, dass die Fraktionen einen gemeinsamen „Neuanfang“ in der Schwimmbaddiskussion gefunden hätten. Ackermann warnte aber vor zuviel Euphorie. Der Grundsatzbeschluss über den Zweckverband sei nach der vorhergehenden Diskussion relativ leicht gefallen. Bis zur Realisierung des Vorhabens seien noch erhebliche Probleme zu lösen.

In einem Ergänzungsantrag, dem CDU, FDP und FWG mit ihren Stimmen zur Mehrheit verhalfen, wurden ein halbes Dutzend Vorschläge beschlossen, wie die Stadt Kelkheim schon vor dem Jahr 2000 ihr bisheriges Defizit aus dem Schwimmbadbetrieb in Höhe von jährlich rund 1,5 Millionen Mark reduzieren könne. Das noch laufende Darlehen in Höhe von zwei Millionen Mark soll mit Einnahmen aus dem Verkauf des Parkplatzes hinter dem Freibad vorzeitig getilgt werden. Die Eintrittspreise sollen zum 1. Mai angehoben werden. Die Vereine sollen ihren Trainingsbetrieb künftig in eigener Verantwortung ohne Beteiligung, Aufsicht oder Haftung durch die Stadt führen. Die kostenträchtigen Warmbadezeiten sollen möglichst reduziert werden.

Wie es mit Kelkheim städtebaulich weitergeht, das ist für die UKW im Stadtparlament eine Frage, die einmal grundsätzlich geklärt werden muss. Denn seitens der Stadtverwaltung weiche man von der bisherigen Linie ab, keine Erweiterung der Siedlungsfläche über die jetzigen Grenzen der Bebauung hinaus zu wollen. Und auch die anderen Parteien wollen dies zumindest einmal diskutieren, ein Antrag, der Magistrat solle seine Vorstellungen im Zusammenhang darlegen, wurde in die Ausschüsse des Stadtparlaments überwiesen.

In letzter Zeit häufen sich Dinge, so will die UKW beobachtet haben, die von der bislang eingeschlagenen Richtung abweichen. Für den Bereich Frankenwald zwischen Kloster und Tennishalle habe der Magistrat im November die Vorbereitung eines neuen Baugebietes begonnen, und zwar ohne einen entsprechenden Beschluss des Stadtparlaments.

Parkplatz und Liegewiese am Schwimmbad seien zur Bebauung angeboten worden, obwohl dies den Vorgaben von Raumordnungsplan und Flächennutzungsplan widerspreche. Außerdem, so heißt es in dem UKW-Antrag, habe sich der Magistrat positiv zu einer möglichen Bebauung des Wäldchens an der Hügelstraße geäußert. Und der Bürgermeister denke darüber nach, ein

Hallenbad an der Gemarkungsgrenze zu Hofheim ins Landschaftsschutzgebiet zu bauen. „Offenbar fehlt ein städtebauliches Konzept“, fasst die UKW zusammen.

Die Landschaft werde als unbeschränkt verfügbar angesehen, ohne Rücksicht auf Natur und städtebauliche Ordnung. Wichtige Einrichtungen wie der Bolzplatz und der Jugendtreff auf dem Schwimmbadparkplatz würden in dem Drang ignoriert, zu bauen oder über Grundstücksverkäufe Einnahmen zu beschaffen. Von einem sparsamen Umgang mit Flächenreserven sei nichts mehr zu spüren.

Mit ihrem Antrag will die UKW eine Diskussion über all das anstoßen. Herauskommen soll dabei eine Entscheidung über die möglichen Neubaugebiete. Bis dahin, so soll beschlossen werden, sollen keine neuen Baugebiete vorbereitet werden. Einen Grundsatzbeschluss soll das Parlament zu dem Bereich Wäldchen, Bolzplatz und Grünanlage fassen, den die UKW als Einheit sieht.

Zum Schwimmbadparkplatz kommt der Antrag der UKW wohl zu spät, denn das Stadtparlament hat schon grundsätzlich beschlossen, dass das Gelände verkauft und der Erlös zur Finanzierung des neuen Bades und zur Ablösung der Altschulden verwendet werden soll.

Ortwin Kloß steht weiterhin an der Spitze der Freien Wählergemeinschaft Kelkheim. Bei der Jahreshauptversammlung wurde Karin Keller zu seiner Stellvertreterin, Udo Keller zum Schatzmeister und Michael Kuschka zum Schriftführer gewählt. Als Mitglieder von Fraktion oder Magistrat gehören dem Vorstand außerdem Erika Bänfer, Hans-Erich Kilb, Marta Ostwald und Edmund Tyka an.

Mit den **Bauarbeiten** für den Kindergarten „**Rosa Raupe**“ im Block V der Pestalozzischule ist **begonnen** worden. Wenn alles klappt, können im August 72 Kinder dort betreut werden. Die Stadt Kelkheim zahlt einen Zuschuss von 1,5 Millionen Mark.

19.02.1996: Trotz Regenwetter säumten gut 23.000 schunkelnde Zuschauer die Straßen beim 28. Fischbacher Rosenmontagszug. Mit im Zug der radelnde Bürgermeister Thomas Horn.

Golfplatz am Rettershof. Einem Golfplatz am Rettershof steht - zumindest planungsrechtlich - nichts mehr im Wege als letzte Instanz hat das Land jetzt seine Zustimmung gegeben, vom Regionalen Raumordnungsplan abzuweichen. Der Umlandverband Frankfurt hat bereits die Änderung des Flächennutzungsplanes in die Wege geleitet.

Schon im September vergangenen Jahres hatten die Regionale Planungsversammlung und das Regierungspräsidium dem Golfplatz zugestimmt, allerdings eine Reihe von Auflagen festgelegt. Ziemlich genau zwei Jahre hat das Genehmigungsverfahren nun gedauert. Im März 1994 hatte die Stadt den Antrag auf Änderung des FNP gestellt.

Jetzt sind die Kommunalpolitiker wieder am Zug nach dem Grundsatzbeschluss, den das Parlament vor zwei Jahren gefasst hatte, soll schon bald ein Bebauungsplan aufgestellt und ein Investor für den Bau des Golfplatzes gesucht werden. Abgeschlossen ist das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes noch nicht ganz. Bis zum kommenden Dienstag läuft die Offenlegungsfrist, dann muss über die eingegangenen Bedenken und Anregung im Stadtparlament entschieden werden.

Auf ihrer Hauptversammlung wählte die SPD Hans-Walter Müssig wieder zu ihrem Stadtverbandsvorsitzenden.

16.-17.03.1996: Seniorentage. Am Wochenende schien es geradezu, als ob eine solche Veranstaltung der Stadt schon seit Jahren gefehlt hätte. Riesig das Echo der Seniorinnen und Senioren, von denen weit über fünfhundert kamen, riesig das Engagement der Helfer und auch der Kelkheimer Firmen, die hier mitmachten und dieser Idee erst den richtigen Schub gaben.

Den Seniorinnen und Senioren wurde nicht nur bildhaft dargestellt, wie man die Jahre nach der Pensionierung positiv gestalten kann, sie erhielten auch zahlreiche Anregungen zur Gestaltung ihrer vielen Zeit, auch wenn man Senioren nachsagt, dass sie mit dem Abschluss des Berufslebens kaum noch einen Termin im Kalender für Verabredungen frei hätten.

Wie dem auch sei: Zeichnen und Fotografieren wurden angesprochen, Video gezeigt, die Hobbyreisen präsentieren sich, Gregor Wolf sprach über das Möbelhandwerk in Kelkheim und Dr. Matuschek beschrieb William Turner und seine Zeit.

Viel beachtet auch die Aquarelle aus dem Kreis der Begegnung (Dr. Maria Gerhardt) und die Ölmalerei (H. Steiner). Es kamen hinzu: Klöppeln, der Taunusklub Fischbach mit seinen Angeboten, die Arbeitsgemeinschaft Philosophie, Seidenmalerei und Patchwork, der Männergesangsverein Liederkranz mit seinen Darbietungen, Uta Landt gestaltete eine Erzählecke, die Kriminalpolizei informierte vor dem Rathaus, wie man seine Wohnung am besten schützt, eine riesige Modenschau Kelkheimer Firmen wurde begeistert gefeiert.

21.03.1996: Kelkheimer Modell. Nun beschloss der Magistrat einstimmig, die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts in Sachen Abwasser- und Wassergebührensatzung (Kelkheimer Modell) zurückzunehmen. Das ist nach Ansicht der Oppositionsparteien SPD und UKW auch gut so. Sie hatten die Erfolgsaussichten von Beginn an gering eingeschätzt.

Das Verwaltungsgericht hatte auf Antrag Kelkheimer Kläger die Satzung als Nötigung bezeichnet und die Verknüpfung, dass Baugenehmigungen nur erteilt wurden, wenn die Bauherren zuvor auch für bereits erschlossene Grundstücke nochmals Beiträge für Wasser- und Kanal gezahlt haben, sittenwidrig genannt.

Im Oktober 1995 hatte Bürgermeister Thomas Horn Berufung eingelegt, weil ihn vor allem der Vorwurf der Nötigung wurmte. Die Erklärungsfrist wurde der Stadt auf Antrag bis Ende März verlängert. Die Entscheidung wird beschleunigt durch Äußerungen aus dem hessischen Innenministerium, dass an eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes in absehbarer Zeit nicht zu denken sei, somit die lange Jahre geübte Kelkheimer Praxis demnächst keine Aussicht auf Erfolg hat.

23.03.1996: Im Alter von 89 Jahren verstarb heute Herr Fritz Reinke. Herr Reinke lebte von 1956 bis 1993 in Ruppertshain und dann in einem Altenheim in Bochum. Von 1958 bis 1992 hat er als Leiter des Volksbildungswerks Ruppertshain unzählige Vortragsabende organisiert, in denen die Besucher ihr Wissen über viele fremde Länder, deren Kulturen und Bevölkerung vertiefen konnten. Für sein kulturelles Wirken in den Gemeinde Ruppertshain, Rossert und später der Stadt Kelkheim, wurde ihm die Ehrenspange der Stadt Kelkheim verliehen. Die Stadt Kelkheim wird Herrn Reinke immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

11.04.1996: Bürgerversammlung gegen den Golfplatz. Etwa 80 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung der Naturschutzverbände zu einem Info-Abend über den geplanten Golfplatz am Rettershof gefolgt. Wichtigstes Ergebnis der Versammlung 30 Männer und Frauen erklärten sich dazu bereit, Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln.

Manfred Guder ist zufrieden. Der Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) will sich am Montag mit Norbert Biermann von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und Oliver Conz von der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) treffen, um den Text für die Unterschriftenlisten auszuarbeiten.

Juristische Tipps haben sie bereits eingeholt. Zehn Prozent der Wahlberechtigten, das sind etwa 2.300 Bürger, müssen das Bürgerbegehren unterschreiben, damit es in einen Bürgerentscheid münden kann. Die Sammlung der Unterschriften soll bis Ende Mai abgeschlossen sein.

Vereinbarung mit Hofheim über Schwimmbad. Nach langen Diskussionen um die Zukunft des Hallenbades soll jetzt im Schnellgang in den Gremien beraten und entschieden werden, über den Entwurf einer Vereinbarung mit der Nachbarstadt Hofheim, über den gemeinsamen Betrieb des Kelkheimer Hallenbades und den Bau eines neuen gemeinsamen Schwimmbades. In der kommenden Sitzung soll der Vertrag dann auch schon vom Stadtparlament beschlossen werden.

Die Vereinbarung ist vor allem für die Kelkheimer Finanzpolitiker erfreulich, wenn erst einmal Vereine, Schulen und Privatschwimmer aus Hofheim ins hiesige Hallenbad kommen, beteiligt sich die Kreisstadt mit 50 Prozent an den laufenden Kosten. Maximal werden allerdings 525.000 Mark überwiesen - genau die Hälfte des heutigen Defizits. Nicht eingeschlossen sind dabei Zinsen und Abschreibungen. Steigt das Minus noch an, muss dafür Kelkheim gerade stehen.

Trotzdem ist das für Kelkheim eine attraktive Vereinbarung, denn das Haushaltsdefizit liegt den Finanzpolitikern schwer im Magen. Und außerdem sollten weitere Investitionen notwendig werden, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, zahlt Hofheim auch davon die Hälfte. Außerdem sollen aus Hofheim zwei Mitarbeiter des Schwimmbades nach Kelkheim gehen.

Weniger Begeisterung dürfte die Vereinbarung bei den Schwimmern auslösen. Denn zwar steht darin, dass das alte Schwimmbad mindestens bis zum Jahre 2000 offen bleiben soll, und das Wort „mindestens“ deutet die Perspektive einer Verlängerung an, sollte es bis zur Jahrhundertwende mit dem gemeinsamen Bad nichts werden. Aber dieser Neubau, und das ist damit zu einem überraschend frühen Zeitpunkt schon festgeschrieben, soll nach Hofheim kommen. Genaueres ist zu dieser Frage noch nicht zu erfahren.

Bereits im Februar hatte es eine Ortsbesichtigung möglicher Standorte gegeben, seitdem ist die Diskussion offensichtlich insoweit vorangekommen, als dass man sich auf Hofheim geeinigt hat. Weitere Absprachen über das neue Schwimmbad sind in der Vereinbarung nicht enthalten - weder was die Finanzierung, noch was die Planung, noch was die weitere Vorgehensweise betrifft.

Die Betriebskommission der Stadtwerke Kelkheim wollte auch den Standort offen halten und in der Vereinbarung lediglich verabreden, einen Platz zwischen beiden Städten zu suchen. Es wäre allerdings überraschend, wenn sich eine so gewichtige Änderung zum jetzigen Zeitpunkt noch einarbeiten ließe.

Auf alle Fälle aber geht es in Kelkheim in den Beratungen der städtischen Gremien wohl nochmals ins Detail. Dabei soll auch die Erhöhung der Eintrittspreise zum 1. Mai endgültig beschlossen werden - ein Schritt, mit dem die laufenden Betriebskosten um etwa 100.000 Mark gesenkt werden sollen.

Nach 7 Jahren trat jetzt Detlef Reckhard als Vorsitzender des FDP-Stadtverbandes zurück. Als Nachfolger wurde Dr. Winfried Hackhausen gewählt.

22.- 23.04.1996: Stadtverordnetensitzung. Die Stadtverordneten beschlossen mit unterschiedlichen Abstimmungen die Offenlegung folgender Bebauungsplan-Entwürfe: Nr. 31/13 „nördliche Behringstraße“, Nr. 138/12 „Joseph-Haydn-Straße und Nr. 16/13 „Staufenfeld“.

Das **Hallenbad-Projekt** mit der Nachbarstadt Hofheim kommt voran. Zwei Monate nach dem Grundsatzbeschluss für den Neubau eines gemeinsamen Schwimmbades hat die Stadtverordnetenversammlung jetzt einstimmig eine Vereinbarung mit Hofheim für die Zeit bis zur Eröffnung der neuen Anlage gebilligt.

Sie sieht vor, dass das marode Hallenbad in der Kreisstadt zum 1. Juni geschlossen und anschließend abgerissen wird. Stammkunden, Vereine und Schulklassen aus Hofheim sollen bis zum Jahr 2000 das Kelkheimer Hallen- und Freibad mitbenutzen. Die Nachbarstadt beteiligt sich im Gegenzug mit rund 500.000 Mark im Jahr an den ungedeckten Betriebskosten des Kelkheimer Bades.

Zur Frage des Standorts für den Neubau heißt es in der Vereinbarung: „Beide Vertragspartner streben die Errichtung eines gemeinsamen Hallenbades in der Gemarkung Hofheim an.“ Die Gremien der Kreisstadt sollen der Abmachung in der nächsten Sitzungsrunde zustimmen.

Bürgermeister Thomas Horn lobte die Übereinkunft mit Hofheim als positives Beispiel für eine flexible „interkommunale Zusammenarbeit“. Die Vereinbarung sei vom „Geist eines partnerschaftlichen Miteinanders“ bestimmt worden. Innerhalb weniger Wochen sei es gelungen, die Interessen von 23 Schulen und 15 Vereinen mit denen der übrigen Badegäste abzustimmen. Angesichts der Finanzprobleme der Kommunen könne das Projekt zum Vorbild für andere Städte und Gemeinden werden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Männer sprach von einem neuen Höhepunkt in der seit Jahren andauernden Diskussion über einen Schwimmbadneubau. In der Frage des Standortes habe man Rücksicht auf die Gefühlslage der Hofheimer genommen, die einen „Kreisstadtnimbus“ beanspruchen könnten. Eine andere Haltung würde das Projekt unnötig verzögert haben, sagte Männer.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Detlef Reckhard wies darauf hin, dass die meisten Flächen, die für den Neubau in Frage kämen, ohnehin auf der Hofheimer Gemarkung lägen.

Die SPD forderte dagegen in der Debatte, die Standortfrage solle noch offengehalten werden, um eine unvoreingenommene Bewertung zu ermöglichen. Der Nutzungsvertrag könne auch ohne eine solche Festlegung geschlossen werden, äußerte der Fraktionsvorsitzende Eckart Hohmann. Sein Fraktionskollege Horst Ackermann hatte zuvor für die Sozialdemokraten die Vereinbarung über den Badebetrieb begrüßt. Ackermann vertrat in seinem Redebeitrag aber die Ansicht, dass eine Kooperation schon Jahre früher möglich gewesen wäre. Die Stadt hätte in diesem Fall Ausgaben für andere Planungsvarianten wie das sogenannte Copla-Konzept sparen können, meinte Ackermann.

Willi Poths (FDP) widersprach Ackermanns Darstellung. Der Vorschlag von Copla, mit dem Verkauf der Liegewiese den Neubau des Kelkheimer Bades zu finanzieren, sei von der Grundidee „sehr gut“ gewesen. Frühere Arrangements mit Hofheim seien vom dortigen Magistrat abgelehnt worden.

Albrecht Kundiger, Sprecher der UKW, lobte die Vereinbarung als Ergebnis einer „richtungsweisenden Zusammenarbeit“ zwischen den Kommunen. Es gebe dennoch wenig Grund zur Euphorie, weil die Nutzer in beiden Städten mit Einschränkungen leben müssten. Ob das Versprechen, einen Neubau zu errichten, einzuhalten sei, könne noch niemand sagen, meinte Kundiger.

Auch der Fraktionsvorsitzende der FWG, Ortwin Kloß, wies auf Risiken in der Vereinbarung hin. Die Zusage, den Betrieb für die Übergangszeit bis zum Jahr 2000 zu erhalten, gelte nur unter dem Vorbehalt, dass keine kostspieligen Reparaturen am Kelkheimer Bad erforderlich seien. Seine Fraktionskollegin Karin Keller erinnerte daran, dass trotz des Zuschusses aus Hofheim für die Stadt Kelkheim ein Defizit aus dem Schwimmbadbetrieb bis zur Höhe von 700.000 Mark pro Jahr übrigbleiben könne.

Gegen die Stimmen von SPD und UKW stimmte das Parlament den neuen Tarifen für das Kelkheimer Bad zu. Demnach werden Jahreskarten billiger. Jugendliche zahlen 100 statt 130 Mark, Familien 300 statt 400 Mark. Neu im Programm ist die Familienkarte für neun Mark. Mit ihr können, so der Vorschlag von Forum-Politiker Rainer Tisch, ein bis zwei Erwachsene mit ein bis vier Kindern schwimmen gehen. Teurer werden die Einzeltickets: Sie kosten für Erwachsene sechs Mark, für Jugendliche die Hälfte. Unterm Strich rechnet die Verwaltung mit Mehreinnahmen in Höhe von etwa 100.000 Mark.

Sowohl SPD als auch UKW bekundeten, sie wollten die Preiserhöhung nicht mittragen. Einer geringeren Leistung könne man keine höheren Gebühren gegenüberstellen, sagte Eckart Hohmann und spielte auf die reduzierten Öffnungszeiten an. In dieser Übergangssituation, dürfe dem Bürger nicht noch tiefer in die Tasche gegriffen werden.

Der **Rettershof** bleibt vorerst im Besitz der Stadt Kelkheim. Einen Antrag der SPD, den **Verkauf** des Anwesens vorzubereiten, lehnten CDU, FDP und FWG im Stadtparlament mehrheitlich ab.

Gegen die Stimmen der SPD lehnte die Mehrheit des Parlamentes ab, den Magistrat mit dem Verkauf des Rettershofes zu beauftragen. Eines aber gestanden die Fraktionen den Genossen zu: das Urheberrecht für diesen Vorschlag, wenn zu einem späteren Zeitpunkt der Verkauf erneut Thema im Parlament sein sollte.

Einen Schritt weiter gediehen sind indes die Vorbereitungen für den Golfplatz am Rettershof. Nachdem die Landesregierung Mitte Februar grünes Licht für den Bau gegeben hatte, geht es nun darum, „die Vielzahl von Auflagen“ (Bürgermeister Thomas Horn) zu berücksichtigen.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Wanderwege. Wichtiger Teil des Wegekonzepts sei der sogenannte Zickzack-Weg, der Fischbach mit dem Rettershof verbindet. Voraussetzung für den Bau des Golfplatzes der Weg muss für die Öffentlichkeit erhalten bleiben. Aufgabe der Fachplaner sei es nun, die Lage der Spielbahnen in Einklang mit den Wanderwegen zu bringen. Im nächsten Schritt könnten dann die Pläne für den Golfplatz öffentlich ausgelegt werden.

Von einem „ungeheuerlichen und nicht hinnehmbaren Affront“ sprachen die einen, von einer völlig richtigen Handlungsweise die anderen - auch in der Stadtverordnetenversammlung war man erwartungsgemäß unterschiedlicher Meinung, wie es zu beurteilen ist, dass Bürgermeister Thomas Horn Anfang Februar in einer großen Zeitung das Grundstück des **Schwimmbad-Parkplatzes zum Verkauf ausgeschrieben** hatte.

Die UKW-Fraktion hatte einen Antrag im Parlament eingebracht, dies zu missbilligen, die Mehrheit dort sah allerdings dafür überhaupt keinen Anlass. Kein städtisches Gremium habe den Verkauf dieses Grundstückes je beschlossen, erklärte die grünorientierte UKW auch im Parlament noch einmal. Nicht einmal der Magistrat habe der Bürgermeister informiert. Als selbstherrlichen Alleingang hatte dies Fraktionschef Wolfgang Coy vor zwei Wochen schon einmal bezeichnet.

Der Rathauschef hatte dies auch gleich entschieden zurückgewiesen. Als Bürgermeister bereite er die Beschlüsse des Parlamentes vor, und da gehöre auch die Ausschreibung von Grundstücksgeschäften. Der Bürgermeister beruft sich dabei auf die Hessische Gemeindeordnung und sieht in der Kritik der UKW einen Vorboten des anstehenden Kommunalwahlkampfes.

Die Regierungskoalition teilte diese Auffassung ausdrücklich. Der Vorgehensweise des Bürgermeisters habe eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Beschlüsse zum Schwimmbad zugrunde gelegen, erklärten Vertreter von CDU, FWG und FDP im

Parlament. Tatsächlich äußerte damals die Mehrheit die deutliche Absicht, den Schwimmbadparkplatz zu verkaufen, um die Altschulden den Hallenbades zu verringern und so auch zu geringen laufenden Zahlungen für Zins und Tilgung zu kommen. Der Bürgermeister sei gebeten worden, hieß es, die Verkaufsmöglichkeiten für das Grundstück durch eine Ausschreibung auszuloten. Für die schnelle Umsetzung erhielt Horn jetzt ausdrückliches Lob durch das Regierungsbündnis.

Nicht mehr zur Sprache kam die Frage der künftigen Bebauung des Geländes. Die UKW hatte auch darauf hingewiesen, dass eine Entscheidung darüber noch nicht getroffen worden sei. In der Ausschreibung aber ist von Einzel-, Doppel-, Reihen- und Mehrfamilienhäusern die Rede.

„Kelkheim betätigt sich als Totengräber des Bücherbusses“, zog Albrecht Kundiger Bilanz in der Sitzung am Dienstagabend. Das Abstimmungsergebnis drückte auf die Stimmung der UKW. Deren Antrag, Kelkheim möge auch künftig sein Scherflein zum **Bücherbus** beitragen, lehnten CDU, FDP und FWG gegen die Stimmen von UKW und SPD ab – wenn auch denkbar knapp.

Einem dauerhaften Erhalt der rollenden Kreisbibliothek wollten die drei Mehrheitsparteien nicht zustimmen.

45.000 Mark betrug der Anteil der Stadt Kelkheim an den Gesamtkosten von 343.000 Mark. Im Gegenzug griffen die Menschen der Möbelstadt weit mehr als 10.000mal im vergangenen Jahr in die Regale des Bücherbusses und deckten sich mit Lesestoff ein.

„Es ist wohl signifikant für die 90er Jahre, dass die Bedenkenträger und Blockierer der selbsternannten akademischen Naturschutzfundis Hochkonjunktur haben“ - so hatte es Bürgermeister Horn geschrieben und ins Amtsblatt setzen lassen, und das sorgte für gehörige Aufregung. Die Naturschützer waren stinksauer, und die SPD wollte die Äußerung im Parlament per Missbilligungsbeschluss bestrafen. Eine Mehrheit gab es dafür zwar nicht, aber ein Teilerfolg war aus Sicht der Antragsteller durchaus zu verbuchen, ins Amtsblatt hätte dies, so der Bürgermeister, tatsächlich nicht gehört.

Der Bürgermeister habe damit die Gebote von Neutralität und Zurückhaltung amtlicher Mitteilungen verletzt, erklärten, die Sozialdemokraten. Herausgeber des Amtsblattes sei der Magistrat, und der solle diese Gebote künftig garantieren.

Die Stadtverordnetenversammlung folgte der SPD zwar nicht, die FWG sah in den Ausführungen der Sozialdemokraten gar den Tatbestand der Beleidigung des Bürgermeisters erfüllt. Aber Horn selbst räumte im Parlament ein, derartige persönliche Meinungsäußerungen hätten im Amtsblatt unter den Mitteilungen der Stadt nichts zu suchen - es wird nicht mehr vorkommen.

Erst recht gab es keine Mehrheiten für die Anträge, den Bürgermeister zu einer Entschuldigung aufzufordern und den Naturschutzverbänden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben Unterstützung zuzusagen.

Bürgermeister Horn wiederum erklärte, inhaltlich nach wie vor voll zu seinen Ausführungen zu stehen, die damals im Zusammenhang mit dem am Rettershof geplanten Golfplatz gefallen waren. Er untermauerte dies mit einer Reihe von Beispielen, sehr zum Unwillen übrigens von Manfred Guder vom BUND und Norbert Biermann (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald), die beide der Diskussion im Parlamente von den Zuschauerplätzen folgten.

Im Sommer 1994 wurden die **Tempo-30-Zonen** in der Stadt eingerichtet, im Oktober 1995 wollte Bürgermeister Thomas Horn die Meinung der Kelkheimer zu dieser Neuregelung wissen und verschickte Fragebögen. Jetzt liegt das Ergebnis dieser Umfrage vor. Die Resonanz war, so berichtet jetzt der Bürgermeister, überraschend hoch. 873 Bürgerinnen und Bürger schickten den Fragebogen ausgefüllt zurück. Im Detail stimmten 637 Bürger den Tempo-30-Regelungen zu, 153 lehnten sie ab und 83 machten keine Angaben. 287 fanden die Rechts vor links Regelungen gut, 170 konnten sich nicht damit anfreunden.

Etwas anders sah es bei der Aufhebung der Einbahnstraßen-Regelung aus. 162 lehnten sie ab, 150 stimmten zu. Und bekanntlicherweise wurden mit Einführung der Tempo-30-Zonen auch die Halteverbotsschilder abmontiert. Dem konnten 190 Bürger zustimmen, 139 schüttelten den Kopf. Wäre dann noch das versetzte Parken mit Fahrbahnmarkierung. 216 sagten Ja, 102 Nein.

Bürgermeister Thomas Horn: „Als einer der großen Erfolge der Befragung ist zu werten, dass auf 796 Antwortbogen - das sind immerhin 91,2 Prozent - ergänzende Mitteilungen gemacht oder Anregungen gegeben wurde“. Mit der Verkehrspolizei wurden die Einzelergebnisse - bezogen auf die Wohngebiete - sowie die Mitteilungen und Anregungen eingehend erörtert. Und so werden die Empfehlungen der Polizei demnächst der Verkehrskommission zur Beratung vorliegen. Danach

wird die Straßenverkehrsbehörde entscheiden. Thomas Horn versicherte, über das Ergebnis und darüber, welche Bedenken ausgeräumt und welche Anregungen umgesetzt werden, zu berichten.

30.04.1996: Mit sofortiger Wirkung legte die FWG-Stadtverordnete, Frau Marta Ostwald ihr Mandat nieder. Nachfolger für die FWG wurde Herr Peter Stevens aus dem Berliner Ring.

01.05.1996: Zusammen mit seiner St. Dionysius-Gemeinde feierte **Pfarrer Hermann Stinner** seinen **70. Geburtstag**. Bürgermeister Thomas Horn überreichte dem Jubilar, der seit 45 Jahren Pfarrer in Münster ist, den **Ehrenbrief** des Landes Hessen.

Pfarrer Stinner wurde am 1. Mai 1926 in Alte Klostermühle im Oberwesterwald geboren und besuchte in Betzdorf/Sieg das Gymnasium. Nach dem Abitur studierte er Philosophie und Theologie in Frankfurt. Am 8. Dezember 1951 nahm er im Limburger Dom von Bischof Dr. Kempf die Priesterweihe entgegen. Im gleichen Jahr kam er als Vikar nach Münster zur Pfarrgemeinde St. Dionysius.

06.05.1996: Nachdem der Regierungspräsident den Entwurf mit Auflagen versehen hatte, schaltet nun die Gemeindekammer des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) einen Gang zurück. Das Gremium wird am Mittwoch nicht über den **Golfplatz am Rettershof** beraten. Die SPD hat sich dafür ausgesprochen, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen.

So hält Gerhard Weinrich, Geschäftsführer der SPD im UVF, den Golfplatz am Rettershof für schwer vereinbar mit sozialpolitischen Grundfesten der Partei. Dort sollen auch in Zukunft Familien mit Kindern Spazieren gehen können, ohne dass ihnen die Golfbälle um die Ohren sausen, sagt Weinrich. Der Standort Rettershof indes, haben die Kelkheimer Genossen ihren Parteifreunden im Umlandverband erklärt, sei nicht vertretbar, der Bereich einfach zu sensibel. Und da die SPD nach Worten Hohmanns außerdem ihre Politik gremienübergreifend besser koordinieren müsse, sprachen sich die Genossen im UVF dafür aus, zunächst gar nichts zu unternehmen: In der Gemeindekammer wird am Mittwoch die Änderung des Flächennutzungsplans nicht beraten werden.

Bürgermeister Thomas Horn brauchte zwei Takte länger als üblich, um diese Überraschung zu verdauen. Maßgeblich für ihn sei die ministerielle Genehmigung für die Änderung des Flächennutzungsplans. Und die sei gewährleistet. Die Stadt bessere nun die Pläne nach und bereite deren Offenlegung vor.

Der Verwaltungschef geht nach Rücksprache mit Verbandsdirektor Alfons Faust (CDU) davon aus, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes dann in der nächsten Sitzungsrunde des UVF beraten werden wird. Horn: „Das läuft doch alles parallel.“ Diese Verzögerung wie auch die Ankündigung der Naturschützer, ein Bürgerbegehren zu starten, haben laut Bürgermeister Horn keine Wirkung auf potentielle Investoren. Kelkheim trägt derweil seinen Teil dazu bei, das Verfahren voranzutreiben. CDU, FDP und FWG werden zur nächsten Parlamentsitzung einen Antrag einbringen, der die Ausschreibung des Projektes Golfplatz vorsieht.

Die Kelkheimer „sollten sich dem **Bau des Golfplatzes** nicht verschließen, sondern den Golfclub tatkräftig unterstützen“ - so heißt es in einer Erklärung des Golfclub-Vorsitzenden Wolfgang Bagus. Der Verein beginnt nun, da sich Widerstand regt, die Werbetrommel für sein Projekt zu rühren. Hauptargument: Kelkheim insgesamt würde von einer solchen Einrichtung am Rettershof profitieren.

Bekanntlich zeichnet sich für die nächsten Monate eine heftige Auseinandersetzung um den geplanten Golfplatz ab: Die Naturschutzverbände halten von dem Projekt überhaupt nichts und wollen es per Bürgerentscheid kippen. Nach einer ersten Veranstaltung sind die Organisatoren wegen der guten Resonanz auch optimistisch, dass dies klappt. Die Befürworter müssen sich demnach etwas einfallen lassen, wollen sie ihr Vorhaben nicht schon in diesem Jahr zu Grabe tragen müssen.

Sie weisen daher auf die Verbesserungen für Natur und Umwelt hin. Es würden viele einheimische Gewächse angepflanzt und ausgedehnte Grünflächen angelegt, Vögel und andere Kleintiere fänden so neue Lebensräume. Außerdem werde der Spaziergang auf dem sogenannten Zickzackweg nach Fischbach so attraktiver. Der Umwelt komme auch zugute, dass erheblich weniger Düngemittel zum Einsatz kommen sollen als bisher.

Der Verein beabsichtige nicht, zusätzliche Gebäude zu errichten, erklärt Bagus und widerspricht damit der etwa im Stadtparlament geäußerten Vermutung, dabei werde es längerfristig nicht bleiben. Teile des Rettershofs und das Wohnhaus des Verwalters könnten als Clubräume und zum Unterstellen der Maschinen verwendet werden, eine weitere Landschaftsverbauung sei nicht zu befürchten.

Für die Stadt biete der Golfplatz auch finanzielle Vorteile: So verschwinde nicht nur das durch die Landwirtschaft verursachte Defizit, auch werde ein beachtlicher Pachtzins bezahlt. Verbessern werde sich die Auslastung der Gaststätte und des Hotels am Rettershof. Der Verein will sich außerdem dafür einsetzen, dass die Beitrittskosten so niedrig sind, dass möglichst viele Kelkheimer Golf spielen können.

Der Golfclub ist davon überzeugt, dass auf dem Rettershof ein außergewöhnlich schöner Golfplatz entsteht, der sich harmonisch in die Landschaft einfügt und allen Kelkheimern gefallen wird. Er werde das Image der Stadt verbessern und habe daher die Unterstützung aller Kelkheimer verdient.

Auch das **Hofheimer Stadtparlament hat** jetzt den **Vereinbarungen** mit der Stadt Kelkheim zum Bau eines **gemeinsamen Hallenbades** mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP **zugestimmt**.

Der **Minimal-Verbrauchermarkt** in der Neuen Stadtmitte ist von der zur Handelsblatt-Gruppe gehörenden Zeitschrift „Lebensmittel Praxis“ zum **„Supermarkt des Jahres“** gewählt worden.

Am **Golfplatz** scheiden sich die Geister - letztlich auch die Umweltschützer. Während die BIK im BUND und andere Verbände das Projekt verhindern möchten, fährt der Naturschutzbund einen anderen Kurs: „Unsere Mitglieder haben sich für den Golfplatz ausgesprochen“, sagt Vorsitzender Horst Remmeke.

Das Areal um den Rettershof zeige auf etwa acht Hektar Grünland eine „ausgeräumte Landschaft mit intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen“, lautet Remmekes Bestandsaufnahme. Mit der Anlage des Golfplatzes, so die Vorstellung des Naturschutzbundes, werde die ursprüngliche Struktur der Landschaft mit Grasflächen und Streuobstwiesen wieder hergestellt.

Aktiven Umweltschutz erkennt Remmeke auch in zwei anderen Komponenten: Mit dem Golfplatz reduziere sich der Verbrauch von Stickstoff um 80 und von Pestiziden um 90 Prozent. Die Folge: „Auf diesen Flächen wird sich wieder natürliches Leben entwickeln. Gräser und Blumen werden sich ansiedeln, Schmetterlinge, viele Kleinlebewesen und Vögel werden wieder heimisch werden. Teiche, Feuchtwiesen und wechselfeuchte Mulden werden entstehen.“

Als bestes Beispiel führt Remmeke den Golfplatz bei Massenheim an. Dort habe sich eine große Artenvielfalt entwickelt, seien Vögel heimisch geworden und ließen sich auch durch den Golfbetrieb nicht stören. Selbst die Rohrweihe baue im Schilf des Teiches seit einigen Jahren ein Nest.

Finanziell mache der Bau des Golfplatzes laut Remmeke einen Sinn: Durch die Verpachtung des Geländes werde der städtische Haushalt entlastet. Das Areal gewinne nach dem Ausbau zudem an Erholungswert. Vielmehr dränge sich die Frage auf, inwieweit in dem Ballungsgebiet südlich des Taunus eine intensive Landwirtschaft noch sinnvoll sei. „Ist es nicht besser, dieses Gebiet langfristig in eine Erholungs- und Freizeitlandschaft umzugestalten?“, fragt der Vorsitzende und schließt: „Die Natur würde sich freuen.“

14.05.1996: Gestern **unterzeichneten** Hofheims Bürgermeister Rolf Felix und Bürgermeister Thomas Horn den **Kooperations-Vertrag**: Der Vertrag regelt die gemeinsame Benutzung des Kelkheimer Hallen- und Freibads bis zum geplanten Neubau. Bis dahin werden die Bürger der Nachbarstadt das Kelkheimer Bad nutzen. Beide Seiten streben privatwirtschaftliche Lösungen für Bau und Betrieb des neuen Hallenbads an.

20.05.1996: 64 Sportlerinnen und Sportler aus Kelkheim, die 1995 bei hessischen oder deutschen Meisterschaften auf ersten, zweiten oder dritten Plätzen landeten, wurden heute im Rathaus vom Ersten Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher ausgezeichnet.

Schwimmen, Kunstspringen:

Name:	Verein:
D. Hannesen AK 55:	KSC 70
K. Hannesen AK 60:	KSC 70
Ron. Hannesen:	KSC 70
Wilh. Hufer AK 50:	KSC 70
Jürgen Kurz AK 50:	KSC 70
Petra Karg; Jg.78:	KSC 70
Sönke Schäfer:	Hofheimer SC
Erich Prasler Jg. 85:	KSC 70
Katrin Mehler Jg.79:	KSC 70
Michaela Groß Ak 30:	SG Frankfurt
Ver. Gutjahr J.76-81:	SCW Eschb.

Kunstspringen:

Tanja Niewerth:	Höchster SV
Felicia Willich:	Höchster SV
Saskia Willich:	

Rudern:

Holger Guckes:	RCN Höchst
Dr. G. Röscher:	RCN Höchst

Turnen:

A. Dietze Jg.72:	TuS Hornau
N. Brückmann Jg.77:	TuS Hornau
Heike Hütter: Jg. 75:	TuS Hornau
K. Hedegger: Jg. 83:	TSG Münster
Bernhard Zipfel:	TSG Sulzbach

Leichtathletik:

Simone Bürgstein:	TuS Hornau
Annemarie Reng:	SV Fischbach
Elfriede Fach: W 40	TSG Münster
Simon Kahn:	TSG Münster
Christian Haag:	TSV Lorsbach
Uwe Herrmann (M):	Eintr. Frankf.
Willi Herr M50-65:	LG Bad Soden
Torsten Kleipa M30:	LG Frankfurt
Dr. Dr. L. Aderhold:	Spir. Frankfurt

Motorsport:

Ernst Wendel:	MSC Kelkh.
Marion Tausch:	MSC Kelkh.
Manfred Pohl:	MSC Kelkh.
Erwin Kaekel:	MSC Kelkh.
Inge Hirschle:	MSC Kelkh.
Heinz Kilp:	ADAC König.

Skisport:

Bernhard Döring:	SC Kelkheim
Renzo Albanese:	Skiclub Kelkh.
Dr. Walter Hartig:	Skiclub Kelkh.
Wolfgang Schreiter:	Skiclub Kelkh.
Martin Bind:	Skiclub Kelkh.
Dr. Jan Marwede:	Skiclub Kelkh.
Günther Cellarius:	Skiclub Kelkh.
Eva Eisenbach:	Skiclub Kelkh.
Waltraud Kleemann:	Skiclub Kelkh.
Bernd Karbe:	Skiclub Kelkh.
Hubert Leitermann:	Skiclub Kelkh.
Klaus-D. Schulz:	Skiclub Kelkh.

Schützen:

Ralf Tschannerl:	SG Münster
Christian Besler:	SG Münster
Daniel Illmer:	SG Münster
Katrin Schreiber:	SG Münster

Ju Jutsu/Judo:

Achim Berger:	SG Kelkheim
Boris Estenfelder:	SG Kelkheim
Jens Frühbeis:	SG Kelkheim
Danlela Giehl:	TG Schwalb.

Badminton:

Gisela Klein:	SG Kelkheim
Axel Winter:	SG Kelkheim

Streit mit der Kulturgemeinde. Die Querelen zwischen der renommierten Kulturgemeinde Kelkheim und der Stadt haben sich zu einem offenen Streit ausgeweitet. Nachdem der Vorstand ultimativ die Selbstauflösung des Vereins angedroht hat, weil seine ehrenamtliche Arbeit behindert werde, sagte Bürgermeister Thomas Horn einen vereinbarten Gesprächstermin ab und verfügte einen Auszahlungsstopp für fällige Zuschüsse.

Der ehrenamtliche Kulturdezernent im Magistrat, Bernd Wellershaus, warf dem Vorsitzenden der Kulturgemeinde, Dr. Hartmut Bock, vor, er stelle die Existenz des wichtigen Kulturvereins „in einem Akt persönlicher Enttäuschung“ zur Disposition.

Nachwirkender Anlass für die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunalpolitikern und der seit mehr als vierzig Jahren tätigen Kulturgemeinde war die Entscheidung der Stadt, ein eigenes Kulturreferat in der Verwaltung einzurichten. Die Kunsthistorikerin Dr. Beate Matuschek übernahm die neugeschaffene Halbtagsstelle, die nach den Regeln von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit städtischen Mitteln und erheblichen Zuschüssen des Arbeitsamtes finanziert wird.

Nach Einschätzung der Kulturgemeinde macht die Referentin der ehrenamtlichen Organisation gegen Bezahlung und auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler direkte Konkurrenz. Die Kommune zeige so. „dass sie die langjährige, überaus erfolgreiche und unschlagbar kostengünstige Arbeitsteilung zwischen Stadt und Kulturgemeinde nicht mehr wünscht“, schrieb der Vorsitzende Dr. Bock an die Mitglieder. Die Stadt sei nicht in der Lage, die Ausfälle bei den Landeszuschüssen an die Kulturgemeinde zu ersetzen, finanziere aber einen Teil der Personalkosten für eine Kulturreferentin. Der Vorschlag, die Kunsthistorikerin als Geschäftsführerin des Vereins einzusetzen, um die Effizienz der ehrenamtlichen Arbeit zu erhöhen, sei vom Bürgermeister abgelehnt worden.

Weil während der vergangenen zwei Jahre keine Annäherung der Standorte erreicht worden sei, empfehle der Vorstand bei der Mitgliederversammlung am 27. Juni die Auflösung des Vereins. Ein abruptes Ende sei besser als ein Dahindämmern der kulturellen Bürgerinitiative, sagte Dr. Bock in einem Pressegespräch. Er hoffe allerdings noch auf eine Einigung mit der Stadt.

Bürgermeister und Kulturdezernent fassten den Brief des Vorsitzenden allerdings nicht als Einladung zu einer neuen Gesprächsrunde über die künftige Arbeitsteilung beim kulturellen Angebot einer Stadt mit knapp 27 000 Einwohnern auf. Bürgermeister Horn verwahrte sich dagegen, wie Dr. Bock das Verhältnis der Stadt zur Kulturgemeinde dargestellt habe. „Eine Verknüpfung von Mittelkürzungen bei der Kulturgemeinde mit der Finanzierung der ABM-Stelle der Kulturreferentin“ sei nicht Gegenstand der Beratung in der Stadtverordnetenversammlung gewesen, schrieb Horn. Auch nach der unabwendbaren Kürzung des Kulturetats sei noch eine Basis vorhanden, um weiter kulturelle Angebote „auf hohem Niveau“ zu machen.

Die angekündigte Auflösung sei eine „überzogene Reaktion auf die Sparbemühungen der Stadt“. Er habe die begründete Hoffnung, dass die Mitglieder der Kulturgemeinde den Vorschlag zur Auflösung des Vereins ablehnen würden, schrieb der Bürgermeister an Dr. Bock.

In einem zweiten Brief teilte er dem Kassenswart der Kulturgemeinde inzwischen mit, dass die im April beantragten Zuschüsse für 1996 nicht ausgezahlt werden sollten. Der Verein solle der Stadt gegenüber einen „Abwicklungsbeauftragten“ nennen.

Nach neun Jahren gibt es in diesem Jahr erstmals **kein Western-Weekend** mehr. Der Magistrat hat die Zustimmung für solch eine Veranstaltung auf dem Festplatz „Im Stückes“ oder an einem anderen Platz in der Stadt verweigert.

25.-27.05.1996: Zehn Jahre Städtepartnerschaft mit High Wycombe. Für Sekunden schaute die Sonne aus den dichten Wolkenschleiern, gerade richtig fürs Bäume pflanzen. Fünf Buchen schenkte die Stadt High Wycombe der Stadt Kelkheim zum zehnten Geburtstag der Partnerschaft. Die Bürgermeister Sebert Graham und Horn pflanzten die Bäume im Mühlgrund und damit jeder weiß warum nun die fünf Buchen da stehen, gibt es dazu noch. einen Gedenkstein.

Anschließend ging es im Rathaus weiter. Hier war der offizielle Festakt mit erfreulich kurzen Reden und viel Musik. Bürgermeister Horn stellte fest: „Eine meiner ersten Amtshandlungen war der Besuch im vorigen Jahr beim Verschwisterungsfest bei Ihnen.“ Damit hat er mit Mayor Serbet Graham etwas gemeinsam, denn er ist erst seit zehn Tagen Bürgermeister von High Wycombe. Man tauschte Gastgeschenke aus. Geschenke überreichte auch der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer. Er bedachte fünf Leute aus High Wycombe und aus der französischen Partnerstadt Saint Fons mit Büchern. Die Fünf hatten sich bei den Partnerschaften besonders hervorgetan.

Über den friedensstiftenden Sinn und Zweck solcher Gemeinschaften sprachen auch Lesley Clarke (Vorsitzende der High Wycombe Twinning Association), Peter Flint (Mitbegründer der Partnerschaft) und Marie-Claude Philippe (Comite de Jumelage, Saint Fons).

Unter Natalie Schwarzer hatte das Kammerorchester Kelkheim die Feierstunde eröffnet. Mit einem Virtuosenstück von Gaetano Pugnani stellte sich Sara Goss (Violine) und Margaret Isaacson (Klavier) von der Musikschule High Wycombe vor. Ein vorzüglicher deutscher Musikbeitrag: Zwei Lieder von Franz Schubert. Mit enorm profunder und vorzüglich geführter Stimme sang Paulus Christmann, es begleitete ihn Christoph Seidel am Klavier.

Musik und Bewegung gab es am Samstagabend. Der Tanzsportclub Fischbach hatte ins Bürgerhaus eingeladen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene des TSC und des Fischbacher Carneval Vereins gaben Proben ihres Könnens.

„Jugend musiziert“ hieß es dann gleich am Sonntagmorgen. Im Plenarsaal mischten junge Leute der Musikschulen Kelkheim und High Wycombe - unter der Gesamtleitung von Christoph Seidel und Margaret Isaacson - etwas Pop mit viel Klassik.

Wenige Stunden später war Festgottesdienst in der Klosterkirche. Auch hier erklang viel Musik. Unter der Leitung von Wolfgang Jacob sangen die Chöre von St. Martin und St. Franziskus mit gewohnter Souveränität.

Montagnachmittag reisten die Gäste aus High Wycombe und Saint Fons ab.

01.06.1996: Bürgermeister Thomas Horn ein Jahr im Amt. Egal ob Thomas Horn nun an seinem schwarzen Schreibtisch oder am Steuer seines dunkelblauen Dienstwagens sitzt - fast

immer strahlt der 36jährige. Und das mittlerweile schon seit einem Jahr. So lange ist er Bürgermeister der Stadt Kelkheim. Und obwohl sein Arbeitstag manchmal schon um 7:30 Uhr beginnt und erst gegen 22:30 Uhr endet, sieht er den Posten des Rathauschefs nach wie vor als „reizvolles Geschäft“. Er betrachtet es als Herausforderung, mit den unterschiedlichsten Problemen der 27.000 Einwohner zählenden Stadt konfrontiert zu werden und sie auch teilweise zu lösen.

Der Mann mit dem Grübchen am Kinn wusste genau, auf was er sich am 1. Juni 1995 einließ. Immerhin war Amtsvorgänger Dr. Stephan drei Jahrzehnte im Amt, und da war die Meßlatte für Horn recht hochgelegt. Doch er macht seine Sache, auch nach Ansicht von politischen Gegnern, gut.

Wichtig ist für ihn nach wie vor der persönliche Kontakt zur Bevölkerung. Und den pflegt er auch. Oft bleibt es dann nicht aus, dass ihn die Kelkheimer auf große und kleine Probleme ansprechen. Mehr Zeit muss er einplanen, wenn er samstags auf den Markt geht.

Doch die Kelkheimer trifft er auch in seinem Büro. Das ist aus Kostengründen nach wie vor mit Palisander vertäfelt - wie bei seinem Vorgänger. Doch an den Wänden finden sich moderne Intarsienarbeiten von Heinz Schimpf und ein Bild von Manfred Guder, beides Kelkheimer Künstler. So sind es bis zu zehn Bürger, die einmal pro Woche in die Sprechstunde kommen. Das Interesse richtet sich hier in erster Linie auf Bau- und Sozialangelegenheiten, aber auch bei Gesetzesänderungen fragen die Bürger ihren Verwaltungschef.

Zufrieden ist er immer dann, wenn er etwas bewirken kann. Bleiben wir bei den Bürgern. Die sollten - so versprach es Thomas Horn im Wahlkampf - nicht mehr mit Amtsdeutsch konfrontiert werden. Und so bemühte er sich auch im vergangenen Jahr um eine verständlichere Sprache. Gelungen ist das oft, aber nicht immer. So wird nach wie vor von einer „Verschiebung der wöchentlichen Müllabfuhr“ gesprochen. Aber daran kann man ja noch arbeiten.

Für die Mitarbeiter im Rathaus hat er ein dickes Lob parat: „Sie haben sich alle sehr schnell auf mich eingestellt.“ Er schätzt die Leistungen. Besonders als es um die Rückerstattungen beim „Kelkheimer Modell“ ging, hätten „seine Leute“ alles zügig abgewickelt. Er habe aber auch in diesem Jahr von außerhalb erfahren, dass die Verwaltung einen guten Ruf genieße. Beispielsweise als sich ein Kelkheimer bei ihm bedankte, dass ihm am Wochenende vor seiner Auslandsreise sein Reisepass verlängert wurde.

Horn, der trotz allem von einer „Phase der gegenseitigen Gewöhnung“ spricht, will die Verwaltung in ein „ruhiges Fahrwasser“ führen. Er will die Zusammenarbeit mit Parlament und Ausschüssen optimieren und schon bald zwei Ämter im Rathaus zusammenlegen. Welche? Das wollte er noch nicht verraten.

Der Mann, der die „Beach-Party“ ins Leben rief, auf Radarmessungen hinweist, der bei Wanderungen im Taunus und im Rheingau gut abschalten kann, inzwischen Mitglied in allen Karnevalsabteilungen und im Skiclub ist, scheint sich wohl zu fühlen in der Stadt. Er strahlt bei dem Gedanken an die „englische Lösung“, den Wochenmarkt samstags auf die abgesperrte Frankenallee zwischen Frankfurter Straße und Einmündung Töpferstraße zu verlegen. So wie auf der Main Road in der Partnerstadt High Wycombe könnten die Kelkheimer dann über ihren Markt in „Kompaktform“ flanieren. In der Neuen Stadtmitte Süd wäre das auch platzmäßig nicht möglich. Und was meint er zu Kelkheims Hauptproblem, dem Durchgangsverkehr? Gravierende Entlastung würde nach wie vor nur eine Umgehungsstraße bringen. So erwartet er in diesem Tagen die sogenannte Machbarkeitsstudie für die Nordumgehung. Die müsse erst ausgewertet werden, bevor im Herbst die Politiker Farbe bekennen sollen. Und was ist mit Tempo-Limit und Verkehrsberuhigung? So gab es in seiner Amtszeit nicht nur eine Befragung zum Thema Tempo 30, sondern die Regelung in der Robert-Koch-Straße wurde teilweise aufgehoben.

Da er Tempo 30 für die Johann-Strauß-Straße für nicht verantwortbar hält und eine bauliche Veränderung auch angesichts der knappen Kasse nicht drin ist, arbeitet er zurzeit an einer Variante für den Nachtragsetat. Um den Rasern dauerhaft zu begegnen, will er „Starenkästen“ installieren. Nicht zu vergessen: Auch die Übergangslösung beim Schwimmbad trägt Horns Handschrift.

Bürgerinitiative gegen Bebauung des Wäldchens. Die Münsterer wollen sich „ihren“ Bolzplatz samt dem Wäldchen und kleinen Park an der Hügelstraße/Am Waldeck nicht mit Häuserblöcken zubauen lassen. Doch die Grundstücke gehören den beiden Kirchengemeinden (St. Dionysius und Ev. Paulusgemeinde) und der Stadt, die wegen Ebbe in der Kasse an einen Investor verkaufen

will. Ein Bebauungsplan ist schon entworfen und soll in Kürze den Stadtverordneten vorgelegt werden. Als Bolzplatz-Initiative wollen die Anwohner nun retten, was zu retten ist. Beim heutigen Treffen vor Ort sammelten sie etwa 100 Unterschriften.

Alle haben schon auf ihm gekickt oder sind als Kinder durch die wuchernden Sträucher gestreift. Selbst als mehr und mehr Einfamilienhäuser drum herum hochgezogen wurden, sich dicht an dicht zur Herrnwaldsiedlung auswachsen, blieb die grüne Oase mit dem einzigen Bolzplatz in der Gegend über all die Jahrzehnte hinweg vom Bauboom unberührt - und Magnet für Kinder, die in Sichtweite der umliegenden Wohnhauszeilen wohlbehütet auf der Freifläche toben.

Doch so selbstverständlich, wie die Münsterer „ihr“ Grünkarree für sich reklamieren, ist die Sache nicht. Das gab Manfred Guder, Chef der BIK im BUND, der aufgebracht Anliegerschar beim Krisentreffen am Samstag sehr deutlich zu verstehen: Im Flächennutzungsplan ist das etwa 7.850 Quadratmeter große Areal für Wohnbebauung ausgewiesen. „Vor zehn Jahren, als der Flächennutzungsplan vor der Beschlussfassung offen lag, hätten sie sagen müssen, dass sie an der Stelle keine Bebauung haben wollen.“

Und dass gebaut wird, ist für Guder denn auch nicht mehr abzuwenden. Über das Wie und in welchem Umfang gelte es aber mit Planern und Stadt zu streiten. Dass die Grundstücke bebaut werden, ist Grunde schon seit den Fünzigern abgemacht. Damals wurde das gesamte Herrnwaldgebiet gerodet, an Bauwillige verkauft und ein Bebauungsplan erstellt, der eine hohe Ausnutzung zulässt. Auch die evangelische Kirchengemeinde griff zu und kaufte das 4.300 Quadratmeter große Gelände des heutigen Wäldchens an der Hügelstraße für ein neues Gemeindezentrum. Das Bauprojekt scheiterte jedoch am Geld und so ließ die Paulusgemeinde Bäume, Sträucher und Gräser sprießen, grad wie es Gottes schöner Natur beliebte.

Die Stadt hingegen hielt ihren 580 Quadratmeter-Streifen unmittelbar daneben bis heute als Wiese „baureif“. Auch die katholische Gemeinde als Grundstückseignerin neben den reformierten Nachbarn hielt die natürliche Schöpferfreiheit in Schach, ließ den Kindern dafür aber ihren Bolzplatz erobern.

Jetzt allerdings braucht die evangelische Paulusgemeinde dringend Geld, um ihren maroden Kindergarten in der Parkstraße zu sanieren und auszubauen. Ihre Not war offenbar willkommener Anlass für die beiden Nachbarn, - respektive für die Stadt - sich flugs anzuschließen, um die drei Grundstücke zur Planung im großen Stil gleich im Sammelpack an einen Investor zu verkaufen.

Allein die Vorstellung trieb am Samstagabend an die 100 aufgebrachte Herrnwälder zum Krisentreffen auf den Bolzplatz, zu dem die Initiatoren um Thomas Förster, Heike Kerber und Michael Michels auch Vertreter der Parlamentsfraktionen gebeten hatten, um ihrem Unmut auf direktem Wege Luft zu machen.

Der Bürgergroll kommt nicht von ungefähr: Mussten die Anlieger des „Einfamilienhaus-mit-Gar-ten-Bezirks“ doch wenige hundert Meter weiter wuchtige Mehrfamilienhausklötze ertragen, die in post-modernistischer 08/15-Architektur nicht nur jeden Quadratzentimeter grün ausnutzten, sondern zu allem Überflus blaue Dächer haben. Ein Ei, das ihnen ihr früherer Bürgermeister Dr. Winfried Stephan über den Ausnahme - und Eilparagraphen 34 a Baugesetzbuch per Magistratsbeschluss ins Nest gelegt hatte.

Seither sind die Münsterer nicht nur klüger, „dass manche Leute in Kelkheim mehr dürfen als andere und schneller bauen können“, sie sind auch vorsichtig geworden: „So was wollen wir hier auf dem Bolzplatz und dem Wäldchen auf jeden Fall verhindern“, ließen sie einhellig vernehmen.

Immerhin: Vor Jahren bestimmten die Stadtverordneten, dass das Wäldchen nicht bebaut werden darf. Den Beschluss müsste das Parlament erst aufheben. Dass dies mit konservativer Mehrheit auch geschehen wird, stellten die anwesenden Vertreter von SPD und UKW, Horst Ackermann und Albrecht Kündiger, gar nicht erst in Frage. „Sie könnten nur sicherstellen, dass sich nichts verändert, wenn sie alle zusammenlegen und die Grundstücke kaufen“, rief Ackermann den Anwesenden spaßeshalber zu. Da schließlich niemand von der Kirchengemeinde verlangen könne, ihr Grundstück nicht zu verwerten, plädierte er dafür, per Bebauungsplan Größe und Zahl der neuen Häuser so zu reduzieren, dass noch Platz für einen Bolzplatz bleibt.

Kündiger sieht's ebenso, bedeuten weitere Bewohner doch auch zusätzliche Kindergartenplätze, mehr Verkehr, Parkflächen und weitere Kanalkapazitäten. In die gleiche Richtung argumentierte auch ein Anwohner: „Wir müssen im Bebauungsplanverfahren auf eine möglichst niedrige Auslastung drängen, damit das Projekt unrentabel für Investoren wird.“

Dem Vorschlag, die Stadt solle das Gelände kaufen und für die Bürger erhalten, erteilte der Parlamentarier Rainer Tisch vom Kelkheimer Forum mit Verweis auf den leeren Stadtsäckel eine

Abfuhr und mahnte, erst den Bebauungsplanentwurf abzuwarten. Den Anwohnern blieb auch nicht mehr; Bürgermeister Thomas Horn, CDU- und Kirchenvertreter, die Näheres zu den Plänen hätten sagen können, blieben dem Treffen fern.

07.-08.06.1996: 25 Jahre Patenschaft mit der Gefion. 25 Jahre Patenschaft zwischen der Stadt Kelkheim mit dem Blasorchester Hornau einerseits und dem Minensuchboot „Gefion“ der Bundesmarine andererseits, mussten gefeiert werden. 18 Soldaten der Besatzung, dazu ehemalige Dienstuende auf dem Boot, mit denen seit vielen Jahren freundschaftlicher Kontakt gepflegt wurde, waren zum „25.“ gekommen. So zum Beispiel der frühere Kommandeur des 7. Minensuchgeschwaders, Fregattenkapitän Klaus Kultermann und Fregattenkapitän Jürgen Göhr, der 1971 im Jahr des Patenschaftsbeginns Kommandant auf der Gefion war.

Zum Auftakt des dreitägigen Besuches der Marinesoldaten gab's einen Empfang, bei dem sich auch der jetzige Kommandant des Bootes, Oberleutnant zur See, Jürgen Menke, ins Goldene Buch der Stadt eintrug. Das weitere Programm sah einen Ausflug ins Technik-Museum nach Sinsheim und eine Rundfahrt durch Kelkheim mit abschließendem Besuch des Fischerfestes am Braubachweiher vor. Höhepunkt war der Marineball im Vereinsheim des Blasorchesters.

Hierzu konnte der erste Vorsitzende des Vereins, Andreas Rübner neben der Gefion-Besatzung und zahlreichen Bürgern auch Ersten Stadtrat Hans Dieter Schirmmacher, Vereinsdezernent Ottmar Nicolaus und Feuerwehrdezernent Willi Vogt begrüßen. Ein herzliches Willkommen galt Oberleutnant zur See, Michael Bierwirth, dem stellvertretenden Kommandanten der Gefion.

Einen chronologischen Abriss der 25jährigen Freundschaft gab Alois Jung, der vor einem viertel Jahrhundert - die Patenschaft als damaliger erster Vorsitzender des Blasorchesters Hornau mitbesiegelte.

Das Minensuchboot „Gefion“ ist mittlerweile in einer Wilhelmshavener Werft für den Einsatz als Ausbildungsschiff für die Schule der Marine umgerüstet worden. Doch die partnerschaftlichen Kontakte sind dadurch nicht abgerissen. Schon 1991, als das 20jährige Bestehen der Patenschaft gefeiert wurde, hatte die Bundeswehr angedeutet, dass die „Gefion“ 1994 außer Dienst gestellt werde. Weder das Blasorchester Hornau noch die Kelkheimer ließen sich davon beeinflussen. So besuchte im Juli 1992 die Gefion-Besatzung die Hornauer Musiker in ihrem Vereinsheim.

Als das 7. Minensuchgeschwader im September 1992 zu seinem 25. Jubiläum einlud, lud Fregattenkapitän Klaus Kultermann in den Heimathafen der „Gefion“, nach Neustadt (Ostsee), ein. Mitglieder des Hornauer Blasorchesters, der damalige Bürgermeister Dr. Winfried Stephan und Stadtrat Rudi Alscher folgten der Einladung. Sie erfuhren, dass es einen 30. Geburtstag des Geschwaders wohl nicht geben wird. Das Geschwader würde aufgelöst.

Der Kommandant der „Gefion“, Kapitänleutnant Jürgen Palasch, erhielt von Dr. Stephan die Ehrenspange der Stadt Kelkheim. Damit wurde der Soldat für seine Verdienste, sowie die Verdienste der Mannschaft um das Haus Walburga der Lebenshilfe für geistig und körperlich Behinderte geehrt. Die Mannschaften hatten 5.000 Mark für die Wohn- und Betreuungsstätte gesammelt.

Trotz der engen Kontakte mit den Seeleuten, sind die Kelkheimer nicht alle seetüchtig. So vermerkt die Chronik, dass Erster Stadtrat Dieter Schirmmacher im September 1993 mit den Hornauer Bläsern an der Ostsee war. Zum besseren Kennenlernen der „Gefion“ gab es eine Bootsfahrt nach Lübeck. Schirmmacher plagte, was viele Landratten auf dem Meer plagt: Er wurde seekrank.

13.06.1996: Schwimmbadparkplatz. Dass der Schwimmbadparkplatz verkauft werden soll, ist längst beschlossene Sache. Die Stadtverordneten hatten diese Entscheidung schon vor längerer Zeit gefällt, wenn auch gegen die Stimmen von SPD und UKW. Dann hatte es wieder Streit gegeben, als Bürgermeister Thomas Horn das Grundstück im Februar per Anzeige zum Verkauf ausgeschrieben hatte. Eine Eigenmächtigkeit nannte dies die Opposition, der Rathauschef sprach von einem ganz gewöhnlichen Vorgang im Rahmen der Amtsgeschäfte.

Auf jeden Fall sollen sich auf die Anzeige hin gleich mehrere Interessenten gemeldet und auch beachtliche Beträge angeboten haben. Genaueres werden die Stadtverordneten heute Abend erfahren. Dann nämlich treffen sich der Bau- und der Haupt- und Finanzausschuss im Rathaus zu einer Sondersitzung und werden über alle - Interessenten und die gebotenen - Kaufpreise informiert. Öffentlich ist diese Sitzung allerdings nicht.

Dem stehen natürlich die finanziellen Argumente gegenüber. Angesichts des Millionenlochs im Haushalt wäre ein Verkauf des Schwimmbadparkplatzes ein warmer Regen für die Stadtkasse. Die Einnahmen sollen für den geplanten Neubau eines gemeinsamen Hallenbades mit der Nachbarstadt Hofheim sowie für die Tilgung der Restschulden des alten Bades verwendet werden; beides Ausgaben, vor denen sich die Stadt nicht drücken kann.

15.06.1996: Bürgerbegehren für Golfplatz. Der Golfsport hat in Kelkheim zahlreiche Anhänger. Über 700 Personen stehen mittlerweile auf einer Interessentenliste des bisher platzlosen Golfclubs Kelkheim e.V. Diese Interessenten wären bereit, für rund 20.000 bis 25.000 Mark pro Person Anteile für den Bau eines Golfplatzes am Rettershof zu erwerben.

Die Stadt Kelkheim hat bereits einen Bebauungsplan für einen umweltverträglichen Golfplatz erstellen lassen. Dennoch ist das Projekt in Naturschutz-Kreisen recht umstritten: Ein Bürgerbegehren gegen den Bau wurde angekündigt. Daher haben rund 30 Golfer nun eine Bürgerinitiative „Rettershof + Golf-Sport“ gegründet. Ziel der Initiative ist es, die Bevölkerung sachlich über das Projekt zu informieren und den Gegnern mit einem Bürgerbegehren für den Bau des Golfplatzes zuvorzukommen.

Zur Information der Kelkheimer hat die Bürgerinitiative auf eigene Kosten 13.800 Exemplare einer farbigen Hochglanzbroschüre drucken lassen, die am morgigen Samstag mit dem Amtsblatt in alle Haushalte geliefert wird. Beigelegt wird ihr eine Unterschriftenliste für das Bürgerbegehren und ein Freiumschlag für deren Rücksendung an die Vertrauensperson. Mindestens zehn Prozent der wahlberechtigten Kelkheimer, also etwa 2.200 Personen, müssen unterschreiben, damit das Begehren rechtskräftig wird.

Der FDP-Stadtverordnete Hartmut Borrmann hat mit sofortiger Wirkung sein Mandat niedergelegt, **Nachrückerin** für die FDP in das Stadtparlament ist Margaret Duis.

Zweite Beach-Party in Kelkheim. Bunte Lichter flimmerten in der Dunkelheit, die Nebelmaschinen spuckten weißen Dunst aus, der über die Bühne waberte, tiefe Bässe dröhnten aus den Lautsprecher. Die Veranstalter der Beach-Party sind vom Pech verfolgt: Schon im vergangenen Jahr legte der Sommer bei der Jugend-Party eine Pause ein - auch diesmal überzog eine dicke Wolkendecke das Schwimmbad, und herbstliche Temperaturen machten den Sprung in den Pool zu einer waghalsigen Mutprobe.

Trotzdem war der Ansturm der jungen Musikfans groß: Rund 3.500 Besucher strömten am Samstag zur zweiten Kelkheimer Beach-Party. Der gutgelaunte **Stephan Holler, DJ bei Radio FFH**, vertrieb auch bei den Wetterföhlichen jeden Anflug von trüber Stimmung. Voller Elan tanzte er über die Bühne und feuerte sein Publikum an. „Und jetzt alle!“ rief er.

Die Kids in den vorderen Reihen ließen sich nicht zweimal bitten und grölten lauthals mit: „Uuuuh lalala.“ Unterstützt wurde Holler von zwei Tänzerinnen, die in bauchfreien Tops zu Dancefloor-Hits die Hüften kreisen ließen. „Es ist zwar ein bisschen kalt, aber toll“, sagten die meisten der Mädchen, die mit ihren Freundinnen lauthals den Text zu „Fresh“ von Beat-System mitsangen.

Die Stadt hatte das Fest organisiert - und wurde dabei tatkräftig von Kelkheimer Vereinen unterstützt. Die TuS Hornau versorgte die Besucher mit Bratwürsten, Waffeln und Getränken. Erster Vorsitzender Wolfgang Zengerling hatte die Preise auf das jugendliche Publikum zugeschnitten: Bier, Hamburger und Bratwurst kosteten nur drei Mark.

Ein paar hartgesottene Mädchen und Jungen ließen sich vom kalten Wasser nicht abschrecken und schwammen beim Paillettenrennen um die Wette. Ein Mitspieler machte es sich auf einem Barhocker bequem und wurde auf einer Paillette quer durch das Becken gezogen. Eine wacklige Angelegenheit, die noch durch Luftballonaufblasen erschwert wurde.

Die muntere Moderation von Stephan Holler fiel ins Wasser: Obwohl er das Mikrofon ganz nah an seine Lippen presste, war kein Ton zu hören - die Lautsprecher streikten. Die Rettungsschwimmer der DLRG bewachten das Spiel. Einige Zuschauer wagten sich allzu nah an den Beckenrand und fielen, meist unfreiwillig, in voller Montur ins kalte Nass. Der Malteser Hilfsdienst kümmerte sich um mehrere unterkühlte Patienten, sie mussten nur wieder aufgewärmt werden.

Bebauung Hügelstraße/Am Waldeck im Ausschuss abgelehnt. Noch ist offen, ob sich die Stadt den vorgelegten Plänen der Bauträger beugt. In der Sondersitzung des Bauausschusses

wurde über die Bebauung des Areals Hügelstraße/Am Waldeck lange diskutiert. Doch auch nach zweieinhalb Stunden war nicht klar, ob Bolzplatz und Wäldchen Wohnhäusern weichen, die Platz für 28 bis 61 Wohneinheiten bieten sollen. CDU, FDP und FWG fanden für ihren Koalitions-Vorschlag keine Mehrheit.

03.07.1996: Im Rahmen der Kulturtage führte Dietrich Kleipa mit rund 60 Interessierten eine geschichtliche Stadtführung durch Alt-Hornau durch. Er informierte über:

- Gagernhof und Gagernhaus
- das alte Hornau
- das älteste Haus in Kelkheim von 1568
- Ortsbefestigung Haingraben
- Alte Martinskirche von 1725
- St. Martinskirche von 1952
- Gagerngraber,
- Wegkreuze und Nepomukfiguren

08.-09.07.1996: Stadtverordnetensitzung. Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dieter Frank wurde Jürgen Ertl einstimmig in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Vordertaunus gewählt.

Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Hartmut Borrmann wurde Carl-Wilhelm Meinel in die Betriebskommission Stadtwerke gewählt.

Als Vertreter des Personalrates der Stadtverwaltung wurden folgende Kolleginnen und Kollegen einstimmig in die Betriebskommission Stadtwerke gewählt:

1. Alexander Risch – Vertreterin Hildegard Remmeke,
2. Emil Beuth – Vertreterin Jutta Klein.

„Sellnbach“ soll demnächst der südwestlich der Bahnlinie gelegene Teil des Sendelbacher Weges heißen. Diesem Vorschlag des Magistrats sind die Stadtverordneten einstimmig und ohne Aussprache gefolgt. Die Umbenennung hat den Grund, dass man von der Frankfurter Straße kommend nur einen kleinen Teil dieser Straße erreichen kann und dann die Bahnlinie eine unüberwindliche Barriere bildet. Das ist ein Problem insbesondere für ortsunkundige Lieferanten. Der Vorschlag „Sellnbach“ setzte sich auch bei einer Befragung unter den Anliegern durch, die im übrigen ihre alten Hausnummern behalten dürfen.

Ohne Diskussion haben die Stadtverordneten den Bau einer **öffentlichen Toilette in der Stadtmitte** beschlossen. Es handelt sich um eine Ausführung zum Preis von rund 90.000 Mark, wobei der städtische Bauhof die Bodenplatte und den Schacht bauen und sich auch um die Anschlüsse kümmern soll. Der Magistrat, so lautet der Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, soll versuchen, die Unterhaltung der Anlage in private Hände zu geben.

Die Mehrheit des Stadtparlamentes mit CDU, FDP und FWG stimmte dem Verkauf des städtischen Grundstücks an der Luisenstrae zu. 1999 läuft der Pachtvertrag mit dem Edeka-Betreiber aus, und dann wird nach den Plänen des Besitzers ein Anbau und ein 550 Quadratmeter großer HL-Einkaufsmarkt entstehen.

Das **Stadtparlament stimmte** in der Sitzung auch **der Bebauung des Wäldchens an der Hügelstraße zu**. Eigentlich stand spätestens seit der Sondersitzung der Ausschüsse fest, dass es im Parlament eine Mehrheit für die Bebauung des Wäldchens, des Bolzplatzes und des angrenzenden städtischen Grundstücks geben würde. Trotzdem lieferten sich die Parteien eine fast zweistündige Redeschlacht zum Thema. Am Ende setzte sich die Koalition aus CDU, FWG und FDP durch 61 Wohnungen, darauf hat man sich nun geeinigt, sollen dort gebaut werden.

Wer Trinkwasser spart, soll dabei künftig stärker als bisher **gefördert werden**, so jedenfalls ist es der einhellige Wille des Stadtparlaments. Einstimmig und ohne größere Debatte beschloss die Stadtverordnetenversammlung noch vor der Sommerpause einen Antrag der FWG, die finanziellen Anreize zur Trinkwassereinsparung auszuweiten.

Zuschüsse gibt es in Kelkheim momentan für die Entsiegelung von Flächen, also wenn man Asphalt, Beton oder Pflaster durch wasserdurchlässige Oberflächen ersetzt. Dafür erhält die Stadt vom Land Hessen aus der Grundwasserabgabe zweckgebundenes Geld, in diesem Jahr immerhin über 230.000 Mark.

Sie verwendet es außerdem für Untersuchungen im Wasserleitungsnetz, um herauszufinden wo Lecks sind und wertvolles Trinkwasser im Boden versickert. Die Einsparungsmöglichkeiten sind damit aber lange noch nicht ausgeschöpft, die FWG-Fraktion hat einen umfangreichen Katalog zusammengestellt. Der beginnt im Bereich der öffentlichen Hand bei Einrichtungen zum Wassersparen in der Verwaltung, städtischen Wohnungen, Sporthallen, Sportplätzen und Grünanlagen und endet beim Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten der Kategorie II, um sie aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen.

Fördern kann man aber auch private Vorhaben wie den Einbau von Wasseruhren und wassersparenden Armaturen, Sammelbestellungen von Regentonnen, den Bau von Brauchwasseranlagen und anderes. Die Verwaltung soll nun Richtlinien erarbeiten, um einzelne Ideen aus diesem Katalog umzusetzen. Die Freien Wähler weisen dabei daraufhin, dass dies nur Erfolg haben kann, wenn die Öffentlichkeit über diese Möglichkeiten auch ausreichend informiert wird.

10.07.1996: Golfplatzbefürworter übergaben Unterschriften. Das Bürgerbegehren für den Bau eines Golfplatzes am Rettershof ist erfolgreich gewesen. Die drei Vertrauenspersonen der Initiative konnten gestern Bürgermeister Thomas Horn vier Aktenordner mit Unterschriftenlisten übergeben, die die Namen von 2487 Bürgern enthalten sollen. Das sind Fast 500 mehr, als nach den Bedingungen der Gemeindeordnung gefordert worden sind.

Ein Bürgerbegehren muss von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten unterstützt werden. Bezugsgröße ist die Zahl der wahlberechtigten Einwohner bei der vorigen Kommunalwahl. Sie lag in Kelkheim bei 19.905. Die gesammelten Unterschriften entsprechen in etwa einem Anteil von 12,5 Prozent. Die Bürgerinitiative „Rettershof + Golf-Sport“ rechnet damit, dass sie in den nächsten zwei Monaten noch weitere Unterschriften nachreichen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung soll nach dem bisherigen Zeitplan in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause, voraussichtlich am 23. September, darüber entscheiden, ob sie das Bürgerbegehren für zulässig erklärt oder, wie erwartet wird, durch einen Beschluss die Forderung der Initiative erfüllt. In diesem Falle würde es nicht zum Bürgerentscheid kommen.

Der Entscheid ist eine Abstimmung der Wähler, die einem endgültigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gleichkommt. Er ist erfolgreich, wenn mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten zustimmt. Der entsprechende Bebauungsplan Nr. 47/13 ist öffentlich auszulegen und als Satzung zu beschließen."

Münsterer Dallesfest. Erstmals wieder wurde nach drei Jahren Unterbrechung das traditionelle Münsterer Dallesfest an alter Stelle auf dem Kirchplatz gefeiert. Die teilweise Bebauung des Platzes zwischen Altem Rathaus und der St. Dionysiuskirche hatte eine Verlegung der Veranstaltung notwendig gemacht.

Die Bürgervereinigung Alt-Münster und die Freiwillige Feuerwehr Münster als Organisatoren zogen daher in die benachbarte Straße um und nannten das Ersatzfest „Borngässer-Fest". Dies gehört nun der Vergangenheit an.

Bei sommerlichem Wetter fühlten sich die Gäste vor und im großen Zelt wohl. Die Kinder feilschten und tauschten bei einem Spielzeugflohmarkt. Hübsche Preise konnten sie bei Geschicklichkeitsspielen gewinnen. Abends spielte im Zelt das „Zipfel-Zapfel-Duo", das sich mit einem Zipfelchen angekündigt hatte, und tatsächlich stand auch ein Nachwuchsmusiker mit auf der Bühne. Zum Frühschoppen brachte die Blaskapelle von St. Dionysius ein, Ständchen. Tanzen konnte man an beiden Abenden. „Münsterer Gebabbel" nannten die Veranstalter das gemütliche Beisammensein auf dem Kirchplatz.

Das Rad dreht sich weiter: Die **Kulturgemeinde wird nicht aufgelöst** oder neugegründet. Sie bleibt nach wie vor Kelkheims Kulturgemeinde, die vor kurzem noch ihr vierzigjähriges Jubiläum feierte. Nach den Misshelligkeiten der letzten Monate jedoch legte Vorsitzender Dr. Hartmut Bock seinen Posten als Vorsitzender nieder, kandidierte auch nicht mehr für ein Vorstandsamt.

Die Kulturgemeinde hat 570 Mitglieder, von den rund hundert gekommen waren. Sie wählten Claus Nothdurft mit 69 Ja-Stimmen gegen zwölfmal Nein und sechzehn Enthaltungen zum neuen Vorsitzenden dieser Kelkheimer Einrichtung. Damit übernimmt Claus Nothdurft den Posten, den er vor dem Amtsantritt von Dr. Hartmut Bock schon einmal innehatte.

15.07.1996: Heute verstarb in High Wycombe **Cllr. Edwin Burrows, MBE**. Er war vielen Kelkheimer Bürgerinnen und Bürger bekannt als ein Mann, der sich für die Städtepartnerschaft zwischen beiden Städten im besonderen Maße engagiert hatte. Als Mann der ersten Stunde und Verfechter des europäischen Gedankens war er ein gern gesehener Gast in Kelkheim.

17.07.1996: Der wegen Volksverhetzung verurteilte Stadtverordnete und NPD-Vorsitzende **Günter Seiffert braucht** eine gegen ihn verhängte Geldstrafe von 2.400 Mark **nicht zu bezahlen**, wenn er sich die nächsten zwei Jahre mäßigt und straffrei führt. Das hat das Frankfurter Landgericht gestern im zweiten Berufungstermin entschieden.

Anlässlich der Kommunalwahlen hatte Seiffert im Februar 1993 einen Wahlauftrag verfasst, in dem Sinti und Roma diskriminiert und in eine Reihe mit „Mafiosi“ und „Schwerverbrechern“ gestellt worden waren. Mit der Begründung, dass die Menschenwürde einer ethnischen Gruppe herabgesetzt worden sei, war er im März 1995 von der 10. Strafkammer zu 4.800 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

UVF stimmte pro Golf. Planungsrechtlich steht dem Golfplatz am Rettershof nichts mehr im Wege. Gestern hat die Gemeindekammer des Umlandverbandes der Änderung des Flächennutzungsplanes zugestimmt und somit die Bahn für die Golfer freigemacht. Jetzt liegt es in den Händen der Stadt, mit einem Bebauungsplan Baurecht am städtischen Hofgut zu schaffen.

Bis zuletzt war die Haltung der SPD-Fraktion in der Gemeindekammer von Unentschlossenheit geprägt, gestern enthielt sie sich der Stimme, während die Grünen das Projekt ablehnten und die CDU zustimmte.

Wie berichtet, haben die Befürworter des Golfplatzes die benötigten Unterschriften für ein Bürgerbegehren zusammenbekommen und an Bürgermeister Thomas Horn überreicht, Doch ob es auch einen Bürgerentscheid geben wird, das steht noch in den Sternen.

Die Gegner des Golfplatzes fürchten, dass sie durch juristische Manöver daran gehindert werden sollen, ihr Begehren zu starten. Das haben sie erst dann vor, wenn die Stadtverordneten den Bebauungsplan Rettershof beschlossen und ausgelegt haben. Diese Entscheidung wird im Herbst erwartet.

Sanierung des alten Schuttplatzes. Jede Stadt und jede Gemeinde betrieb in früheren Jahrzehnten irgendwo ihren eigenen Müllplatz - ohne dass dabei allerdings der heute übliche Aufwand mit Trennung, Wiederverwertung und Restmülldeponierung getrieben worden wäre.

Nur hat die Beispiel oft unliebsame Folgen. Der Müll bleibt nicht einfach im Boden liegen, immer wieder zum Betspiel werden Giftstoffe herausgewaschen und dringen ins Grundwasser ein. Dieses aber ist heute ein knappes Gut und muss geschützt werden, aufwendige Sanierungen sind notwendig. Und das kann richtig teuer werden. Genau vor diese Lage sieht sich auch die Stadt Kelkheim gestellt. Bereits in den achtziger Jahren wurde bei Grundwasseruntersuchungen deutlich, dass das Grundwasser durch Sickerwässer und Ablagerungen verschmutzt wird. Als die Anlage dann stillgelegt wurde, genehmigte dies der Regierungspräsident mit der Auflage, den Schuttplatz zu rekultivieren.

Im Ausschuss für Umwelt und Entsorgung wurden jetzt die Vorplanungen dafür den Stadtverordneten vorgestellt. Vorgesehen ist demnach eine unterschiedliche Vorgehensweise für die 5.000 Quadratmeter große ebene Fläche und den südlich gelegenen Deponiehügel. Der Hügel erstreckt sich über eine Fläche von 14.000 Quadratmetern und soll mit einer mineralischen Oberflächenabdichtung gesichert werden. Und die ebene Fläche soll einen Asphaltbelag erhalten und später als Lagerplatz genutzt werden.

Von früheren Plänen, hier eine Wertstoffsammelstelle einzurichten, hat man vorerst Abstand genommen. Insgesamt soll durch die Abdichtung erreicht werden, dass kein Regenwasser mehr in den eingelagerten Müll versickert, dort Schadstoffe aufnimmt und ins Grundwasser transportiert. Auch ohne Recyclinghof wird das ganze eine teure Angelegenheit: Auf 3,6 Millionen Mark werden alleine die Kosten für die Sanierung des Schuttplatzhügels geschätzt. Angesichts des aktuellen Haushaltsdefizits sind die Kelkheimer Finanzpolitiker über solche Aussichten natürlich alles andere als erfreut.

Dr. Friedrich-Karl Otto aus dem Amselweg wurde dieser Tage mit den **Ehrenbrief** des Landes Hessen ausgezeichnet. Die Ehrung galt seinem ehrenamtlichen Engagement als ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht in Darmstadt und beim Landgericht in Frankfurt.

30.08.1996: Beach-Party mit Uriah Heep im Schwimmbad. Beim Musikgeschmack geht es Bürgermeister Thomas Horn nicht anders als vielen Zeitgenossen. Da ist er konservativ und hängt an den Tönen, die ihn in seiner Teenager-Zeit beeindruckt haben. Seit den frühen siebziger Jahren, als er die Langspielplatte „Salisbury“ geschenkt bekam, heißt seine Lieblingsgruppe „Uriah Heep“. Der Name ist aus einem Roman von Charles Dickens entlehnt.

Eingeweihte denken aber schneller an „Deep Purple“, „Black Sabbath“ oder „Led Zeppelin“. Die britische Hardrockband „Uriah Heep“ beherrschte weiland mit dem Heuler „Lady In Black“ für 13 Wochen die deutschen Charts und wurde vom damaligen Dampfradio Luxemburg mit einem „Goldenen Löwen“ geadelt.

Die Gruppe steht bei vielen Menschen in Deutschland, die die Lebensmitte in etwa erreicht haben, in gutem Andenken. Nach glaubwürdigen Quellen spielen die Herren ungeachtet mancher Blutauffrischung seit 1969 miteinander. Mindestens ebenso lange hat es in Kelkheim kein richtig großes Rockkonzert mehr gegeben. Ein Mangel, dem Heep-Fan Thomas Horn weit hörbar abhelfen konnte. Er bat die rüstigen Rockveteranen jetzt zum Open-air-Konzert ins städtische Freibad, wo es eine große, leicht abfallende Liegewiese mit naturnahem Festivalcharme gibt. Einen Partner für mögliche Schattenseiten des Sommervergnügens fand der Bürgermeister in der Taunus-Sparkasse. Das öffentlich-rechtliche Geldinstitut ist von Hause aus ein fleißiger Sponsor für die Städte und Gemeinden im Taunus. Der Pressesprecher und Öffentlichkeitsarbeiter der Sparkasse, Ulrich Müller-Braun, outete sich außerdem als kongenialer Heep-Verehrer.

Wahrscheinlich hatten auch die britischen Musiker ihr Vergnügen an der Sache. Horn und Müller-Braun durften nicht nur zu Beginn des Konzerts vor knapp 4.000 leicht fröstelnden Zuhörern „Lady In Black“ a cappella anstimmen. Band-Senior Mick Box bat die beiden Vokalistinnen auch bei der Zugabe auf die Bühne, um den Ohrwurm noch einmal mit der richtigen Begleitung zu singen.

Vor dem großen Auftritt mussten sich die gutgelaunten Mannen von „Uriah Heep“ in „Beckers Waldhotel“ ins Goldene Buch der Stadt Kelkheim eintragen, direkt auf der Seite hinter Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer. „Rockmusik ist heute gesellschaftsfähig“, sagte der Bürgermeister und stieß mit den Gästen vor einer Kamera des Hessischen Rundfunks mit Apfelwein an. Zuvor hatte Horn erzählt, dass seine private Sammlung inzwischen alle 30 CDs der britischen Gruppe enthalte. „Ah, you're the one“, scherzte einer der Musiker.

05.09.1996: Die elfjährige **Annika Seidel** aus Kelkheim **wird vermisst**. Das Hoffen und Bangen geht weiter: Am Dienstagabend wurde die elfjährige Annika Seidel zum letzten Male von ihrer Mutter gesehen, am Mittwoch wurde dann die Vermisstenanzeige aufgegeben. Und diese ist immer noch aktuell, denn gefunden ist das Mädchen immer noch nicht.

Dabei hat die Polizei bereits am Mittwoch alle Hebel in Bewegung gesetzt. Per Hubschrauber wurde Kelkheim und Umgebung abgesucht, eine Vielzahl von Beamten waren im Einsatz. Am Donnerstag bot sich fast das gleiche Bild, jetzt war man auch mit Spürhunden unterwegs. Ohne Erfolg allerdings, wie ein Sprecher der Polizei am Donnerstagabend erklärte.

Zwischendurch war schon einmal Hoffnung aufgeflammt. Ein Zeuge will das Mädchen am Mittwochabend in der Nähe des Gimbacher Hofes gesehen haben, so fühlte man sich ermutigt, die Suche fortzusetzen. Die Spur verlief allerdings genauso im Sande wie ein Hinweis, der am Donnerstag bei der Polizei einging.

Gewisse Hoffnungen aber setzt man nach wie vor auf die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger. An den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel der Umgebung wurden Plakate aufgehängt mit der Bitte, weiterhin die Augen offen zu halten. Gesucht wird ein Mädchen mit dunkelbraunen Haaren, bekleidet mit einer schwarzen Jeans und einem schwarzen Pullover.

10.09.1996: Kinder nahmen Rosa Raupe in Besitz. Die Kinder haben das neue Kinderhaus „Rosa Raupe“ mit einem bunten Eröffnungsfest in ihren Besitz genommen. Nachdem sich die Stadtverordneten schon am vergangenen Freitag in dem Neubau umsahen, waren heute die zukünftigen Nutzer der Raupe dran. Schminken, Gipsmasken anfertigen, Bilder malen, Bändchen basteln, Ballonwettfliegen und ein Zauberer bereiteten den kleinen Besuchern viel Spaß.

Wie ein König durfte sich auch Bürgermeister Thomas Horn freuen: Eine gebastelte Papierkrone erhielt er von den Kindern für die „häufig unkomplizierte Hilfe“ der Stadt, so Kindergärtnerin Maggy Nitsch, die die Realisierung des insgesamt 2,75 Millionen Mark teuren Projekts möglich machte.

Während der **Münsterer Kerb** konnten die Besucher eine **Ausstellung** über alte Zins- und Feldverzeichnisse, Kirchen-, Acker- und Gerichtsbücher im Pfarrzentrum ansehen. In der Scheune der Pfarrgemeinde St. Dionysius, geschützt in Vitrinen sind dort fünf alte Schriftstücke aus dem 16. und 17. Jahrhundert zu sehen, frisch restauriert, neu gebunden und weihevoll zwischen prächtig bestickte Messgewänder drapiert: zwei alte Kirchenbücher aus den Jahren 1549 und 1564, eng und unleserlich beschrieben, die Tinte verblichen; ebenso das Zinsverzeichnis der Feldgüter von 1600. Es besteht nur aus wenigen schmalen Blättern, gibt Auskunft über die Zinspflichtigen, die Höhe ihrer Abgaben in Pfennig und Alb, dazu die Lage der Äcker, Wiesen, Gärten und Häuser.

Ein wahrer Schatz für Flurnamenforscher offenbart sich mit dem Ackerbuch aus dem Jahr 1652. Akribisch sind darin die Besitzverhältnisse in der Münsterer Gemarkung nach dem Dreißigjährigen Krieg niedergeschrieben, woraus Gemarkungsgrenzen, die Lage der Acker, Wiesen und Weiden sowie die Namen der Besitzer und Pächter aus Münster und dem Umland hervorgehen.

In der Vitrine gleich neben jener mit dem ältesten Kirchenbuch der katholischen Pfarrgemeinde liegt ein Büchlein mit Namen „Copia roden Kirchenbuchs“. Es stammt aus dem Jahr 1668 und ist 70 Seiten stark, von denen jedoch nur 54 beschrieben sind. Bei näherem Hinsehen entpuppt es sich als das Kassen- oder Haushaltsbuch der Kirchengemeinde, denn es listet alle Ausgaben und Einnahmen der Münsterer Kirchenkasse auf, zudem alle Darlehen, Zinsabgaben, Sicherheiten, ebenso die Namen der Schuldner aus Münster, Kelkheim und Hornau. Aber auch Auswärtige aus Hofheim, Hattersheim, Zeilsheim und Altenhain pumpten sich Geld bei der Kirche, wie die Schriften belegen.

Die letzte Eintragung stammt aus dem Jahr 1724. Als letzte Rarität liegt noch ein Gerichtsbuch in der Vitrine, in dem alle Entscheidungen, Urteile, Kaufbriefe, Testamente und Überschreibungen, die im Hubengericht zu Münster von 1692 bis 1704 bearbeitet wurden, aufgezeichnet sind. Doch das Buch ist mehr als nur Chronik, die Protokolle spiegeln gleichzeitig das Leben der Münsterer in der damaligen Zeit wider. Wer mehr über die Geschichte der Pfarrei Münster oder das Leben im Ort erfahren will, kann sich bei der Kirchengemeinde für 30 Mark das Buch *1000 Jahre Pfarrei Münster* besorgen.

15.09.1996: Gesundheitstag in Kelkheim. Zum ersten Mal fand am Sonntag der Kelkheimer Gesundheitstag statt. Im Rathaus stellten sich Vereine, kommerzielle Anbieter und Ämter vor. Wie funktioniert ein Inhalationsgerät? Was ist Multiple Sklerose? Welche Wirkung hat die Sodener Mineral-Pastille? In welchen Ländern gibt es Malaria? Solche oder ähnlich Fragen konnte sich der geneigte Besuch beantworten lassen. Fachleute und Ärzte gaben bereitwillig Auskunft.

„Wir wollen zeigen, das es uns überhaupt gibt“, sagte auch Peter Bretschneider, der Leiter des Kreisgesundheitsamt. Einige Besucher reagierten sogar mit Erstaunen über das Vorhandensein eines MTK-Gesundheitsamt. „Das ist gar nicht so untypisch“, weiß Bretschneider. Deswegen hat man auch in Kelkheim einen Stand aufgebaut. Das sind beispielsweise Gesundheitserziehung, Seuchenbekämpfung und Trinkwasserüberwachung. Am Sonntag informierte man über Reisekrankheiten und Zahnpflege.

Informatives und Praktisches wollte die Multiple-Sklerose-Gruppe des MTK bieten. Neben Aufklärungsarbeit über die organische Erkrankung des zentralen Nervensystems organisierte Vorsitzende Anneliese Kitzel auch eine Modenschau für behindertengerechte Bekleidung.

Der katholische **Pfarrer** von St. Dionysius Münster, **Hermann Stinner**, ist zum **Ehrendomkapitular** des Erzdomkapitels der südostpolnischen Stadt **Lublin** ernannt worden. Das hat das Bischöfliche Ordinariat in Limburg mitgeteilt. Der Lubliner Erzbischof Boleslaw Pylak habe in der Urkunde zu der hohen Auszeichnung Pfarrer Stinner die besondere Wertschätzung und Anerkennung für dessen priesterliche Arbeit versichert.

Der 70 Jahre alte Pfarrer pflegt seit mehr als zehn Jahren gute Kontakte zur katholischen Kirche in Polen. Zusammen mit Mitarbeitern und Gemeindeangehörigen hat Pfarrer Stinner mehr als 60 Hilfslieferungen in die Erzdiözese Lublin organisiert. Pfarrer Stinner, der im Westerwald geboren wurde, ist seit mehr als 40 Jahren als Seelsorger in Kelkheim-Münster tätig.

21.-22.09.1996: Eröffnung des Kulturbahnhofs Münster. Mit einem zweitägigen Fest wurde der verwandelte Münsterer Bahnhof als Kulturtreff eingeweiht. Viele kamen, schauten und staunten. „Jahrelang / die Züge gesehen / mit grünem Signal / einfahren anhalten abfahren...“ So Gisela Noack in ihrem Gedicht zur Eröffnung des Kulturzentrums. Die Lyrikerin verbreitete ihre Gedichte in witziger Weise. Das Stück, gedruckt auf buntem Papier und von einem Silberbändchen zusammengehalten, kostete 1 Mark. Ein leckeres Bonbon gab es gratis dazu.

Auch Bildende Kunst zum Mitnehmen ward feilgeboten. Außerdem konnte man sehen, wie aus weißer Leinwand allmählich ein Gemälde wächst. Beispielsweise strichelte Manfred Guder den Bahnhof in leicht veränderter Form. Plötzlich hat er eine Verkaufskiosk, ist beschmiert - leider ist das vor der Eröffnung tatsächlich passiert - mit allerlei Unkunstvollem und wirkt trotzdem strahlend. So ziemlich alle, die sich mit einer der Künste befassen, wirkten mit. Blasmusik gab's vom Blasorchester Hornau und vom Blasorchester St. Dionysius. Der Kinderchor Alemania Concordia sang, ebenso die Münsterer Chorknaben. Härtere Klänge lieferten Schüler der Musikschule, Kelkheimer Rocker und für melodischen Pop sorgte „Ape & Essence“. Getanzt wurde vom Fischbacher Tanzsportclub und von der Musikschule Eppstein-Rossert.

Die Theaterfamilie Krause und das Theater Domino boten Proben ihrer Arbeit. Kleinkunst wird im Kulturtreff wohl einen speziellen Stellenwert haben. Kunde davon gab die Chansonsängerin Monika Dargatz.

Die Großveranstaltung war nicht nur im Gebäude, sondern auch draußen. Die Freiflächen laden einfach zu solchem Tun ein. Sicher wird man das auch in den kommenden Sommern berücksichtigen. Das Wetter verwöhnte uns nicht gerade in diesem Jahr, doch ausnahmsweise spielte Petrus zur Eröffnung doch wohlwollend mit.

Paulus Christmann ist Kulturförderpreisträger 1996. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer überreichte den mit 6000 Mark dotierten Preis.

Vom Vater bekam Paulus Christmann ersten Gesangsunterricht, Dagmar Krämer lehrte ihn das Geigenspiel und die ersten Töne auf dem Klavier brachte man ihm in der Kelkheimer Musikschule bei. Mit acht Jahren sang er im Kirchenchor St. Dionysius, und mit 17 war er schon an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst zugelassen.

Derzeit studiert Paulus Christmann in Köln, dennoch leitet er den Kirchenchor von St. Dionysius und führte ihn zu ungeahnten Höhen. Zwei Stationen dieses Weges seien genannt: 1994, zur 1000-Jahrfeier der Pfarrgemeinde, bot Christmann das Oratorium „Elias“ von Felix Mendelssohn Bartholdy und zwei Jahre später die „Matthäus-Passion“ von Johann Sebastian Bach. Wie Dr. Fischer bei der Preisverleihung hervorhob, sind nicht nur die außerordentlichen musikalischen Fähigkeiten des 25 Jahre alten Musikers zu würdigen, sondern auch die Gedanken, die hinter diesem Wirken stehen.

Dr. Klaus Fischer führte aus, dass es 22 Vorschläge gab. In der Jury gab es zur Vergabe konzeptionelle Überlegungen. Dr. Fischer: „Das Gremium war einig, Förderung doch so zu verstehen, dass eher am Anfang eines künstlerischen Weges gefördert wird, um weiteres anzustoßen, um etwas zu unterstützen, um als Stadt und Bürgerschaft zu sagen, wir stehen hinter der Person, die ihren eigenen Weg geht.“ Und: „Der Preisträger 1996, Paulus Christmann, ist jung, er geht einen schwierigen, aufwendigen Weg der Ausbildung, den wir unterstützen möchten.“

Zum Dank sang der Preisträger Lieder von Schubert, Debussy, Schoeck und Kerns bekanntes „01“ Man River“.

23.09.1996: Stadtverordnetensitzung: In das Ortsgericht für Kelkheim wählten die Stadtverordneten einstimmig Heinrich Haub zum Ortsgerichtsvorsteher, Josef Kloft als Ortsgerichtsschöffe und Willi Hackel auch Ortsgerichtsschöffe.

Bei den Nachwahlen zu den Schiedsgerichtsbezirken wurden für den Bezirk Kelkheim I.: Frau Monika Hilbert-Hübner, für Kelkheim II.: Stellvertreter Herr Heinz Herzog und für Kelkheim III.: Herr Ulrich Schmidtke einstimmig gewählt.

Der **Nachtragshaushalt** zeigt das Defizit in der Stadtkasse wird in diesem Jahr größer als gedacht. Die „schweren Gewitter am Finanzhimmel der Stadt“, von denen der Erste Stadtrat Hans Dieter Schirrmacher, Anfang dieses Jahres gesprochen hat, haben sich noch nicht verzogen. „Die damals absehbare Schlechtwetterlage ist vielmehr zum anhaltenden Zustand geworden“, stellte er in seiner Rede zum Nachtragshaushaltsplan fest.

Die dramatische Verschlechterung der Wirtschaftslage ließ in diesem Jahr keinen Haushaltsausgleich zu. Das ursprüngliche Defizit erhöhte sich um 1,6 Millionen Mark auf 3,9 Millionen Mark. Die negative Entwicklung spielt sich vor allem im Verwaltungshaushalt ab. Die Wenigereinnahmen von 1,6 Millionen sind auf den verringerten Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer zurückzuführen. Der Haushaltsansatz muss um 1,3 Millionen Mark auf 27 Millionen Mark verringert werden, das ist eine Einbuße von 4,7 Prozent.

Weniger Geld aus dem Holzverkauf aus dem Gemeindewald und weniger Rückzahlungen vom MTK für die Müllabfuhr begründen die rückläufigen Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb von voraussichtlich 163.000 Mark. Mindereinnahmen bei Zinseinnahmen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage betragen 90.000 Mark.

Auch auf der Ausgabenseite sind hohe Belastungen zu verzeichnen. Zuweisungen und Zuschüsse schlagen mit 151.000 Mark mehr zu Buche als geplant. Für die Fertigstellung des Kindergartens Rosa Raupe werden noch rund 186.000 Mark gebraucht. 52.000 Mark mehr benötigt der Verwaltungs- und Betriebsaufwand der Stadt. Aufgrund der Erhöhung der Deponiegebühren ab 1. Januar 1996 müssen zusätzlich 120.000 Mark an Gemeindeverbände bezahlt werden. Schwerwiegend ist für Kelkheim mit 705.000 Mark Einbuße die Erhöhung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte. Weitere Ausweitungen auf der Ausgabenseite konnten durch die maßvollen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst verhindert werden.

„Eine Subventionierung des Bestattungswesens im bisherigen Umfang ist nicht mehr vertretbar,“ nahm Schirmmacher zu einem weiteren Kostenfaktor Stellung. Der Deckungsgrad liege mittlerweile bei 71 Prozent, die Friedhofsgebühren dürften also steigen.

Im Vermögenshaushalt gab es keine größeren Veränderungen. Erwähnenswert sind 90.000 Mark, die für den Bau einer öffentlichen behindertengerechten Toilette in der Stadtmitte ausgegeben werden. Die notwendigen Beschlüsse sollen so schnell wie möglich gefasst werden.

Außerdem sollen Nachfinanzierungen für die Generalüberholung des Sportplatzes am Taunusblick in Höhe von 50.000 Mark und für die Fertigstellung des Bürger- und Kulturtreffs in Münster in Höhe von 32.000 Mark bereitgestellt werden.

Eine erfreuliche Nachricht ist, dass im Jahr 1996 voraussichtlich eine Schuldenverringerung von 1.170.000 Mark eintreten wird. Der vorgesehene Kreditbedarf von 1.830.000 Mark ist nicht gestiegen. Trotzdem, so der Erste Stadtrat, sehe die finanzielle Zukunft der Stadt schlecht aus. Das Haushaltsloch werde sich im kommenden Jahr eher ausweiten als schrumpfen. Der Kämmerer bittet schon jetzt um Sparsamkeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 1997, um die Defizite nicht ins Uferlose anwachsen zu lassen.

Ob es wegen der Pläne für den Bau eines **Golfplatzes am Rettershof** zu einem Bürgerentscheid kommen wird, ist weiter ungewiss. Die Stadtverordnetenversammlung hat jetzt mit der Mehrheit von CDU, FDP und FWG einen Beschluss gefasst, der die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens für die Sport- und Freizeitanlage vorsieht. Damit sei nach Ansicht der drei Fraktionen auch dem Anliegen eines erfolgreichen Bürgerbegehrens der Golfplatz-Befürworter Rechnung getragen worden. Ein Bürgerentscheid zu diesem Thema, also eine geheime Abstimmung aller Wahlberechtigten, sei deshalb nicht mehr notwendig.

SPD, UKW, Kelkheimer Forum und NPD hatten den gemeinsamen Antrag des bürgerlichen Bündnisses abgelehnt. Bei CDU und FWG enthielt sich je ein Stadtverordneter der Stimme.

Die **Stadt will** den **Schwimmbad-Parkplatz** mit Häusern **bebauen lassen**, um mit dem Erlös gemeinsam mit der Stadt Hofheim das neue Hallenbad zu finanzieren. Die Fläche misst 29.000 Quadratmeter und soll für zehn bis zwölf Millionen Mark den Besitzer wechseln. Drei Bieter sind in der engeren Auswahl.

Die Idee ist nicht neu. Sie stammt aus den Reihen der Bürgerinitiative „Unser Schwimmbad“ und wurde zu einer Zeit geboren, als in Kelkheim noch Dr. Winfried Stephan als Bürgermeister regierte. Während einer Bürgerversammlung hatten Sprecher der BI vorgeschlagen, den großen Parkplatz vor dem Schwimmbad zu bebauen, um mit dem Verkaufserlös das Hallenbad am alten Standort zu retten.

Jetzt geht die Mehrheit aus CDU, FDP und FWG daran, die Fläche zu versilbern und die erwarteten zehn bis zwölf Millionen Mark auf die hohe Kante zu legen, um mit der Stadt Hofheim ein gemeinsames Hallenbad zu bauen.

Über das Ziel herrschte in der Sitzung weitgehend Einigkeit, allerdings nicht über den Weg dorthin. Während Bürgermeister Thomas Horn den Interessentenwettbewerb als „einmalig transparenten Kelkheimer Vorgang“ mit größtmöglicher Beteiligung der Ausschüsse und Diskussionsrunden mit

den Bewerbern rühmte, der „Konzepte, Vielfalt, Kreativität“ freigesetzt habe, mäkelte Wolfgang Coy von der UKW an der Chronologie der Ereignisse herum.

Ihm hat es schon nicht gepasst, dass Bürgermeister Horn ohne Auftrag des Parlaments Anfang Februar eigenmächtig den Wettbewerb der Bieter mit einer großen Anzeigenaktion eröffnete. Bis heute fehlt Coy ein vernünftiges städtebauliches Konzept. Horn habe durch den freihändigen Bieterwettbewerb einfach ein Stück Vorbereitungskompetenz aus der Hand gegeben, rügte Coy.

Auf der Strecke sei zum Beispiel geblieben, auch an sozial schwächere Kelkheimer Familien zu denken, die sich dort Wohnraum hätten schaffen können.

Ein Wort und seine schlimmen Folgen: „Sie Lebensdilettant,“ brach es sich Bahn aus Bürgermeister Horn, „Sie sind doch überfordert mit so einem Vorgang“. Zu einer medizinischen Untersuchung riet Ortwin Kloß (FWG), der Coy unterstellte, zur „Nehmer-Generation“ zu gehören, aber „nichts in den Topf einzuzahlen“.

„So kann doch Stadtplanung nicht funktionieren, dass nämlich Investoren bestimmen, wie gebaut wird“, versuchte Albrecht Kündiger die Meinung der UKW zu verdeutlichen. Horst Ackermann äußerte die Kritik der SPD daran, dass in der Beschlussvorlage des Magistrats von den drei meistbietenden Investoren die Rede war. „Wir wollen doch nicht nur viel Geld, sondern auch ein städtebaulich sinnvolles Konzept.“

26.09.1996: 50 Jahre Kaufhaus Rita Born. Vor 50 Jahren gründete Schreinermeister Karl Niegemann mit seinen Töchtern Rita Born und Elfriede Beifuß ein Textilgeschäft in der damaligen Rossertstraße 10 in Kelkheim. Schon zu dieser Zeit kamen die Kunden nicht nur aus Kelkheim, sondern auch aus der umliegenden Nachbarschaft.

1957 übernahm das Ehepaar Elfriede und Robert Beifuß das Kaufhaus. 1966 entschloss man sich zu einer ersten Erweiterung des Sortimentes und zu einem Umzug in die Hornauer Straße. 1972 erfolgte nochmals ein Anbau mit einer noch größeren Sortimentsvielfalt auf 4 Etagen. 1989 traten die Töchter Rita Quante und Jutta Beifuß als aktive Teilhaber in die KG ein. Sie schaffen damit die Voraussetzung, dass die Firma Rita Born weiterhin in Familienbesitz bleiben wird.

Erster Kreisbeigeordneter a.D. **Wolfgang Knoll** (FDP) wurde jetzt vom Präsidenten der **Slowenischen Republik**, Milan Kucan, mit dem **höchsten Orden** des Landes ausgezeichnet. Knoll hatte während seiner Amtszeit im Jahre 1988 mit der damaligen Teilrepublik Jugoslawiens einen Partnerschaftsvertrag über Naturschutzfragen mit dem Naturpark Hochtaunus vermittelt.

28.09.-06.10.1996: Möbelausstellung. Mit einer Feierstunde im Plenarsaal des Rathauses ist am Freitagabend die traditionelle Kelkheimer Möbelausstellung eröffnet worden. Bei der seit 1925 stattfindenden Messe - nach kriegsbedingter Unterbrechung wieder seit 1951 - präsentieren sich in diesem Jahr auf einer Fläche von 5.500 Quadratmetern etwa 70 Aussteller. Erstmals gibt es bis zum 6. Oktober auf dem Festplatz im Stückes und an anderen Orten der Stadt unter dem Motto „Holz und Kultur“ täglich ein Rahmenprogramm.

Die Eröffnungsfeier im Rathaus wurde musikalisch vom Höchster Kammerorchester unter der Leitung von Paulus Christmann umrahmt. Landrat Jochen Riebel hob in seinem Grußwort die Bedeutung der Messewerbung hervor, die in diesem Jahr besonders intensiviert wurde. Es müsse besonders auf die Qualität des Kelkheimer Möbelhandwerks hingewiesen werden. Der Versuch, eine Kreisgewerbeschau ins Leben zu rufen, richte sich nicht gegen die Möbelausstellung, sondern diene dem gleichen Ziel, Menschen anzuziehen und an den Kreis zu binden.

Bürgermeister Thomas Horn sagte, das Messetreiben sei in diesem Jahr durch das Kulturprogramm attraktiver geworden. Belege dafür seien auch das außergewöhnlich große Medienecho und die starke Beteiligung bei einem Fotowettbewerb. Das Qualitätshandwerk sei imageprägend für die Stadt. Die Traditionsmesse werde daher auch weiterhin von der Stadt gefördert.

Norbert Mager, Referatsleiter für Standortmarketing, Messen und Ausstellungen im hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, forderte die heimischen Handwerksbetriebe auf sich in einer wirtschaftlich, schwierigen Lage stärker auf ihre traditionellen Vorzüge zu berufen, wie Kreativität, Flexibilität und Vielseitigkeit.

06.10.1996: Heute, am Sonntag, ist die Kelkheimer **Möbelausstellung zu Ende** gegangen. Insgesamt 25.000 Besucher fanden den Weg auf das Messegelände „Im Stückes“.

Insgesamt zeigten 70 Möbelhersteller aus ganz Deutschland, überwiegend aber aus dem Rhein-Main-Gebiet und der Möbelstadt Kelkheim, Qualitätsmöbel und Einrichtungsgegenstände aller Stilrichtungen. Dafür standen über 5.500 Quadratmeter überdachte Ausstellungsfläche in sechs Zelthallen zur Verfügung. Ein neues Logo, Großflächenplakate und ein neues Werbekonzept vermittelten ein geschlossenes Auftreten der Kelkheimer Möbelbetriebe. Kurt Müller vom Handwerker- und Gewerbeverein sah hier den „entscheidenden Schritt nach vorne.“

In der Einführung einer Kreisgewerbeschau, wie sie für das Frühjahr im Hofheimer Stadtteil Diedenbergen geplant ist, sehen Horn und Müller keine Gefahr für die Kelkheimer Möbelausstellung. „Das ist eher eine Ergänzung“, so der Bürgermeister. Außerdem will der Handwerker- und Gewerbeverein dort mit einem Gemeinschaftsstand sein Angebot repräsentieren.

Erntedankfest auf dem Rettershof. Jedes Jahr zum Erntedankfest läuft die Kelter-Maschine auf dem Rettershof und der „frische Süße“ wird direkt verkauft. Was übrigbleibt, wird zu Saft eingekocht oder gärt in den riesigen Ballons und Fässern im Keller zu Apfelwein. Ein kleiner Teil wird in einer Brennerei zu Apfelschnaps weiterverarbeitet.

Mehrere hundert Liter Süßer wurden am Sonntag ausgeschenkt.

Ebenso großen Anklang fand das „Weltmeisterbrot“, das von Peter und Barbara Neuhaus in der alten Backstube des Rettershofes gebacken wurde. Das Brot ging im wahrsten Sinne des Wortes weg wie warme Semmeln. Von morgens früh um 5 Uhr bis nachmittags um 15 Uhr hatte das Bäckerehepaar aus Ruppertshain rund 110 Brote in den alten Holzkohleofen geschoben, der schon zwei Tage vorher eingheizt werden musste.

Für kulinarische Gaumenfreuden war auf dem Erntedankfest reichlich gesorgt. Neben Saft und Brot gab es Kaffee und Kuchen, Würstchen, Fleisch sowie weitere Spezialitäten vom Landgasthof „Zum fröhlichen Landmann“.

09.10.1996: 25 Jahre Versehrten- und Behinderten Sportgemeinschaft. Auf sein 25jähriges Bestehen kann die Versehrten- und Behinderten Sportgemeinschaft zurückblicken. Das Ereignis wurde mit Ehrengästen, Freunden und Mitgliedern nun gebührend gefeiert. Erster Vorsitzender Eugen Weil konnte Sozialdezernent Rudolf Trapp sowie den Vorsitzenden des Bezirkes Frankfurt der Versehrten- und Behinderten Sportgemeinschaft, Josef Schäfer, begrüßen. Schäfer war es auch, der namens des Hessischen Behinderten- und Rehabilitationsverbandes Josef Musolf mit der goldenen Verdienstnadel auszeichnete.

In seiner Festansprache ging Eugen Weil auch auf die Anfangsjahre der Gemeinschaft ein. Vorwiegend Kriegsversehrte waren es, die sich 1971 zur Gründung dieses Vereins zusammenfanden. Vorher war man Gast bei den Hofheimer Versehrten Sportlern. Dies hatte mit der Fertigstellung des Kelkheimer Hallenbades im Herbst 1971 ein Ende.

Zu den Schwimmaktivitäten und der Wassergymnastik wurden im Laufe der Jahre das Bosseln, die Trockengymnastik und das Kegeln aufgenommen. Josef Musolf für den Bosselsport, Werner Schmieder für die Sportgymnastik und Gerhard Knerr für die Wassergymnastik stehen als Helfer in den genannten Sportarten den Aktiven hilfreich zur Seite.

Zwölf von 16 Gründungsmitglieder waren anwesend: Lilly Bender, Leonhard Friedel, Julius Holzenkamp, Ferdinand Karger, Karl August Kröck, Alois Sonnack, Eugen Weil, Kai Zitelmann, Josef Musolf, Jacob Gabriel, Maria Kuch, Erich Schana, Karl Klarmann, Inge Röhl, Dr. Werner Schmieder und Dr. Hermann Teschemacker sind die Gründer.

24.10.1996: Stadtrat Erhard Roser legt sein Amt nieder. Nach 28jähriger kommunalpolitischer Tätigkeit gibt Erhard Roser sein Amt als Stadtrat auf. Der 65jährige hat neue berufliche Ziele. Heute war seine letzte Magistratssitzung. Bei der Stadtverordnetensitzung am Montag, wird der CDU-Stadtrat von Bürgermeister Thomas Horn verabschiedet. Der 65jährige gebürtige Kelkheimer wird sich neuen beruflichen Aufgaben widmen und zieht sich deshalb aus der Kommunalpolitik zurück.

Möbelkaufmann Roser war von Dezember 1968 bis April 1985 Stadtverordneter, saß bis 1981 im Planungs- und Bauausschuss sowie von 1981 bis 1985 im Haupt- und Finanzausschuss. Doch damit nicht genug. Von 1972 bis 1985 war er Fraktionschef der Union. Ehrenamtlicher Stadtrat ist er seit 1985 - als Dezernent für das Bauwesen und Vorsitzender der Baukommission zeigte er

seine Stärken. Von 1977 bis 1985 saß Erhard Roser im Finanzbeirat und im Aufsichtsrat der Städtebaulichen Entwicklungsgesellschaft.

Erhard Roser erhielt im Laufe seiner kommunalpolitischen Laufbahn hohe Auszeichnungen erhielt. So freute er sich im August 1980 über den Ehrenring der Stadt, neun Jahre später wurde er Ehrenstadtrat und im März 1993 bekam er den Ehrenbrief des Landes Hessen.

Im Dezember des gleichen Jahres hatte Roser allen Grund zum Feiern. Er blickte auf 25 Jahre aktive und ehrenamtliche kommunale Arbeit bei der Stadt Kelkheim zurück. Im Rathaus wurde dieses Jubiläum groß gefeiert. So wurde damals ein Mann geehrt; dem man viel Ideenreichtum, Sinn für das Machbare und Kontinuität für seine Heimatstadt bescheinigte. Eine ganz besondere Ehre wurde ihm im Januar 1994 zuteil: Er bekam die Heinrich-Freiherr-von Gagernplakette in Gold. Der Möbelkaufmann und Chef eines Unternehmens, der über zehn Jahre Vorstandsmitglied des Handwerker- und Gewerbevereins war und als Mitinitiator der Kelkheimer Möbelmesse auf dem Festplatzgelände „Im Stückes“ gilt, ist Eintracht-Fan, er sitzt gerne mal am Angelteich und seine ganz besondere Liebe gilt Bayern.

Im Magistrat rückt für Erhard Roser Rolf Rosenkranz (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr, nach. Der Fischbacher wird auch Vorsitzender der Baukommission.

Stadtrundfahrt mit Bürgermeister Thomas Horn. Die Stadtrundfahrt mit Bürgermeister Thomas Horn, stieß bei den Bürgern durchaus auf Interesse. Schon zehn Tage nach bekannt werden der Veranstaltung, waren alle Plätze ausgebucht. Und es lohnte sich auf jeden Fall, die dreistündige Fahrt mitzumachen, denn es gab allerhand über die aktuelle Entwicklungen in Kelkheim zu erfahren.

Eine erste Station legte der Stadtführer auf dem Betriebsgelände des Müllentsorgers Kilb ein, der für die Stadt den Abfall beseitigt. Beeindruckt zeigten sich die zumeist älteren Teilnehmer auch beim Besuch der Sammelstelle für Sonderabfall. Dort steht ein ganzer Container mit Medikamentenresten - er hat sich in nur wenigen Wochen gefüllt. Weiterhin gab es einen Stop beim Kirchplatz Münster, der umgestaltet werden soll und beim neuen Kulturtreff im alten Bahnhof Münster, der seiner Bestimmung vor einigen Wochen übergeben wurde. Aber Horn hatte auch einiges über die Geschichte der Stadt zu erzählen. Anlass dazu gab etwa das Haus des Anwesens der Familie von Gagern in Hornau.

Topaktuell und unvermeidlich war ein Halt beim Rettershof. Hier ist der Bau eines Golfplatzes noch immer Thema.

25.10.1996: Heute verstarb der Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Ehrenringes der Stadt Kelkheim, Herr Kurt Born, im Alter vom 68 Jahren. Kurt Born war von 1964 bis 1981 ehrenamtlicher Stadtrat und zeitweise davon Erster Stadtrat.

In drei Wahlperioden hat er die Dezernate Kultur, Vereine und Sport, sowie eine Periode auch Schulwesen und Kindergärten betreut. Von 1960 bis 1964 hatte er auch ein Kreistagsmandat inne. Während der Jahre seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich Kurt Born für das Wohl seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt. Die Stadt Kelkheim wird das Andenken an Kurt Born und immer in Ehren halten.

28.- 29.10.1996: Stadtverordnetensitzung. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig der Erweiterung des Fischbacher Friedhofs zu.

Ehrenstadtrat Erhard Roser wurde von Bürgermeister Thomas Horn mit den besten Wünschen für die Zukunft verabschiedet, gleichzeitig wurde der Stv. Rolf Rosenkranz als neuer Stadtrat und Baudezernent vereidigt.

Für den in den ehrenamtlichen Magistrat nachgerückten Stv. Rolf Rosenkranz, rückte jetzt Herr Dirk Hofmann (CDU) in das Stadtparlament nach.

Weil er mehr als 20 Jahre ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig ist, wurde der Stadtrat Joachim Rodeck (FDP) zum Ehrenstadtrat ernannt.

Bei aller Kritik stimmte der Koalitionspartner FDP schließlich dennoch dem von Kämmerer Hans-Dieter Schirmmacher (FDP) vorgelegten **Nachtragsplan 1996** mit einem Minus von 3,9 Millionen Mark zu. Die Fraktion konnte sich nicht dazu durchringen, die Änderungsvorschläge der UKW mitzutragen - obwohl auch die auf Stellenabbau zielten.

57 Millionen Mark Ausgaben und nur noch 53,1 Millionen Mark Einnahmen im Verwaltungshaushalt - das hat nach den Worten Schirmmachers vor allem mit dem Rückgang des

Einkommensteueranteils und der Gewerbesteuer zu tun. Bei gleichzeitig gestiegener Kreisumlage (plus 705.000 Mark) musste deshalb ein Nachtragshaushaltsplan für 1996 her.

Große Sprünge können sich die Kelkheimer im nächsten Jahr nicht leisten. Zumindest nicht, wenn sie zuvor einen Blick in den **Haushaltsplan-Entwurf für 1997** geworfen haben, den Erster Stadtrat und Kämmerer Hans-Dieter Schirmmacher dem Stadtparlament vorstellte. Auf 5,05 Millionen Mark pendelt sich das Haushaltsdefizit ein. Zusammen mit den 3,9 Millionen Mark aus 1996 und den rund 2,7 Millionen Mark aus 1995 wird Kelkheim Ende 1997 mit einer Deckungslücke von elf Millionen Mark dastehen.

Die finanziellen Probleme seien nicht hausgemacht, sondern struktureller Natur und nur durch die überfällige Reform der Gemeindefinanzen aus der Welt zu schaffen, argumentierte der Kämmerer mit Blick auf solche Bundesentscheidungen wie das Recht auf einen Kindergartenplatz für Dreijährige. Der Anteil an der Einkommensteuer war jahrelang eine Einnahmequelle, die verlässlich sprudelte. Doch die Zeiten sind vorbei.

Für 1997 erwartet der Kämmerer nochmals etwa 1,6 Millionen Mark weniger Einkommensteuer als 1996, zusammen etwa 25,4 Millionen Mark, was der Hälfte aller Einnahmen entspricht. Die Gebühr für die Müllabfuhr wird steigen, während die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer auf dem alten Niveau bleiben sollen.

Schirmmacher erinnerte daran, dass die Bestattungsgebühren mittlerweile auf einen Deckungsgrad von 65 Prozent der Kosten gesunken sind.

Mittelfristig müsse über eine Miete für städtische Räume und Hallen nachgedacht werden, regte der Kämmerer an. Die Stadt gehe sparsam mit dem Personal um, streiche Stellen, wo sie entbehrlich seien und habe kaum noch Chancen, die Ausgabenpositionen zu drücken.

Trotz aller Schwarzmalerei wird es auch 1997 städtische Investitionen geben. So sind 1,48 Millionen Mark für die Erweiterung des Ruppertshainer Friedhofes vorgesehen und 885.000 Mark sollen in die Ausbesserung von Straßen gesteckt werden. Die Renaturierung des Schuttplatzes soll mit 350.000 Mark beginnen, für die Drehleiter der Feuerwehr sind 350.000 Mark eingeplant und weitere 600.000 Mark als Verpflichtungsermächtigung.

Eine Million Mark Zuschuss zahlt die Stadt derzeit jährlich für den Betrieb des Schwimmbads. Ausgaben, die laut Schirmmacher zu hoch sind. Geringere Betriebs- und Nutzungszeiten dürften kein Tabu sein, wenn das mit der Stadt Hofheim geplante Hallenbad erst einmal steht. Von der Verpachtung des Rettershofes als Golfplatzgelände erhofft sich Schirmmacher jährlich 150.000 Mark Einnahmen in der Stadtkasse.

Der Entwurf sieht etwa 60 Millionen Mark Einnahmen und 65 Millionen Mark Ausgaben vor, worin der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene Vermögenshaushalt mit rund 9,26 Millionen Mark enthalten ist.

Das **Bebauungsplanverfahren für den Golfplatz am Rettershof** wird fortgesetzt. Die Stadtverordnetenversammlung hat jetzt mit den Stimmen von CDU, FDP, FWG und Kelkheimer Forum den Offenlegungsbeschluss gefasst. SPD, UKW und die NPD votierten mit Nein. Der Stadtverordnete Paul Herr (CDU) enthielt sich der Stimme. Mit der Mehrheitsentscheidung löste die Stadtverordnetenversammlung eine der Hauptforderungen aus dem erfolgreichen Bürgerbegehren der Initiative „Rettershof + Golf-Sport“ ein.

Für die Gegner des Projektes ist der Offenlegungsbeschluss dagegen das Signal für ein alternatives Bürgerbegehren. Sie wollen in der festgesetzten Frist von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses von zehn Prozent aller Wahlberechtigten in Kelkheim Unterschriften sammeln, um den Golfplatz anschließend mit einem Bürgerentscheid, der geheimen Abstimmung aller Wähler, zu verhindern.

Gestern Abend haben die Stadtverordneten darüber entschieden, den Bebauungsplan für den **Golfplatz Rettershof** offen zu legen, **jetzt werden die Gegner** der Greens auf dem Hofgut **aktiv**. Manfred Guder von der Bürgerinitiative gegen den Golfplatz meldet sich mit einem Flugblatt zu Wort, mit dem er die Bürger dazu aufruft, sich per Unterschrift dafür einzusetzen, dass es einen Bürgerentscheid gibt.

„Helfen Sie mit, die Landschaft und die Natur am Rettershof in ihrer einfachen Schönheit zu erhalten und sie gegen ihre Vermarktung zu schützen“, heißt es in dem Flugblatt.

Alle Golfplatzgegner sind dazu eingeladen, sich am Donnerstag, 31. Oktober, im katholischen Pfarrzentrum in Fischbach (Pfarrgasse) um 20 Uhr zu treffen. Das Treffen dient der Vorbereitung der Unterschriftensammlung.

Das **gemeinsame Hallenbad** für die Nachbarstädte Kelkheim und Hofheim soll auf einem Gelände gegenüber dem Busdepot der Frankfurt-Königsteiner Eisenbahn (FKE) im Hofheimer Norden gebaut werden. Darauf haben sich Vertreter der beiden Magistrate verständigt.

Der Standortvorschlag wird nach den Angaben von Bürgermeister Thomas Horn und des Hofheimer Bau- und Planungsdezernenten Wolfgang Winckler (SPD) von allen Fraktionen in beiden Stadtparlamenten mitgetragen. Die Stadt Hofheim soll das Gelände erwerben und die Voraussetzungen zur Schaffung des Baurechts erbringen.

Falls der Grundstückskauf nicht bis zum Jahresende 1997 gewährleistet ist, soll der Standort aufgegeben werden. Als zweite Wahl wurde das Terrain am Ausflugslokal Viehweide eingestuft. Dort besitzt die Stadt Hofheim zwar Grundstücke. Die Kosten für die Erschließung liegen aber nach einer Schätzung um mehr als zwei Millionen Mark höher als für den Standort an der Niederhofheimer Straße.

Für beide Lagen gilt allerdings noch der besondere planungsrechtliche Status „Lage im regionalen Grünzug und Landschaftsschutzgebiet“. Vorgespräche mit dem Regierungspräsidium und dem Umlandverband hätten aber ergeben, dass für den Standort am Stadtrand das Baurecht eher erreichbar sei.

Ein Kelkheimer zog aus, die Bühnen der Welt zu erobern. Mit elf Jahren fiel der Entschluss. Welche Folgen er für sein Leben haben, welche Mühe, Kraft und Ausdauer er kosten würde, konnte **Christoph Soldan** wohl kaum ermessen, als er dem Vater die vier Worte verkündete: „Ich will Musiker werden.“

Er ist es geworden und hat den denkbar schwersten Weg gewählt. Ohne Kontakte, ohne Hochschuldozentur, zahlende Schüler, Agenturen oder Plattenfirmen im Rücken, begann Soldan vor acht Jahren als Pianist und eigener Manager. „Man muss sehr hart arbeiten“, sagt der 32jährige so schlicht wie das Thema einer Bach'schen Fuge daherkommt.

Ein Thema mit aufreibenden Variationen. Rund 60 Auftritte pro Jahr führen Christoph Soldan inzwischen quer durch Europa, dazu die Studioaufnahmen, die Arbeit am Flügel und die Organisation der Selbstvermarktung. Ein Spagat, der nur mit Disziplin auszuhalten ist. „Wenn ich mit Veranstaltern verhandle, muss ich mich verschließen, knallhart sein. Setze ich mich danach an den Flügel, muss ich erst den Panzer knacken, um wieder sensibel und offen für die Musik zu sein. Im Grunde geht das nicht zusammen.“ Ein Gegensatz, den Soldan bisher zumindest zusammenbringt wie einst Beethoven die beiden vermeintlich unvereinbaren Sätze seiner c-moll Sonate. Das Ziel ist gesteckt, es bleibt keine Wahl: „Ich habe alle Brücken hinter mir abgebrochen, damit ist klar, was ich will.“ Die großen Bühnen erobern.

In der Branche hat sich der Wahl-Hohenloher schon einen Namen gemacht, Kritiker nennen ihn einen „Hoffnungsträger der jungen Pianistengeneration“. Dass das nichts heißt im harten Konzertgeschäft, bei wachsender Konkurrenz und sinkenden Kulturretats, weiß Soldan wohl. Doch er weiß auch, was in ihm steckt.

Begabung, Gesundheit, Zähigkeit, Ausdauer, Fleiß, Intuition - sechs Punkte hatte ihm seine Lehrerin Eliza Hansen als „Voraussetzungen“ für eine Karriere eingeschärft. Während der acht Jahre hat Soldan bewiesen, dass er sie alle besitzt. Ob sie am Ende ausreichen fürs große Ziel, lässt ihn jetzt nicht zaudern: „Ich hab mein Leben lang Zeit, daran zu arbeiten.“

So überzeugt war er nicht immer. Die Anfänge des Sechsjährigen in der Kelkheimer Musikschule drohten schon nach sechs Monaten zu enden: „Ich konnte mit den kleinen Etüden einfach nichts anfangen.“ Der Vater konterte mit schwerer Notenkost, die Klavierlehrerin spielte mit und Christoph fing Feuer.

Ohne die Hilfe seiner Eltern, sagt Soldan, wäre seine Laufbahn nie möglich gewesen. Der Vater, „selbst ein verhinderter Musiker“, suchte in ganz Deutschland nach Lehrern, stieß schließlich auf die 70jährige Professorin an der Hamburger Hochschule, Eliza Hansen. Die Grande Dame pianistischer Ausbildung, bei der schon ein Christoph Eschenbach studiert hatte.

Für den 14jährigen begann eine harte Zeit, das Verhältnis zur gestrengen Rumänin war zunächst alles andere als einfach. Mit einem Kommentar „hat sie einen regelrecht demontiert“. Aber auch wieder aufgerichtet, gefördert, bis zum Punkt, an dem sich eigenes Wollen und Können offenbart.

Nach dem Abitur kamen Zweifel. Kann der Flügel je Lebensgrundlage bieten? Drei Jahre lang drehte sich Soldan zwischen Medizin, Pilotenprüfung und Maschinenbau im Kreis. Die Musik war stärker, reumütig kehrte er mit 21 Jahren zu Eliza Hansen zurück. Reichlich spät fürs Musikstudium. „Geht's noch?“, hatte er gefragt. Es ging.

Die Laufbahn begann sogar wie ein Traum. Beim Schleswig-Holstein-Musik-Festival lernte der damals 24jährige Leonard Bernstein kennen. Der engagierte ihn vom Fleck weg für eine Tournee. London, Moskau, Leningrad, Basel. Die Bedingung war hart. Innerhalb einer Woche musste Soldan Schostakowitschs Klavierkonzert einstudieren. Harte Kost. Erst recht für einen, der in der Kunst, ein Werk allein beim Notenlesen zu erfassen und einzuprägen, noch ungeübt war. „Das Tournee-Erlebnis ist noch immer wie ein Traum“, sagt er fast bescheiden.

Dass Bernstein kurze Zeit später starb, ist wohl der Grund, weshalb der schnelle Durchbruch ausblieb. Heute ist Soldan froh darüber, nicht zu früh zu hoch gekommen zu sein. Viel zu oft werden junge Talente hochgepuscht, vermarktet, bis sie ins Schlingern geraten, weil keine Zeit bleibt, die eigene Arbeit zu reflektieren. „Man muss innerlich offen bleiben für Kritik, sonst bleibt man stehen.“ Also, klein anfangen, Erfahrungen sammeln, sich auf die Musik konzentrieren, peu a peu aufbauen. Doch wo leben mit einem Flügel, der jedes Haus erzittern lässt? Wie an Konzerte kommen? Soldan hatte Glück, kam im Schloss des Freiherrn von Eyb in Dörzbach an der Jagst unter. Er begann Klinken zu putzen, fragte bei Kulturämtern nach Auftrittsmöglichkeiten, bot sich bei Orchesterintendanten an. Seine Konzerttätigkeit steigerte sich von Jahr zu Jahr in Zehnerschritten.

Obwohl der 32jährige inzwischen mit bekannten Orchestern arbeitet, Engagements in Stuttgart, München, Baden-Baden, Hamburg oder Berlin erhält, tourt er noch immer durch Kleinstädte. „Man muss jeden Auftritt ernst nehmen, egal wo man spielt“. Soldan ist Perfektionist, der sich lange mit seiner Musik auseinandersetzt. Effektheisende Virtuosität liegen ihm fern. Er will den Geist der Musik, wie er ihn begreift, umsetzen. „Da ist jedes Konzert wichtig.“ Nicht nur. Ein jedes ist ein Rausch: Spannung zum Bersten, die Sinne in konzentrierter Präsenz – bis zum Schlussapplaus. „Das ist wie ein gigantischer, unbeschreiblicher Orgasmus.“

31.10.1996: Bürgerversammlung gegen Golfplatz. Der Widerstand gegen den geplanten Golfplatz am Rettershof ist in eine neue Phase getreten. „Was die können, können wir schon lange - und vielleicht sogar etwas mehr.“ Voller Tatendrang stellten Manfred Guder vom BIK im BUND und Oliver Conz von der HGON ihre Strategie im Kampf gegen den geplanten Golfplatz am Rettershof und für ein Bürgerbegehren vor.

Gut achtzig Bürger waren gekommen, und am Ende des Abends waren bereits siebzig Helfer für die geplanten Aktionen gefunden. „Wir werden Stände in allen Stadtteilen haben, um die Bürger zu informieren und natürlich Unterschriften zu sammeln, um den Kelkheimer Bürgern die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, ob Golfplatz ja oder nein,“ machte Oliver Conz noch einmal deutlich.

Alternativen haben die Gegner der Golfanlage schon einiges anzubieten: „Wir wollen dort am Rettershof Landwirtschaft haben und nicht in städtischer Regie, sondern Bauern, die dieses Land selbst bestellen“, zählte Guder einen der Gegenvorschläge auf. „Ideal“, so der Umweltschützer, „wäre ein Biobauer, und auch der steht schon bereit.“

Mit viel Elan starteten die Freiwilligen am Samstag ihre ersten Aktionen. In Fischbach, Münster und Kelkheim-Mitte wurden Unterschriften und auch Geld gesammelt. Guder: „Wir sind nicht gegen das Golfspielen, sondern nur gegen den Bau eines Golfplatzes am Rettershof.“

Und: „In Hofheim-Hausen ist die Genehmigung für den dort geplanten Golfplatz schon viel weiter gediehen. Dort sucht man noch Mitglieder, und das ist auch nicht aus der Welt.“ Für die Aktion stehen im Übrigen drei Vertrauensleute zur Verfügung: Rosel Sauer aus Fischbach, Doris Salmon aus Kelkheim-Mitte und Manfred Guder aus Kelkheim-Mitte sind jederzeit dafür ansprechbar.

Goldene Sterne als Auszeichnung für die Städtepartnerschaften. Die Stadt Kelkheim erhielt in einer Feierstunde, ausgerichtet von der Europäischen Kommission, "Die Goldenen Sterne der Partnerschaft". Mit dieser Auszeichnung werden Gemeinden geehrt, die sich in herausragender Weise für die europäische Einigung und die Annäherung der Bürger eingesetzt haben.

Dieses war die vierte Verleihung des Preises und Kelkheim wurde in Verbindung mit den Partnerstädten Saint-Fons, deren Partnerstadt Lastra a Signa und Lorca geehrt. Der Festakt erfolgte im italienischen Senigallia und Kelkheim war durch Bürgermeister Thomas Horn, den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Klaus Fischer und Kulturdezernent Bernd Wellershaus vertreten.

Bürgermeister Horn stellte in Senigallia die Aktivitäten der Stadt in den vergangenen Jahren vor, die Kelkheimer Delegation nutzte das Treffen zu einem Meinungsaustausch. Bei der Bewertung für die Auszeichnung waren in erster Linie der regelmäßige Schüleraustausch, die Treffen im

sportlichen Bereich, die jährliche Besuchsfahrt von Bürgern in die Partnerstädte und die vielen anderen Aktivitäten ausschlaggebend.

Das Tauziehen um den Golfplatz hat begonnen. Unerschütterlich verbreiten Gegner und Befürworter des Golfplatzes Optimismus, dass sie sich in der Auseinandersetzung schließlich durchsetzen werden. Eine Woche ist es her, dass die Stadtverordnetenversammlung die Offenlegung des Bebauungsplanes für den geplanten Golfplatz am Rettershof beschlossen hat. Und seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht eine Erklärung der Golfplatz-Initiative veröffentlicht wird.

Die Golfgegner nämlich haben den Offenlegungsbeschluss als Starttermin ihrer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gewählt. Jetzt also gilt es, eine Mehrheit der Kelkheimer hinter sich zu bringen. Auch die Stadt Kelkheim mischt auf Seiten der Golfbefürworter kräftig mit.

Schon in der ersten Woche sind der größte Teil der notwendigen 2.000 Unterschriften abgegeben worden. Freilich „Ist die zweite Tausend voll, ist der Golfplatz noch lange nicht am Ende. Nur ist die Stadtverordnetenversammlung dann gefordert, einen Bürgerentscheid zu der Frage durchzuführen“.

„Unehrlichkeit“ wirft auch die Bürgerinitiative für den Golfplatz ihren Gegenspielern vor. Die gesicherte Wasserversorgung stehe längst fest, hatte es zuletzt geheißen, was bei den Gegnern nicht ohne Widerspruch bleibt. Die öffentlich noch nicht vorgelegte Studie, so Manfred Guder, beschäftigte sich gerade auf Elf Zeilen mit den ökologischen Auswirkungen der Verwendung von Kläranlagenwasser auf den Krebsbach.

Auch in anderen Themen geht der Schlagabtausch munter weiter. Es gehe kein Quadratmeter Wald verloren, die nicht mehr vorhandene Bachaue werde wieder hergestellt, 250 neue Obstbäume wurden gepflanzt, und von umfangreichen Geländebewegungen könne gar keine Rede sein. Und während interessierte Ökobauern Pachtsummen von höchstens 20.000 Mark böten, hätten die Golfer schon mindestens 150.000 Mark angeboten, heißt es.

Die Golfplatzgegner halten daran fest, dass auch ihre Vorschläge den Haushalt bedeutend entlasten könnten. „Die Differenz zur Golfplanung beträgt nur noch eine Promille des Haushaltsvolumens als Gegenleistung für eine deutlich verbesserte Natur, einen gesicherten Wasserhaushalt und uneingeschränkte Naherholungsmöglichkeiten“. Ziel sei eine demokratische Entscheidung aller Bürger.

Kelkheimer Modell. Insgesamt 1,4 Millionen Mark hat die Stadt inzwischen an 253 Antragsteller zurückgezahlt, die in früheren Jahren zuviel Wasser- und Abwassergebühren zahlen mussten. Nachdem das Frankfurter Verwaltungsgericht am 13. September 1995 festlegte, dass die erhobenen Gebühren bei Ausbauten vorhandener Gebäude nicht rechtmäßig waren, wurden die Beiträge innerhalb der fünfjährigen Verjährungsfrist zurückerstattet.

Ein weiteres Verfahren läuft jedoch noch. Ein Bauherr fordert die Rückzahlung der zuviel gezahlten Gebühren bis in das Jahr 1983, da nach seiner Auffassung die Verjährungsfrist nach dem BGB 30 Jahre beträgt. Die Frage der Verjährung wird nun in einem Musterprozess vorm Verwaltungsgericht geklärt werden. Erhält der Kläger recht, so käme eine weit größere Rückzahlungssumme auf die Stadt Kelkheim zu, als jetzt bereits erstattet wurde.

Riesige Kanalrohre werden zurzeit quer durch den Mühlgrundpark verlegt. Danach soll die Kanaltrasse noch rund 120 Meter bergaufwärts in der Feldbergstraße weitergeführt werden und an das dortige Regenrückhaltebecken angeschlossen werden. Das Projekt war notwendig geworden, weil die alten Kanalrohre porös waren und die Leitung zum Teil durch private Grundstücke führte.

Allen Grund zur Freude hatte Konditormeister Alfred (Fredi) Bender (63). Von Innungsoberrmeister Josef Ruppel erhielt er die „Goldene Verdienstmedaille“, einer der höchsten Auszeichnungen für Konditoren in Hessen.

Grund, Bender hatte im Fernsehen massiv auf das Problem aufmerksam gemacht, dass Auszubildende zu wenig Zeit im Betrieb, aber zu viel Zeit in der Berufsschule verbringen. Außerdem machte er sich schon lange vor der jetzigen Regelung dafür stark, dass auch sonntags gebacken werden darf.

24.11.1996: Heute verstarb der Träger der Ehrenspange der Stadt Kelkheim, Herr Kurt Sachs, im Alter von 73 Jahren. Herr Sachs war nahezu 60 Jahre Mitglied der TSG Münster, die meiste Zeit hiervon aktiv tätig. Vereinsarbeit für den Breitensport war für ihn eine Selbstverständlichkeit, ungeachtet des vielen Zeitaufwandes. Die Münsterer werden sein Andenken immer in Ehren halten.

25.11.1996: Bürgerversammlung über die Zukunft der alten Schule in Hornau. Bürger reden, Politiker schweigen - unter diesem Motto stand die Bürgerversammlung in der Gaststätte „Zum Taunus“ an der Hornauer Straße. Zumindest zu Beginn hatten vor allem die mehr als 200 Hornauerinnen und Hornauer das Wort, die den Saal des Gasthauses gestürmt hatten, als wäre Schlussverkauf.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer war begeistert vom Ansturm, dem Interesse und dem Ambiente. Es habe sich als richtig erwiesen, die Bürgerversammlungen mehrmals im Jahr und stadtteilbezogen anzubieten, weil das Interesse der Menschen an dem, was vor der eigenen Haustür vor sich geht, am größten ist.

Erst gegen 22 Uhr durften sich die Fraktionsvorsitzenden und Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher zu Wort melden, nachdem Bürgermeister Thomas Horn mit Hilfe von Folien versucht hatte, die Zukunft der Alten Schule in Hornau darzustellen. Mehrere Millionen Mark hätte es gekostet, die Schule zu einem Kommunikationszentrum hochzurüsten, das einmal geplant war. Jetzt denkt die Stadt daran, bis zu einer Million Mark zu investieren, um eine Toilettenanlage zu bauen und im Inneren einiges zu sanieren.

Kosten, die vielen Hornauern, die sich zu Wort meldeten, viel zu hoch sind. Kritik gab es auch an den Plänen, dass das Kino aus der Schule aus- und in den ersten Stock des Minimalmarktes (Neue Stadtmitte) einziehen soll.

Der Vorschlag der CDU, einen Teil des Schulhofs zu bebauen, um durch Grundstücksverkäufe Geld einzunehmen und es in die Sanierung der Schule zu stecken, fand wenig Anhänger.

Einige Hornauer sprachen sich dafür aus, dann lieber das Gelände gegenüber der St.-Martins-Kirche (heute Gagernanlage) dichter zu bebauen, um zu mehr Geld zu kommen. Argumente, die beim Pfarrgemeinderat wenig Gegenliebe finden. Fürchten einige Vertreter des Gremiums doch, dass es in Zukunft von den Bewohnern der neuen Häuser Klagen über das Glockengeläut oder über Lärm bei Veranstaltungen der Kirchengemeinde gibt.

27.11.1996: Sondersitzung des Stadtparlaments zum Thema: STEG. Bürgermeister Thomas Horn hat eine Abstimmungsniederlage im Stadtparlament hinnehmen müssen. In einer Sondersitzung, zu der 35 der 45 Abgeordneten erschienen waren, rügte eine Mehrheit von SPD, UKW, FWG, Kelkheimer Forum und NPD einen Magistratsbeschluss aus der Vorwoche, wonach der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG für ihren Anteil am Stammkapital der STEG in Höhe von 200.000 Mark nach üblicher Praxis acht Prozent Zinsen gezahlt werden sollten.

Mit zusätzlicher Unterstützung der FDP hatte die gleiche Mehrheit zuvor einen Beschluss aus der Oktobersitzung bekräftigt, dass es für das Geschäftsjahr 1995 bei der Steg keine sogenannten „Dividendenzahlungen“ geben dürfe. Bürgermeister Horn hatte sich trotz dieser Empfehlung der Stadtverordnetenversammlung vor einer Woche vom Magistrat beauftragen lassen, in der Gesellschafterversammlung der STEG am gestrigen Donnerstag für die Ausschüttung an die beiden Gesellschafter zu stimmen. SPD und UKW beantragten daraufhin diese Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Die 1972 unter Beteiligung des damaligen Bürgermeisters Dr. Winfried Stephan gegründete STEG ist eine gemeinsame Gesellschaft der Stadt und der Hypobank. Hauptaufgabe der Firma ist die Entwicklung des neuen Stadtzentrums für Kelkheim, an dem seit 1985 gebaut wird.

Die Konstruktion der Firma ist so gewählt worden, dass nur ein kleiner Kreis von Kommunalpolitikern an den Entscheidungen beteiligt ist. Dem Aufsichtsrat gehören neben zwei Bankvertretern nur Altbürgermeister Dr. Stephan und der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Männer an. Bürgermeister Horn möchte zum Jahreswechsel auch bei der STEG Dr. Stephans Nachfolge antreten. Bis auf Wolfgang Männer sind die Stadtverordneten nur vage mit dem Geschäftsgebaren der STEG vertraut. Dem Finanzbeirat, in dem CDU, SPD, FDP und FWG vertreten sind, wird nur wenig Einfluss zugestanden.

Die Forderung, dass die Entscheidungsabläufe in der Gesellschaft in Zukunft transparenter werden müssen, ist inzwischen Gemeingut in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Hauptkritiker

der STEG ist über lange Jahre die UKW gewesen, der bislang sogar die Mitwirkung im Finanzbeirat verwehrt worden ist. Aktueller Anlass für die Debatte über das Wirken der Stadtentwicklungsgesellschaft war der Vorwurf der UKW, die Stadt zahle mit Hilfe der gemeinsamen Firma unberechtigt Zuschüsse an die Bank.

Nach einer Übersicht der Stadtverwaltung sind seit 1980 tatsächlich regelmäßig „Dividenden“ an die Gesellschafter ausgeschüttet und entsprechende Steuern abgeführt worden. Von der Stammeinlage der STEG in Höhe von 500.000 Mark halten die Kommune 60 Prozent, das Kreditinstitut 40 Prozent. Für die 1972 eingezahlten Beträge erhielten die Stadt bis 1995 insgesamt 270.000 Mark, die Bank 180.000 Mark. Die durchschnittliche jährliche Dividende lag für die Hypobank bei 8.000 Mark, was einer durchschnittlichen Verzinsung der eingelegten Mittel von vier Prozent entspricht.

Der Begriff Dividende, der offenbar im Gesellschaftervertrag genannt wird, ist im Fall der STEG irreführend. Die Gesellschaft macht keine Gewinne, die verteilt werden könnten. Sie braucht sogar Betriebskostenzuschüsse von etwa 450.000 Mark im Jahr. Zwischen den Fraktionen herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit darüber, dass anstelle der „Dividendenzahlung“ eine Vereinbarung über die Verzinsung des Stammkapitals treten müsste.

Bürgermeister Horn versuchte deshalb in der Sondersitzung den Unmut der Stadtverordneten mit der Erklärung zu beruhigen, er wolle in der Gesellschafterversammlung und künftig auch im Aufsichtsrat des Unternehmens dafür sorgen, dass „die Verträge der Steg dem Geist der neunziger Jahre entsprechen“.

Die Blockade der „Dividendenzahlung“ und Empörung der Stadtverordneten über den Magistratsbeschluss seien unnötig, weil man sich doch im Ergebnis darüber einig sei, dass die Bank Anspruch auf eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals habe, meinte der Bürgermeister.

Die Parteien positionieren sich für die Kommunalwahl. Mit den bekannten Spitzenleuten, aber auch mit etlichen neuen Kandidaten in der zweiten Reihe werden sich die Parteien und Wählergemeinschaften am 2. März 1997 der Kommunalwahl stellen. CDU und SPD, die 1993 zum Ende ihrer Zusammenarbeit mit 34,2 Prozent und 20,3 Prozent für Kelkheim ungewöhnlich schwache Ergebnisse hatten, versprechen sich nach vier Jahren Konfrontation wieder Zugewinne. Ohne Partnerschaftsversprechen will die Freie Wählergemeinschaft (FWG) in die Kommunalwahl gehen, die sich für die laufende Wahlperiode mit der 1993 wiedererstarteten FDP (11,6 Prozent) und der Union verbündet hatte. Die 1980 gegründete FWG (11,5 Prozent), die vor vier Jahren Stimmeneinbußen von 0,6 Prozentpunkten hinnehmen musste) hat im März mit der Konkurrenz von zwei weiteren Wählergemeinschaften zu rechnen.

Neben der etablierten Unabhängigen Kelkheimer Wählerinitiative (UKW/16,1 Prozent), wird auch das „Kelkheimer Forum“ antreten. Die Aussichten der neuen Formationen sind kaum abzuschätzen. Bei der Gründung des Forums gab es Parallelen zur Entstehungszeit der Kelkheimer FWG 15 Jahre zuvor: Parteipolitisch ungebundene Bürger, von denen etliche schon privat miteinander bekannt gewesen sind, schließen sich zu einer Gruppe zusammen, um nach eigenem Selbstverständnis für sachorientierte Entscheidungen in der Kommunalpolitik zu sorgen.

Das „Forum“ hat schon jetzt einen Sprecher in der Stadtverordnetenversammlung. Der Bauingenieur Rainer Tisch, der die UKW-Fraktion verlassen hatte gehört zu den Mitbegründern der neuen Wählergemeinschaft.

Sechste Gruppierung in der Stadtverordnetenversammlung ist die NPD. Sie hatte 1993 mit 902 Wählerstimmen (6,3 Prozent) drei Mandate errungen.

Während UKW und Forum erst im Dezember ihre Kandidaten für den 2. März bestimmen, liegen die Listenvorschläge der anderen demokratischen Gruppen inzwischen vor.

Spitzenkandidat der CDU ist der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Männer. Ihm folgt Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer. Auf den Plätzen bis zehn präsentiert die CDU: Maria Lenzmann, die beiden Stadträte Othmar Nicolaus und Rolf Rosenkranz, Wolfgang Zengerling, Eicke Winter sowie die Stadträte Rudolf Trapp und Willi Vogt.

Auch bei der SPD ist der Fraktionsvorsitzende, Eckart Hohmann, der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Spitzenkandidat. Platz zwei ist für die ehrenamtliche Stadträtin Friederike Baumgartl reserviert worden. Die Position drei, sechs und neun werden mit jungen Leuten besetzt: Der 23 Jahre alte Student Sven Kutzner, sein 22 Jahre alter Kommilitone Alexander Schäfer und der 28 Jahre alte Chemielaborant Frank Bierbaum kandidieren auf diesen Plätzen.

Der langjährige Fraktionsvorsitzende Horst Ackermann ist vierter auf der Liste. Fünfte ist Helga Vedder. Der Ortsvereinsvorsitzende Müssig steht auf Position sieben vor Hans Valentin. Wiltrud Valentin ist zehnte. Ihr folgen Robert Rittendorf, Rolf Baeker, Peter Hornig, Werner Baumgartl, Horst Schmidt-Böcking, Elke Oehm, Jürgen Ertl, Kahraman Topuz, Josef Bergmann und Claus-Jürgen Lehming.

Die FDP, kann eine ganze Reihe von neuen Gesichtern vorstellen. Hinter dem Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden Detlef Reckhard hat die 21 Jahre alte Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen, Bianca Weißmann, einen herausgehobenen Platz.

Für Position drei hat sich ein stadtbekannter Neuling in der Kommunalpolitik zur Verfügung gestellt: der parteilose Herbert Seidler, Vorsitzender der Vereinigung Kelkheimer Selbständiger (VKS). Auf Platz vier kandidiert der 28 Jahre alte Heiko Kloss. Willi Poths, langjähriger Fraktionschef, hat auf der fünften Position einen relativ sicheren Platz. Margaret Duis, Ralf Müller, Wolfgang Meier folgen auf den weiteren Plätzen.

Die Freie Wählergemeinschaft stellt drei bekannte Repräsentanten an die Spitze ihrer Liste. Spitzenkandidat ist der Fraktionsvorsitzende Ortwin Kloß. Platz zwei nimmt Erika Bänfer ein, die auch Vorsitzende der FWG-Kreistagsfraktion und Spitzenkandidatin auf der Kreisliste ist. Dritte FWG-Kraft in Kelkheim ist Karin Keller.

Auf den nächsten Plätzen folgen Peter Stevens, Hans Erich Kilb, Helmut Krampen, Günter Gentsch und Edmund Tyka. Tyka soll für die FWG wieder in den Magistrat einziehen. In der laufenden Wahlperiode stellt die FWG in Kelkheim fünf Stadtverordnete.

30.11.1996: Um acht Uhr früh wurde gestern Kelkheims erste öffentliche Toilette am Haken eines Krans hängend auf das vor einigen Tagen vorgefertigte Fundament gesetzt. Auch die Wasser- und Kanalanschlüsse waren vorab verlegt worden, so dass die Restinstallation nur kurze Zeit in Anspruch nahm.

90.000 Mark hat das Fertig-WC, das im Dreieck Frankenallee/Hauptstraße/Töpferstraße steht, gekostet. Zur Eröffnung des Weihnachtsmarktes am 6. Dezember wird es seiner Bestimmung übergeben.

01.12.1996: Ausschuss-Sondersitzung wegen STEG. Die Diskussion um die Geschäfte der STEG hat in der zweiten Sondersitzung der städtischen Gremien deutlich an Schärfe verloren. Vier Tage nachdem eine Mehrheit der Stadtverordneten Bürgermeister Thomas Horn aufgefordert hatte, in der Gesellschafterversammlung gegen eine Gewinnausschüttung zu stimmen, konnte der Verwaltungschef dem Haupt- und Finanzausschuss berichten, dass die Entscheidung über die Dividendenzahlung einvernehmlich zurückgestellt worden sei.

Er werde sich gemeinsam mit einem Steuerberater um eine neue Regelung bemühen, nach der die Stammeinlagen der beiden Gesellschafter, Stadt Kelkheim und Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG, wieder verzinst werden könnten, sagte der Bürgermeister. Zum Jahreswechsel werde er als Nachfolger von Altbürgermeister Dr. Winfried Stephan in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eintreten.

Dr. Stephan, der schon zu Beginn der siebziger Jahre zu den Gründern der STEG gehörte hatte, wies in der Ausschusssitzung die Mutmaßungen der UKW zurück, der Gesellschaft seien zum Nachteil der Stadt systematisch Mittel entzogen worden.

Die seit 1980 an die Hypobank überwiesenen „Dividenden“ seien als Verzinsung für das Stammkapital von 200.000 Mark gezahlt worden. Steuerberater hätten seinerzeit dazu geraten, in einem der beiden Geschäftsbereiche formal einen Gewinn auszuweisen. Über das Verfahren sei im Finanzbeirat der Gesellschaft, dem damals Vertreter von CDU, SPD und FDP angehört hätten, ausführlich beraten worden, äußerte Dr. Stephan.

Es sei allen beteiligten politischen Gruppen klar gewesen, dass die Steg wegen ihrer Aufgaben bei der Stadterneuerung ein Zuschussbetrieb sein werde. Es habe im Wesentlichen zwei Motive für die Gründung der Firma gegeben, an der zunächst auch ein Wohnungsbauunternehmen beteiligt gewesen sei. Die Stadt habe sich für ihr großes Flächensanierungsvorhaben das Know-how einer Geschäftsbank und des Wohnungsbauunternehmens sichern wollen.

Man habe die privatrechtlich organisierte STEG auch deshalb haben wollen, weil für den Aufbau der neuen Stadtmitte schwierige Grundstücksverhandlungen notwendig gewesen seien. Solche Geschäfte wären mit dem Instrumentarium der Kommunalpolitik nicht aussichtsreich zu Ende zu führen gewesen, sagte Dr. Stephan.

In der Anfangsphase der Stadterneuerung habe die STEG für etwa zehn Millionen Mark Grundstücke erworben. Die Gesellschaft habe aber immer nur das ausgeführt, was ihr durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorgegeben worden sei. Alle Beteiligten seien sich darüber im klaren gewesen, dass die Stadt letztlich für alles zahlen müsse, was die STEG im Rahmen der Sanierung unternehme.

Als 1981 UKW und FWG als neue Fraktionen in die Stadtverordnetenversammlung gekommen seien, habe man ihnen die vertraglichen Vereinbarungen der STEG vorgelegt, so dass auch sie über das Geschäftsgebaren informiert sein müssten, sagte der ehemalige Bürgermeister.

Vertreter mehrerer Fraktionen sprachen sich in der Diskussion dafür aus, die Struktur der Gesellschaft zu überdenken und auch der UKW die Möglichkeit zur Mitarbeit in den STEG-Gremien zu geben. Der UKW-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Coy blieb allerdings bei seiner Grundsatzkritik an der Gesellschaft. Coy wiederholte den Vorwurf, die Stadt habe mit „Überzahlungen“ an die STEG unnötig die Bank begünstigt.

04.12.1996: HR 3 - Dorfwecker live in Fischbach. Radiomoderator Matthias Münch hatte gestern Morgen um 7 Uhr wenig Mühe, die Fischbacher in Stimmung zu bringen. Kein Wunder, denn der Kerbeverein hatte den HR 3-Dorfwecker nach Fischbach geholt, und dieser Verein ist auf Feiern und gute Laune spezialisiert.

Etwas ihrer Zeit voraus erwiesen sich die Fischbacher auch. Um 6 Uhr bereits sollte es losgehen - da aber rieben sich im Gemeindezentrum in der Kirchgasse gerade vier Radiofans noch die verschlafenen Augen. Erst eine halbe Stunde später hielt der blaue Funkwagen vor dem Haus, verlegten die Techniker Kabel und schleppten Lautsprecher in den Saal. Von großem technischen Aufwand war allerdings dabei nichts zu sehen. Die Musik und der Rest vom Programm kamen aus dem Frankfurter Funkhaus.

Schneller als geplant hatte der Kerbeverein auch die ihm gestellte Aufgabe gelöst. Für jeden der Bäche, die durch die Gemarkung fließen, sollte ein Bett herangeschafft werden, darin ein Fisch für den Fischbach, ein Huhn für den Giggelbach und ein Schwarzer für den Schwarzbach.

Der Vorstand des Kerbevereins in Person von Klaus Kretschmer, Ralf Fischer und Hans Joachim Schnella, machte sich unverzüglich ans Werk. Deren Organisationstalent hatten die Macher von HR3 wohl unterschätzt, noch vor Ablauf der vollen Stunde konnte Viel- und Schnellsprecher Münch Vollzug ins Funkhaus melden.

Drei Feldbetten hatten die Malteser, ebenfalls schon um 6 Uhr mit drei Mann angerückt, ganz fix besorgt, ein Styroporfisch und eine Henne waren nicht viel später herangeschafft. „Wir wär’s denn mit Ihnen, Herr Horn“, fragte Münch den inzwischen ebenfalls eingetroffenen Bürgermeister, unter Anspielung auf seine Parteizugehörigkeit, nach einem möglichen Auftritt als Schwarzer in Bett Nummer drei.

„Die Fischbacher haben das auch so ganz gut hingekriegt“, konnte Horn sich aus der Affaire ziehen, denn inzwischen hatte sich ein mit Wasserfarben koloriertes Mitglied des Kerbevereins dafür zur Verfügung gestellt.

Der Erfolg brachte den Fischbachern einen weiteren Radioauftritt ein. Am Sonntag werden in der HR-Sendung „Wunschcontainer“ ab 12 Uhr Grüße und Musikwünsche des Kerbevereins präsentiert. Auch Mitglieder sind dann im Funkhaus zu Gast.

Während der Weihnachtsfeier der Alemania Concordia Ruppertshain wurde dem Sängerkopf **Nobert Michel** von Bürgermeister Thomas Horn im Auftrag des Hessischen Ministerpräsidenten der **Ehrenbrief** des Landes Hessen überreicht.

Die Hessische Wissenschaftsministerin, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt überreichte im Auftrag des Ministerpräsidenten den **Ehrenbrief** des Landes Hessen an **Irmine Seibel** für ihr langjähriges Engagement für Behinderte.

11.12.1996: 3.850 Gegner des Golfplatzes am Rettershof **verlangen** einen **Bürgerentscheid**. Bürgermeister Thomas Horn und Manfred Guder, Vorsitzender der BIK im BUND, sind nicht die allerbesten Freunde. Hauptstreitpunkt zwischen den beiden ist der Golfplatz. Die Politiker haben um das Golfplatzprojekt genug Worte gemacht, jetzt sollen die Bürger entscheiden.

Gestern übergab Manfred Guder im Rathaus insgesamt 3.850 Unterschriften von Kelkheimerinnen und Kelkheimern, die die Durchführung eines Bürgerentscheides fordern. Als die erste

Bürgerinitiative für den Golfplatz die Unterschriften für ein solches Projekt einreichten, führte Horn einen Beschluss herbei, der einen Bürgerentscheid überflüssig machte. Indem das Parlament die Offenlage des Bebauungsplanes beschloss, war dem Anliegen Rechnung getragen.

Der Bürgermeister findet die Betriebsamkeit seiner Bürger auf jeden Fall gut. „Kompliment für Befürworter und Gegner“, so Horn. „Die Bürger wollen einen Entscheid, und ich werde alles daransetzen, damit sie ihn bekommen“, kündigte der Rathauschef an. Schon ist das Thema auf den Tagesordnungen für den Magistrat am morgigen Donnerstag und die Stadtverordnetenversammlung am nächsten Montag.

In beiden Gremien will sich Horn jetzt für einen Bürgerentscheid einsetzen. Was ihm am wenigsten gefiele wäre, wenn die Gerichte über die Angelegenheit entscheiden würden. Dies droht zum Beispiel für den Fall, dass das Stadtparlament es ablehnt, einen Bürgerentscheid durchzuführen.

Der Magistrat wird am Donnerstag einen Terminvorschlag machen. Die Entscheidung muss unverzüglich herbeigeführt werden.

16.-17.12.1996: Stadtverordnetensitzung. Ohne größere Debatte hat die Stadtverordnetenversammlung jetzt die **Erhöhung der Müllabfuhrgebühren** beschlossen. Von 1. Januar an werden die Kelkheimer deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen, um ihren Abfall loszuwerden. Am glimpflichsten kommen noch Benutzer der kleinen 50-Liter-Tonnen davon; sie zahlen für das ganze Jahr 215,52 statt bisher 209,40 Mark, das bedeutet eine Erhöhung um 2,9 Prozent.

Die 80-Liter-Tonne kostet 269,52 Mark (bisher 261,76 Mark), das ist eine Erhöhung um 7,1 Prozent. Um 10,8 Prozent teurer wird die 120-Liter-Tonne; die Gebühr steigt von 308,52 auf 341,62 Mark. Gleich 23 Prozent mehr müssen die Nutzer einer 770-Liter-Tonne bezahlen, das macht 1611,52 statt bisher 1226,28 Mark. Und der 1.100-Liter-Container schlägt mit 3235,20 statt bisher 2941,66 Mark zu Buche, eine Erhöhung von zehn Prozent.

Notwendig wird die Erhöhung aus verschiedenen Gründen. So fallen Zuschüsse des Main-Taunus-Kreises weg, die zuletzt bei 330.000 Mark jährlich lagen. Auch die Schwankungen auf dem Altpapiermarkt wirken sich aus, gelegentlich müssen die Entsorger an die Papiermühlen sogar etwas bezahlen, wollen sie das Altpapier loswerden. Gestiegen sind auch die Deponiegebühren, allerdings schlägt sich dies noch nicht in den Gebühren nieder. Der Magistrat hofft nämlich, dies durch geringe Müllmengen ausgleichen zu können.

Schon jetzt sind neue Belastungen für die Folgejahre absehbar. Denn ab 1998 müssen die Gebührenzahler auch die Rekultivierung des alten Schuttplatzes finanzieren; den Müllhaushalt wird das mit rund 480.000 Mark jährlich belasten.

Die geänderte **Friedhofsordnung** beinhaltet nicht nur Gebührenerhöhungen, es werden auch die Gestaltungsvorschriften für Gräber gelockert. In Gräbern für die Erdbestattungen dürfen künftig zusätzlich zwei anstatt vorher eine Urne beigesetzt werden. Dies ist eine der Neuerungen, die die geänderte Friedhofsordnung der Stadt festschreibt.

Die Stadt hat darin unter anderem festgelegt, dass die früher vorgenommene Unterteilung in Urnenreihengräber und Urnenkaufgräber entfällt. Es wird künftig nur noch Urnengräber geben, in denen Angehörige bis zu vier Urnen beisetzen können. Die Nutzungszeit beträgt 15 Jahre, das Grab kann dann aber nachgekauft werden. Für die Urnengräber stehen normale und Rasengräber zur Auswahl; letztere werden ausschließlich von der Friedhofsverwaltung gepflegt.

Doch die Gestaltungsvorschriften betreffen nicht nur Urnengräber. Auch der Nachkauf von Kindergräbern ist danach künftig möglich. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass viele Eltern auch nach 20 Jahren eine so starke Bindung zu ihrem Kind hätten, dass sie das Grab behalten möchten, so die Feststellung der Stadt.

Auch für die Zukunft der Friedhöfe wird in der neuen Ordnung bereits jetzt geplant. So sollen die Altfriedhöfe in Münster, Mitte und Hornau, für die bereits seit 1973 keine neuen Grabrechte mehr vergeben werden, im Jahr 2025 Grünanlagen werden. Das will allerdings ein CDU-Antrag im Stadtparlament verhindern, um die Friedhöfe zu reaktivieren.

Geht es nach dem Magistrat, so läuft das letzte Nutzungsrecht für die Friedhöfe im Jahr 2018 aus. Bis zum Jahr 2024 können die dortigen Gräber nachgekauft werden. Die letzte Erdbestattung wird aber schon 1999, die letzte Urnenbeisetzung im Jahr 2009 erfolgen.

Sparen wollte der Magistrat, aber noch sparsamer sein will das Stadtparlament. Nur noch zu 65 Prozent nämlich decken die Einnahmen aus den **Friedhofsgebühren** die Kosten ab, das aber

verstößt gegen geltendes Recht. Gebührenhaushalte sind auszugleichen, heißt es, und da war eine Anpassung fällig.

Ein Kostendeckungsgrad von 100 Prozent strebt dabei allerdings niemand an, denn die Grünflächen dienen zu einem gewissen Anteil der Erholung der Bevölkerung, dies aber geht zu Lasten des allgemeinen Steueraufkommens.

Der Magistrat wollte sich den angepeilten 90 Prozent schrittweise nähern und zunächst einen Kostendeckungsgrad von 75 Prozent erreichen. Das ist dem Haupt- und Finanzausschuss zu wenig. 85 Prozent sollen es im nächsten Jahr schon sein, das beschlossen dann die Parlamentarier in der Stadtverordnetensitzung auch einstimmig, um so bald wie möglich die 90 Prozent zu erreichen.

So kosten die Bestattungsgebühren und Nutzungsrechte für Reihengräber künftig 3.750 Mark, bisher 1.900 Mark; für Urnengräber 1.970 Mark, bisher 1.150 Mark. Für Einzelkaufgräber wurden bislang 4.100 Mark berechnet, dieser Preis sollte ursprünglich auf 7.750 Mark steigen, nach den neuen Zahlen aber werden es 9.250 Mark. Und die Gebühren für das Tiefgrab schließlich steigen von 4.600 Mark nicht auf 7.750 Mark, sondern auf 9.750 Mark.

Günstiger wird in Zukunft die Benutzung der Leichenhalle. Kostete diese bislang 300 Mark, so müssen dafür von Januar an nur noch 170 Mark bezahlt werden. Unverändert bleiben aber die Gebühren für die Nutzung der Trauerhalle.

Ein „zukunftsweisendes Modell“, ein „Vorbild für andere Kommunen“, eine „logistische Meisterleistung“ - zumindest für Bürgermeister Thomas Horn ist das **Hallenbad**, das die **Städte Hofheim und Kelkheim** zusammen hochziehen wollen, schon jetzt ein echtes Spaßbad. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Hofheimer bereits heute das noch immer einigermaßen funktionstüchtige Kelkheimer Schwimmbad mitbenutzen und etwa ein Drittel der gut anderthalb Millionen Mark Betriebskosten aus ihrer Stadtkasse zahlen.

Dass ein neues Bad in Städtepartnerschaft gebaut werden soll, ist fraktionsübergreifend unstrittig - wie auch der Standort gegenüber des FKE-Geländes steht. Und so gab es in der Sitzung eigentlich nur einen Streitpunkt. Wo soll das Bad gebaut werden, falls es die Hofheimer nicht schaffen sollten, das FKE-Gelände bis Ende des nächsten Jahres von den Besitzern zu kaufen?

Die Vorlage des Magistrats, die dann letztlich auch von der Koalitionsmehrheit aus CDU, FDP und FWG verabschiedet wurde, sieht als Variante die benachbarte Viehweide vor. Dieser Standort war bereits zu Anfang der Planung als Standort einmal im Gespräch gewesen, wurde später aber verworfen.

Die Variante fanden die UKW ziemlich unsinnig. Zumindest Albrecht Kündiger hält es für „völlig aussichtslos“, dass eine überregionale Institution überhaupt ihre Zustimmung für den Bau auf dem in einer Wasserschutzzone liegenden Gelände geben würde. Statt der Viehweide solle man lieber „andere Standorte“ in den Beschluss schreiben - vergebens, der Antrag wurde abgelehnt.

Eckart Hohmann wollte gar nicht in die Ferne schweifen, wo das Gute doch so nahe liege. Ihm sei es unverständlich, warum man nicht einen Standort wähle, „auf dem heute schon ein Schwimmbad steht“. Experten ahnen, Hohmann meinte damit das Kelkheimer Schwimmbad. Die Forderung der SPD, die Viehweide als Variante raus, Kelkheimer Schwimmbad rein wurde abgelehnt.

Auch Rainer Tisch vom Kelkheimer Forum hält die den Hofheimern gewährte Frist bis zum 31. Dezember 1997 für viel zu lang, der 31. Juli tue es genauso. Tisch beantragte die Fristenverkürzung, doch die regierende Mehrheit fürchtete planungsrechtliche Schwierigkeiten: Antrag abgelehnt.

Für Detlef Reckhard war es ein „Eiertanz“, den die Opposition da im Parlament aufführe, schließlich sei man sich doch eigentlich in der Sache einig. Auch bei Thomas Kirst (CDU) gilt der Standort Viehweide als „zugegebenermaßen problematisch“, aber schließlich gehe es hier immer noch um das FKE-Gelände. Und auch Erika Bänfer hält das FKE-Areal für den besseren Standort und die ganze Kooperation für einen einmaligen Glücksfall.

Wenigstens in einem Punkt war das ganze Parlament einhellig einer Meinung. Das gemeinsame Hallenbad soll gegenüber dem FKE-Gelände errichtet werden. Und auch einem weiteren Zusatz wollte sich keine Fraktion verschließen: „Das Schul- und Vereinsschwimmen im neuen Hallenbad ist sicherzustellen.“

Am 26. Januar stimmen die Kelkheimer über den **Golfplatz am Rettershof** ab. Allem Widerstand zum Trotz, da CDU, FWG und FDP zusammen eine Mehrheit haben, setzten sie den Terminvorschlag des Bürgermeisters durch. Der Rathauschef hält sich dabei strikt an den Wortlaut

des Gesetzes. Unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, sei die Abstimmung durchzuführen. Und da ist der 26. Januar nun einmal das nächstmögliche Datum.

Als Erster Stadtrat Hans Dieter Schirmmacher den **Haushaltsplan 1997** einbrachte, musste er für das kommende Jahr ein voraussichtliches Defizit von über fünf Millionen Mark anmelden. Die Ursachen dafür sieht er nicht in Kelkheim, mehr Geld von Bund und Land forderte der Kämmerer. Dessen ungeachtet müsse man allerdings auch vor Ort sehen, wie sich die finanzielle Situation verbessern ließe.

Dass die Bürger dies direkt in ihrer Geldbörse spüren werden, steht jetzt schon fest. Die Erhöhung der Friedhofs- wie auch der Müllgebühren ist längst auf den Weg gebracht - hier muss ohnehin der gesetzlichen Vorgabe - entsprochen werden, dass die Einnahmen die Ausgaben abdecken.

Zur Kasse gebeten werden sollen möglicherweise auch die, die städtische Räumlichkeiten zum Nulltarif nutzen. Die Kosten für Unterhaltung und Bewirtschaftung der Räume trägt momentan die Stadt. Der Kämmerer: „Hierüber müsste nachgedacht werden. Ein Modus für eine zumutbare Selbstbeteiligung sollte erarbeitet und diskutiert werden.“ Bei der Stadthalle müsse versucht werden, sie für mehr Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, bei denen die Stadt eine Nutzungsgebühr bekommt.

Beim Schwimmbad, wo ohnehin schon Eintrittsgelder gezahlt werden, kommt man möglicherweise um weitere Einsparungen nicht vorbei. Zwar übernimmt Hofheim seit der Kooperationsvereinbarung einen Teil der Kosten. Aber: „Geringe Betriebs- und Nutzungszeiten dürfen kein Tabu sein.“

Von allen Bemühungen um Einsparungen soll die Verwaltung nicht ausgenommen bleiben. 8,5 Stellen sollen künftig wegfallen, darunter, im Bauamt, im Ordnungsamt und beim Rettershof. Und es müsse auch überlegt werden, so Schirmmacher, ob nicht durch eine Straffung der Organisation die Personalkosten weiter verringert werden können. Einsparen lässt sich manches auch durch Zusammenarbeit mit anderen. Schirmmacher sieht da beim Bauhof gewisse Möglichkeiten.

Äußerst schweren Herzens müssen in den nächsten Jahren möglicherweise städtische Grundstücke verkauft werden, um die Kosten des laufenden Betriebs zu decken. Dies könne nicht zum Dauerzustand werden, mahnte auch der Kämmerer - zumal alle Reserven dieser Art schnell verbraucht wären. Auf Steuererhöhungen will Schirmmacher auf jeden Fall verzichten.

Kelkheimer Haushaltsdefizit. Ende des Jahrtausends wird im Kelkheimer Haushalt wohl ein Loch von 20 Millionen Mark klaffen. Politiker wollen die Notbremse ziehen, der Erste Stadtrat und Kämmerer Hans-Dieter Schirmmacher und Bürgermeister Thomas Horn haben jetzt ein Konsolidierungskonzept vorgelegt. Die Talsohle soll durchschritten sein.

Glaubt man den Prognosen der Stadtoberen, dann wird es nie mehr so schlimm wie jetzt. Die 5 Millionen Mark, die 1997 vermutlich Soll und Haben trennen werden, sollen in den kommenden Jahren immer weniger werden: 1998 = 3,6 Millionen, 1999 = 2,7 Millionen, und im Jahre 2000 nur noch 1,8 Millionen Mark. Die Summe der Fehlbeträge wird dann etwa 20 Millionen Mark betragen.

Dass es mit den Steuereinnahmen bald wieder aufwärts geht, daran glauben nur noch Optimisten. Alle freiwilligen Leistungen müssen auf den Prüfstand.

So sind denn auch die freiwilligen Leistungen zentrales Thema des Kelkheimer Konsolidierungskonzepts. Selbst wenn dort keine weltbewegenden Beträge eingespart werden können, dient eine solche Handlungsweise jedoch zur Sensibilisierung bei den Begünstigten, wie es um die angespannte Haushaltsslage bestellt ist.

Diese machen nicht einmal 3 Prozent des Verwaltungshaushalts aus. „Sensibilisiert“ wird beispielsweise die „Förderung der Sozialarbeit und Hilfe in besonderen Lebenslagen“: 26.000 Mark ließ sich die Stadt dies 1995 kosten, der Ansatz für 1997 ist nur noch 5.000 Mark. Sensibel auch die Zuschüsse an Vereine und Verbände: Von den einst mehr als 100.000 Mark blieb überhaupt nichts mehr übrig. Die Stadt überlegt, sich aus einigen Bereichen gänzlich zurückzuziehen. Genannt werden „Weihnachtsmärkte, offene Jugendarbeit und Kultur (Bücherei, Bücherbus)“.

Auch bei den Personalausgaben wird gespart; 13 Stellen werden bis zum Jahr 2000 wegfallen. Außerdem will Kelkheim Immobilien verkaufen, um die Schulden zu reduzieren.

Weiterer Sparvorschlag: Die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen in einer Institution. Zum Thema städtischer Bauhof etwa habe es schon erste Gespräche mit Eppstein und Hofheim gegeben.

Um mehr Einkommensteuer in die Kasse zu bekommen, will Kelkheim durch die Ausweisung neuer Baugebiete mehr Einwohner in die Stadt locken. „Unterstellt man die stadtplanerisch gewollte Ansiedlung von rund 150 bis 180 überwiegend jungen, noch erwerbstätigen Familien, so ist langfristig eine Verbesserung im Bereich der Einkommensteueranteile denkbar“.

Eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer schließen die Stadtväter kategorisch aus: Schließlich wolle man nicht wie die Stadt Frankfurt durch Erhöhung der Hebesätze die heimische Industrie in die Nachbarorte vertreiben.

Weil sie sich über drei Stunden lang über den Haushaltsplan stritten, müssen die Stadtverordneten im neuen Jahr erst einmal nachsitzen.

In der vergangenen Woche sind sie aber selbst mit zwei Abenden nicht ausgekommen. Den Haushaltsplan hatte man vorsorglich schon gleich auf den zweiten Abend vertagt, dazu kamen aber auch noch weitere Tagesordnungspunkte. Nur schaffte man diese auch am zweiten Abend nicht, so dass eine zusätzliche Sitzung anberaumt wird. Diese soll am 27. Januar stattfinden.

An diesem Tag wird es dann, außerhalb der Tagesordnung, noch ein weiteres Diskussionsthema geben: am vorhergehenden Sonntag, 26. Januar, findet der Bürgerentscheid über den Golfplatz am Rettershof statt.

Streng genommen wäre die zusätzliche Sitzung nicht unbedingt notwendig gewesen. Denn von vornherein stand fest, dass die Koalition den Haushaltsplan verabschieden würde, während die Oppositionsparteien mit Nein stimmten. So lieferte man sich eine dreistündige Redeschlacht, ohne dass noch wesentliche neue Aspekte eingebracht wurden.

Aber Haushaltsdebatten sind traditionell auch Anlass, zur Stadtpolitik insgesamt Stellung zu nehmen, und die Parteien lassen sich dieses Recht auch nicht nehmen – schon gar nicht im aufziehenden Kommunalwahlkampf.

Wegen der zusätzlichen Sitzung wird Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer auch noch einmal seine Statistik umschreiben müssen. 40 Sitzungen hatte es in der laufenden Wahlperiode bisher gegeben, und die 40. sollte eigentlich auch die letzte sein, bevor am 2. März 1997 ein neues Parlament gewählt wird.

Jetzt aber werden es innerhalb von vier Jahren dann doch 41 Sitzungen; hierzu kommt die kürzlich durchgeführte Sondersitzung, die sich speziell mit der STEG befasste. 543 Tagesordnungspunkte hatten die Stadtverordneten insgesamt abzuarbeiten, hat Dr. Fischer ausgerechnet, 236 davon bezogen sich auf insgesamt 150 Anträge der Fraktionen - die meisten wurden mehrfach diskutiert, deshalb sind beide Zahlen nicht identisch. Die restlichen 307 Tagesordnungspunkte bezogen sich auf Vorlagen des Magistrats.

Kommunalwahlkampf. Rainer Tisch führt das **Kelkheimer Forum** in den Kommunalwahlkampf 1997. Der Bauingenieur, schon in der ablaufenden Wahlperiode im Parlament, steht auf dem ersten Platz der Liste. Die umfasst insgesamt 14 Namen: 2. Ivaloo Schölzel, 3. Marianne Kaross, 4. Hubert Rauland, 5. Zuzana Hessonà-Walz, 6. Peter Heß, 7. Karsten Rudolf, 8. Theresia Tisch, 9. Monika Rauland, 10. Monika Kimmig, 11. Albert Bayer, 12. Alexander Kretschmann, 13. Peter Pickel, 14. Theresia Kern.

Neue Gesichter, gleicher politischer Anspruch - das verspricht die **Unabhängige Kelkheimer Wählerinitiative (UKW)** für die Zeit nach der Kommunalwahl. Am 2. März nämlich tritt die Vereinigung mit einer Liste an, auf der neben bewährten Köpfen auch neue Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung stehen.

Die Neulinge unter den ersten zehn sind Karin Otto, Doris Salmon, Helena Düx und Jürgen Sieb. Erneut stellen sich auf den vorderen Listenplätzen daher die bisherigen Stadtverordneten Gerhard Schlosser, Wolfgang Coy, Stefan Thalheimer, Albrecht Kündiger, Ursula Molsberger und Silvia Legatis zur Wahl.